Stadtarchiv Mannheim

Nachlaß

Hermann Heimerich

Zugang: 24/1972

110

63

den 19. 9. 1962

Herrn

Diplom-Volkswirt
Brakemaier

Frankfurt /Main-West 13

Schloßstraße 22

Sehr geehrte Gesinnungsfreunde !

Ich danke Ihnen herzlich für Ihre freundliche Einladung zu der Tagung der Sozialistischen Förderer-Gesellschaft in Frankfurt am Main am 6. und 7. Oktober. Zu meinem Bedauern kann ich nicht kommen, da ich erkrankt bin und mich einer Operation unterziehen muß.

Ich höre aber gerne weiter von Ihnen.

Mit freundlichen Grüssen !

H. J. Heydorn
Prof.Dr.phil.

Frankfurt (Main), 29.8.1962

Lieber politischer Freund!

In den letzten Monaten haben sich viele unserer Freunde gefragt, wie es nun weitergehen soll. Sie haben in der Ostermarsch-Bewegung eine wichtige Verbindung mit Gleichgesinnten gefunden und den Kampf gegen den drohenden Atomtod aus eigenen Kräften weitergeführt. Diese Aufgabe ist ungemein wichtig, wir alle werden sie auch in Zukunft entschieden wahrnehmen, so gut wir können. Der Friede kann jedoch nicht auf die Dauer gesichert und die Menschheit von der sie bedrückenden Angst befreit werden, wenn es nicht gelingt, die gesellschaftlichen Verhältnisse selbst zu verändern; die Befreiung des Menschen von der Angst schließt seine ökonomische Befreiung ein.

Von der SPD kann leider keine sozialistische Perspektive erwartet werden; spätestens seit 1960 hat sie sich den restaurativen Bedingungen der Bundesrepublik vollkommen unterworfen. In den Gewerkschaften sind dagegen zweifellos Kräfte lebendig, die sich die Verteidigung der demokratischen Freiheiten und eine Neuordnung der Gesellschaft auf dem Boden unserer Verfassung zum Ziel gesetzt haben; sie bedürfen jedoch unbedingt der Ergänzung durch eine bewußt sozialistische Gruppierung, die sich der Analyse unserer Situation und den daraus resultierenden konkreten politischen Forderungen annimmt.

Die SOZIALISTISCHE FÖRDERER-GESELLSCHAFT macht in der Bundesrepublik allein den Versuch, Menschen der verschiedenartigsten geistigen Herkunft zusammenzuführen, die sich über diese Aufgabe miteinander verständigen und die große Sache einer konsequenten und freiheitlichen Linken erneut aufnehmen wollen. Sie will alle Sozialisten zusammenführen, die das feige Zurückweichen vor den Mächten der Restauration verachten und zugleich jede Zusammenarbeit mit der SED und den von ihr gesteuerten Organisationen aus Gründen ihrer humanitären und demokratischen Überzeugung ablehnen.

Sollten Sie mit uns davon überzeugt sein, daß wir gerade jetzt nicht verzichten dürfen, daß der von uns angezeigte Weg beschritten werden muß und wir kommenden Generationen nicht die Erinnerung an den völligen Zusammenbruch der Kräfte hinterlassen dürfen, die das beste Erbe unseres Volkes zu verteidigen haben, dann möchten wir Sie bitten,

sich durch den Erwerb der Mitgliedschaft in der Förderer-Gesellschaft aktiv mit uns zu verbinden.

Wir laden Sie ein, gemeinsam mit uns am 6. und 7. Oktober 1962 in Frankfurt am Main im Kreis von Freunden aus der gesamten Bundesrepublik an unserer Jahreshauptversammlung teilzunehmen und unsere Aufgaben mitzubestimmen.

Wir brauchen Menschen, die entschlossen sind, eine neue, absolut unabhängige, sozialistische Kraft wirksam zu machen, durch die Klarheit ihrer Erkenntnis, die moralische Integrität ihres Handelns und durch die sichere Überzeugung, daß dies, und nichts anderes in unserer Stunde getan werden muß.

In freundschaftlicher Verbundenheit!

Heinz-Joachim Heydorn

Einen Diskussionsbeitrag unseres Freundes Wolfgang Abendroth legen wir diesem Brief bei, um sie noch eingehender mit den uns bewegenden Fragen vertraut zu machen.

den 19. 11. 1962

Herrn

Dipl.Volkswirt
Heinz Brakemaier
Sekretariat des Sozialistischen
Bundes

6 Frankfurt/Main-West 13

Schloßstraße 22

Sehr verehrter Gesinnungsfreund!

Ich danke Ihnen sehr für Ihre freundlichen Zeilen vom 11. ds.Mts., muß Ihnen aber leider mitteilen, daß ich mich zu einer aktiven Mitarbeit im Sozialistischen Bund nicht bereitfinden kann. Es hängt dies mit persönlichen und sachlichen Gründen zusammen. Ich stehe an der Schwelle des 78. Lebensjahres und bin nicht mehr gesund, so daß ich mir hinsichtlich meiner Arbeitsverpflichtung große Zurückhaltung auferlegen muß. So sehr ich die vom Sozialistischen Bund vertretenen Auffassungen teile, so kann ich mir doch von seinen Bemühungen keinen großen Erfolg versprechen. Die politische Bewegung liegt nun einmal in der Hand der großen Parteien. Kleinere Gruppen vermögen sich, wenn sie ein selbständiges Dasein führen wollen, mindestens auf absehbare Zeit nicht durchzusetzen. Ganz anders wäre es, wenn die Mitglieder des Sozialistischen Bundes als Sauerteig innerhalb der sozialdemokratischen Partei wirken könnten. Aber die Unduldsamkeit und Enge der Funktionäre der SPD läßt dies ganz offenbar nicht zu. Ich selbst gehöre der sozialdemokratischen Partei seit dem Jahre 1911 an und habe auch während meiner kommunalpolitischen Tätigkeit fast immer im Kampf mit den Funktionären gelebt. Im kommunalen Bereich kann man diesen Kampf leichter durchführen als im Bereich der großen Politik, insbesondere dann wenn man an leitender Stelle steht.

Wie sehr ich geistig der sozialistischen Bewegung verbunden bin, mögen Sie aus meinem Vortrag über den sozialistischen Menschen entnehmen, der in der beiliegenden Nummer der Mannheimer Hefte abgedruckt ist.

Wenn Sie mir zuweilen Ihre Bundesmitteilungen schicken könnten,

b.w.

wäre ich Ihnen dankbar.

Ich wünsche Ihnen alles Gute und verbleibe

mit freundlichen Grüssen

Ihr

SOZIALISTISCHE FÖRDERERGESELLSCHAFT E. V.

Sitz: Frankfurt am Main

Sekretariat: **p. Adr. H. Brakemeier** Frankfurt am Main-West 13 Schloßstraße 22 · Telefon 772453

Mit Hochachtung

H. Brakemeier

DAS BUNDESKURATORIUM IM GESCHÄFTSJAHR 1961/62: Prof.W. Abendroth, Marburg, 1.Vors. - Prof.H.J. Heydorn, Darmstadt, 2.Vors.u.Schriftf. - Dipl.Volksw. H. Brakemeier, Frankfurt/M., Kassierer - Dr. J. Agnoli, Köln - A. Brock, Angermund b. Duisburg, Mitgl.im geschäftsf.Vorstd. - Prof.H. Düker, Marburg - Dr. Helga Einsele, Frankfurt/M., Mitgl.d.gesch. Vorstd. - Prof.O. Flechtheim, Berlin - Dr.W. Hinrichs, Duisburg - F. Lamm, Stuttgart - Prof.H. Langerhans, Saarbr. Prof.A. Mitscherlich, Heidelberg - M. Schumann, Frankfurt/M. - Monika Seifert, Frankfurt/M., Mitgl.d.gesch.Vorstd. G. Zwerenz, Köln

Heinz Brakemeier

Die N e u e L i n k e

Möglichkeiten und Aufgaben

Die Alte Linke war Etwas.
Ist die Neue Linke schon mehr als Nichts?

Hegel über die Bestimmung der Qualität
in seiner "Logik":
A. Sein. B. Nichts.
C. Werden.
"Das reine Sein und das reine Nichts ist also dasselbe.
Was die Wahrheit ist, ist....dass das Sein in Nichts, und
das Nichts in Sein-nicht übergeht,-sondern übergegangen ist."

Gliederung:

A: Das Versagen der Alten Linken
==========
I: Schuld und Unfähigk.am Beispiel 1918
(Ausmass und Grenzen der Anpassung)
II: Der Imperialismus als Ausweg
(Die sozialbürokratische Führung der Linken)
III: Die Negativität des Ostens im Westen
IV: Der Rückschlag durch den Faschismus

B: Was ist die Neue Linke?
==========

C: Neue Linke = Neue Partei?
==========
I: Deie Neue Linke braucht eine Partei
II: Der notwendige Organisationsgrad der Linken
III: Eine neue Parteitheorie nach den Parteien
alten und "neuen Typs"
IV: Die gegenwärtige und die voraussichtliche
Organisationsmöglichkeit
(Die heutige Sammlungsbewegung .)

D: Politische Perspektiven der Neuen Linken
==========
I: Die politische Passivität der Arbeitnehmerschaft
II: Der organisierte Antikommunismus
III: Wirtschaftliche Tendenzen
1. Die nachlassende Konjunktur
2. Die grösseren Rüstungslasten
3. Die wirtschaftliche Aufwärtsbewegung im Osten
IV: Die immer neu wachsende Kriegsgefahr
V: Die Unterstützung durch die Linke in Westeuropa,
in den Entwicklungsländern und die Neue Linke im Ostblock
VI: Der Ansatz der Neuen Linken in der Bundesrepublik

E: Die Aufgaben der Neuen Linken heute
==========
I: Kontinuierliche Sammlung und Organisierung der Kräfte
II: Vermehrte, planmässig organisierte Diskussion i.d.Sammlung
III: Planmässige Vermehrung der literarisch-publizist. Arbeit
IV: Sinnvolle politische Aktionen aller Anhänger

L. Kolakowski a.a.O. S. 158:
"Die Hauptschwäche der Linken bestand..darin,...daß ihre Negierung nur das Niveau moralischen Protestes erreichte und nicht das Niveau praktischen Denkens (d.h. denkender, bewußter Praxis H.B.)!"

A: Das Versagen der Alten Linken

I: Schuld und Unfähigkeit am Beispiel 1918 (Ausmass und Grenzen der Anpassung)

Die Neue Linke geht davon aus, dass die Alte Linke versagt hat. (Aber eine Linke die versagt, geht mehr oder minder total zur Rechten über!) Ist dieses Versagen deren subjektive Schuld oder objektive Unfähigkeit ?
Die dialektische Vermittlung von Subjekt und Objekt lässt nicht zu, dieses Versagen einseitig zu bestimmen. Sicher lag im November 1918 die Macht für die sozialdemokratische Führung in Deutschland auf der Strasse. Sie konnte genausogut die Auflösung des Offizierskorps und der alten Verwaltungsbürokratie, die Vergesellschaftung der wesentlichen Industrie und Banken, die Ausdehnung der Rechte der entstehenden Betriebsräte und die Bodenreform dekretieren, wie sie den 8-Stunden-Tag verordnete. Sie hätte in den ersten Wochen keinen ernsthaften Widerstand gehabt. Sie konnte dann vollendete Tatsachen schaffen. Sie tat das alles nicht! Hat sie also subjektiv verschuldet versagt? Aber was waren das für Arbeiterführer? Wo kamen sie her? Durch welche Zeit waren sie hindurchgegangen? Welche Praxis hatte sie geformt? "Eine Gesellschaft geht nie unter, bevor sie nicht alle ihre Möglichkeiten erschöpft hat", sagt einmal Marx. Sicher, der I. Weltkrieg musste beendet werden, so oder so; aber selbst das war der obersten Heeresleitung eher klar als Philipp Scheidemann und Friedrich Ebert.
"Hier konnten die Oberen nicht mehr und die Unteren wollten nicht mehr"!(Lenin). Aber sonst? Ein paar staatsrechtliche Reformen-nicht einmal unbedingt die Republik- und ein Stück Sozialgesetzgebung konnten die Sozialdemokratie und ihre Massen durchaus mit dem Kapitalismus versöhnen. Und welche andere Lösung drängte sich der Sozialdemokratie schon zwingend auf, wenn die Massen schon keinen anderen Zwang auf sie ausübten? (Die revolutionären Berliner Arbeiter reichten nicht aus!) Waren sie durch eine intensive theoretisch-kritische Schule gegangen, die ihnen den lebendigen (sich zum Monopolkapitalismus und Imperialismus wandelnden) Kapitalismus verständlich machten? Hatten R. Hilferdings "Finanzkapital"(1910) oder/und R. Luxemburgs "Akkumulation des Kapitals"(1912) die sozialdemokratischen Massen und deren Funktionärs-Hierarchie nachhaltig geschult? Oder bestenfalls die passivierende, formelhafte Orthodoxie des Schriftgelehrten Karl Kautsky, der mehr als ein Jahrzehnt das sozialdemokratische Durchschnittsbewusstsein betreut hatte? Waren auch nur Hilferding und Luxemburg alle Möglichkeiten und Konsequenzen des Kapitalismus klar und hatten wenigstens sie eine genauere Voraussicht und Lösung? Wären ihnen die Massen gefolgt?Konnten in Deutschland überhaupt Strategie und Taktik der sozialistischen Lösung aus den Bewegungsgesetzen der Gegenwart genügend klar bestimmt werden? Und wie konnten sie popularisiert werden?
Wie aber war es mit der russischen Oktober-Revolution von 1917 als Vorbild? Auf das Trauma der "schrecklichen russischen Zustände"(Ebert) bei der Sozialdemokratie und dem deutschen Kleinbürgertum müssen wir noch als Negativität zurückkommen, ein Vorbild und Ansporn für die SPD waren sie jedenfalls nicht. Die Massen wollten den "Frieden",sie "wollten Weihnachten wieder bei Muttern sein", sagte Kurt Tucholsky einmal, verbittert die Parole des Kaisers von 1914 wiederholend. Aber sonst waren sie weit davon entfernt, den "Kapitalismus unmöglich" zu finden (diese Parole war sogar nach 1945 allgemeiner) oder wenigstens der Sozialdemokratie ihr Vertrauen zu entziehen und den linkeren Kräften eine Chance zu geben.
Die bürgerlichen Verhältnisse waren noch nicht am Ende. Sie hatten noch nicht ihre Möglichkeiten erschöpft.
Wann jemals aber hat es in der deutschen Geschichte eine noch grössere Reife der Möglichkeiten gegeben? Und wie ungenau wird selbst hier die Feststellung des subjektiven, schuldhaften Versagens einer Sozialdemokratie mit Jahrzehntelanger Reformistenpraxis, für die gerade die politische Revolution von 1918 eine neue, grossartige Aera zu eröffnen schien?

Wenn die ökonomischen Erfolge des Imperialismus dem Reformismus Boden und Nahrung gaben, wenn von daher der I. Weltkrieg -selbst bei Kautsky- nur einer jener so betrachteten geschichtlichen Betriebsunfälle war, wie sollte aus dieser Praxis mit ihren schönen Erfolgen gerade auch im Kriege ein revolutionäres Bewusstsein Friedrich Ebert entstehen?
Wenn "das Ganze das Wahre" (oder mit Adorno "das Unwahre") ist, dann drangte die Ganzheit jener Epoche nicht zu der Parole:"Hier liegt Rhodus-nun springe!" So wenig der überwältigende Zwang die Verhaltnisse beherrschte, so wenig brachte er genügend intellektuelle und moralische Potenzen hervor, um den Sieg des Sozialismus zu erringen.
Wir müssen erkennen, dass die Welt bisher nicht reif für den Sozialismus war. Die Soziologie lässt heute in Verbindung mit den alten Prinzipien der marxistischen Theorie zu, die geschichtlichen Kräfte, ihre agierenden Personen und deren Prägung und Motive besser zu durchschauen, als dies einer früheren Geschichtsschreibung gegeben war. Wir können so heute auch über Lenins Theorie hinausgehen, die das Versagen der alten Linken aus dem (einmaligen) Auswg erklärte, den der Imperialismus dem Kapitalismus bot. Wir erkennen heute, daß in einer falschen, entfremdeten Ordnung der menschlichen Verhaltnisse selbst die revolutionaren Krafte die Neigung entwickeln zu entfremden. Wir nennen das die permanente Tendenz zur Anpassung an die bestehende Gesellschaft; sie bildet mit deren permanenter Tendenz zur Revolution eine Parallele der Gegenläufigkeit von wechselnder Kraft. Es gibt keine einmalige geschichtliche Auswegssituation für die alte Ordnung. Der konkrete Kapitalismus produziert seine konkreten Auswege in jeder konkreten Situation neu, wenn die Verhältnisse ihn dazu zwingen und die konkrete Linke steht genau so unter dem Zwang der Verhaltnisse und dem Sog der Auswege, bis die sich ändernden Verhaltnisse ihr nicht nur die umwälzende Initiative mit machtiger Eindringlichkeit zuschreiben, sondern auch die Widerstande brechen und der Rechten die Auswege zu wenig Boden geben.
Aber wenn wir erkennen, dass die Linke selbst immer wieder der Gefahr ausgesetzt ist, sich anzupassen, die alte Ordnung zu akzeptieren und dadurch zu ihrer Stütze zu werden, so müssen wir das mit zwei Feststellungen tun:
1. Die Verhaltnisse wandeln sich beständig und in dem Maße, wie sie einer revolutionaren Krise zutreiben, wandelt sich auch der Grad der Anpassung. Je zwingender die soziale Umwälzung wird, desto entschiedener und machtiger offenbart die Linke ihren revolutionaren Charakter. In alter Gestalt, wenn dies noch lebendiges, unreglementiertes politisches Leben entfalten kann- in neuer Gestalt, wenn Gerüst und Gehäuse der alten Linken zu starr geworden sind.
2. Die standige Neigung zur Anpassung vollzieht sich im Sog der jeweiligen konkreten Auswege der alten Ordnung. So wie die Auswege immer wieder eine besondere Form haben, so nimmt auch die Anpassung der Linken immer wieder eine besondere Form an.

II: Der Imperialismus (und seine Kriege) als Ausweg
(Die sozialbürokratische Führung der Linken)

Wie immer man zu den einzelnen Imperialismustheorien der Linken steht, wir können festhalten, daß zunächst der klassische Imperialismus bei der Linken die Entstehung und Ausweitung einer staatstragenden Sozialbürokratie gefördert hat, die mit ihrem Sozialchauvinismus die Führung der Massen in der Hand halten konnte.
Diese Sozialbürokratie ist heute in fast allen alten kapitalistischen Staaten im hohen Grade ausgebildet. Immer fester mit der alten Ordnung und deren Staatsapparat verwachsen, neigt sie dazu, auch die letzten Möglichkeiten ihrer Entfaltung in der alten Ordnung auszunutzen und dabei das politische Leben der alten Sozialdemokratie unter ihre Formeln zu bringen. Diese Sozialbürokratie wird eine neue Linke nicht noch einmal im gleichen Umfang mit der gleichen Funktion wiederholen. Diese neue Schicht in der alten Sozialdemokraite, unter dem Banner des Reformismus und Super-Reformismus großgeworden, wird nicht so leicht die Neigung verspüren, zur Neuen Linken massenhaft überzutreten. Sollte aber ein grösser Zwang zur sozialen Umwälzung ihr massenhaft einen solchen Schritt nahelegen, wird ohnehin die Neigung zur Anpassung an die alte Ordnung nicht groß sein.

III: Die Negativität des Ostens im Westen

Eine zweite geschichtliche Grösse, die das Versagen der alten Linken in West-Europa bedingt hat, ist zweifellos die Existenz einer stalinistisch-bürokratisch beherrschten UdSSR bzw. ihres Ostblocks gewesen.
Hier müssen wir noch einmal auf Lenins Imperialismustheorie zurückgreifen, auf seine in diesem Zusammenhang vorgebrachte These, nach der durch die Entstehung konkurrierender imperialistischer Staaten mit deren internationalen Konflikten die Kette der Revolution sich umkehrt. Nicht mehr in den entwickelsten kapitalistischen Staaten eröffnet sich der Linken die Möglichkeit, zum Sozialismus überzugehen- die Kette der imperialistisch verwickelten Staaten reisst vielmehr an ihrem schwächsten Glied. Daraus ergeben sich aber schwerwiegende Konsequenzen für die Linke in den wirtschaftlich höher entwickelten Landern.
Nicht nur, daß der Imperialismus deren Möglichkeiten überhaupt hemmt: Die Massen in diesen Landern, besonders dort, wo alt-verwurzelte, breite Mittelschichten vorhanden sind, werden ihre Lebensmöglichkeiten im Sozialismus an den Zuständen jener "schwachsten Glieder" messen, die aus der imperialistischen Staatenkette ausgebrochen sind. Eine reaktionäre Propaganda verdoppelt noch alle negativen Eindrücke der Massen. Die Linke gerät so unversehens in die Defensive und in einen heillosen Konflikt zwischen Bejahung und Verneinung, Unterstreichung des historischen Fortschritts und Verurteilung der Zurückgebliebenheit und Regression.
So lange ein derart starkes Gefälle des gesellschaftlichen Wohlstandes von West nach Ost sichtbar ist, von einem schrecklichen bürokratisch-terroristischen Staatswesen begleitet, propagandistisch verdoppelt von einer auf diese Weise machtig gewordenen reaktionären Ideologie, so lange muss die Hoffnung auf einen Sieg der Linken schwach bleiben.

Die kommunistische alte Linke weiss genau, daß sich auch heute noch mit der "Sowjetunion""kein Staat"in Westeuropa und den USA machen lässt. Wenn jeder kommunistische Versuch, eine sozialistische Umwälzung im Westen herbeizuführen aber vorerst keine Chancen erkennen lasst, dann ergibt sich daraus zwangsläufig, daß kommunistische Parteien mit einem sozialistischen Aktionsprogramm die Interessen der herrschenden Bürokratie im Ostblock, besonders in der UdSSR, stören müssen. Zusätzlich, wenn ihr Sieg die Massen im Osten zu Vergleichen reizen könnte! Diese Interessen sind auf die innen- und aussenpolitische Sicherung der östlichen Staaten gerichtet. Insbesondere der wirtschaftliche Fortschritt wird dort durch den Zwang zu vermehrter Rüstung gehemmt. Sehen wir von dem chinesischen Sonderfall ab, so sind darum seit langem die kommunistischen Parteien inner- und ausserhalb des Ostblocks gehalten, mit ihren politischen Manövern den oben genannten Interessen zu dienen. Trotz aller Fehlschläge und Katastrophen dienen die kommunistischen Parteien im Kapitalismus immer eher als außenpolitische Hilfstruppen des Kreml, denn als revolutionare Avantgarde der Linken ihrer Länder. Die "Volksfront-Politik" und "Friedensbewegungs-" taktik (mit "allen friedliebenden Kräften"), die isoliert von den anderen gesellschaftlichen Fragen betrieben werden soll, will Einfluss auf die Politik bürgerlich-kapitalistischer Staaten nehmen. Aber nicht durch umwalzenden Druck, sondern durch langfristige, moglichst weitgehende "Zusammenarbeit" unter der ideologischen Führung bürgerlicher Kräfte und Parolen! Darin sind sogar Lenins Prinzipien einer proletarischen Bündnispolitik aufgegeben worden.
Diese Politik der alten kommunistischen Linken ist deshalb nicht bloß falsche Taktik innerhalb einer richtigen Strategie, sie ergibt sich zwangsläufig aus der Konzeption und Konstruktion der kommunistischen Parteien, wie sie die III. Internationale schließlich hervorgebracht hat, nachdem sich Mitte der zwanziger Jahre die Verhaltnisse sowohl in Westeuropa wie in der UdSSR verfestigt hatten.

Damit ergibt sich eine letzte Frage: Unsere Stellung zur"Oktober-Revolution"? Wie letztlich diese Frage zu einem schweren Bruch in der ansatzweise vorhandenen IV. Internationale geführt hat, so wird jede Neue Linke nicht um eine Antwort auf diese Frage herumkommen. Wer die "Oktober-Revolution" als falsch und unzeitgemass verneint, der muß letztlich auf die Zerschlagung des Ostblocks und seiner sozial-ökonomischen Grundlage drängen, gewissermaßen, um den Faden der Geschichte zurückzuspulen, noch einmal, von vorn anzufangen, wo die Welt-

geschichte 1917 eine entscheidende Wende nahm.
Wer die "Oktober-Revolution" bejaht, muß der nicht auch ihre Konsequenzen, muß der nicht auch den Stalinismus wollen?
Die jämmerliche Alternative des Jahres 1917 in Russland wäre (erst mit Unterstützung des deutschen Militarismus und dann des anglo-amerikanischen und französischen Imperialismus) ein labiler, autoritärer oder früh-faschistischer Staat gewesen, mit oder ohne neuen Zaren, mit halbfeudaler, stagnierender ökonomischer Struktur und kultureller Barbarei.
Für Sozialisten ist das keine Alternative! Unter solchen Verhältnissen wird es zwangslaufig immer wieder revolutionare Bewegungen geben müssen. Es blieb kein anderer Weg: Vom Sieg der Oktober-Revolution ausgehend, musste die Linke innerhalb und ausserhalb der Sowjetunion ihre materielle Gewalt zu erweitern versuchen. Sie musste dabei auch die intellektuelle und moralische Kraft im genügendem Umfange aufbringen, die die bürokratisch-diktatorische Gefahr und deren barbarischen Terror erkannte und diese Einsicht in die Massen hineintragen konnte, um sie dagegen rebellisch zu machen. Daß die Linke daran gescheitert ist, daß sie sich dafür als zu schwach erwies, ist ein verhangnisvolles historisches Zwischenspiel.-Das ist nicht zuletzt verschuldet durch das geschichtliche Versagen der deutschen Sozialdemokratie.-Aber einen anderen Weg konnte eine sich selbst getreue Linke nicht einschlagen. Auch die Verzögerung der "Oktober-Revolution" um einige Jahre, um der deutschen Linken den Vortritt zu lassen, hätte kaum in Deutschland zum Siege des Sozialismus geführt. Der deutsche Kapitalismus hatte mit der reformistischen Sozialdemokratie noch zu viele Möglichkeiten gewonnen, als daß nach deren endgültigem Umfall 1914 eine sozialistische Umwälzung vorauszusehen war.
Positiv gewendet, hat die russische Revolution und ihre Auswirkungen den Verfall der imperialistischen Herrschaft entscheidend beschleunigt.

Für eine Neue Linke ergibt sich aber heute nicht nur die Pflicht, auch aus den negativen Ergebnissen der russischen Revolution zu lernen, auch etwa die Leninsche Theorie des demokratischen Zentralismus an ihren praktischen Ergebnissen kritisch zu messen, sondern auch die Pflicht zur scharfen Abgrenzung und mehr als das, zum Kampf für die Überwindung aller schrecklichen Züge der Entartung und Pervertierung des Sozialismus/Kommunismus im Osten und in der Arbeiterbewegung überhaupt. Zum Kampf auch gegen die Ideologen dieser Zustande und zum Bündnis mit allen neuen Kräften, die diese Zustände nach vorn hin, in Richtung auf Wahrheit und Freiheit zu Humanität, Schönheit und menschlichem Glück verändern wollen. Das erst ist-wenn man will- Sozialismus-Kommunismus!
Je weniger die kommunistische alte Linke in Westeuropa Differenzen zum Ostblock erkennen lassen wollte und dafür lieber überhaupt auf zielklare sozialistische Politik im Westen verzichtete (zu Gunsten der Volksfront- und Friedensbewegungs-Politik), um so mehr muß die Neue Linke diese Differenz zu der Praxis im Osten betonen. Nur dadurch hat sie eine Aufstiegschance. Sollen sich die Neigungen, Wünsche, Sehnsüchte und Hoffnungen der arbeitenden Massen wieder mit der Politik und damit mit der Linken verbinden, dann muss sie in zäher und geduldiger Aufklärung zu beweisen suchen, daß nur durch ihren Kampf die Überwindung der ärmlichen, bürokratisch-diktatorischen Zustände im Osten, zusammen mit dem wirtschaftlichen Wachstum, möglich ist. Die Neue Linke wird es auch mit dieser Politik noch lange sehr schwer haben. Aber," Die Grundlage des Sieges ist die Wahrheit, nicht die Lüge", schreibt Trotzky als Schlußsatz seiner Untersuchung:" Die verratene Revolution". Die "ganze Wahrheit" und die "Wahrheit des Ganzen", kann die Neue Linke höchstens unterstreichend hinzufügen.

IV: Der Rückschlag durch den (imperial.) Faschismus
(Aufrüstungs- und Kriegspolitik)

Wenn der Kapitalismus schließlich den Faschismus als Ausweg gefunden hat, mit dem sich eine permanente militärische Rüstung und überhaupt eine wirtschaftliche Verschwendung verbindet, zusammen mit einer finanziellen Inflationspolitik und unter Ausnutzung organisierter antiparlamentarischer Massenhysterie des Kleinbürgertums, so lässt schon die beherrschende Losung des Antikommunismus erkennen, wie sehr die Sieeschancen des Faschismus durch die Entartung des Bolschewismus erweitert worden sind. (In jeder Ideologie steckt ja -meist auf höchst vertrackte und verkommene Weise- ein Stück Wahrheit!)
Die Menschheit hat die faschistischen Gefahren sicher noch nicht gebannt. Sie erheben wieder drohend ihr haupt. Gleichwohl könnte eine nahere Untersuchung zeigen, daß damit der Kapitalismus nicht nur seine perverse Verkommenheit vermehrt. Alle diese Auswege haben einen schwankenderen Grund bekommen. Sie werden zunehmend schmaler und kürzer. (Diese These kann hier nur aufgestellt, sie muss in einer besonderen Untersuchung belegt werden. Für die Perspektiven der Neuen Linken bleibt die These aber wichtig, gerade wenn sie zuvor feststellt, dass die objektiven Möglichkeiten der alten Linken durch den Faschismus geschälert wurden.

B: Was ist die Neue Linke?

Es genügt hier fast, auf das berühmte Kapitel"Der Sinn des Begriffes -Linke-", in L. Kolakowskis (Polen) Essaysammlung:"Der Mensch ohne Alternative- Von der Möglichkeit und Unmöglichkeit, Marxist zu sein" hinzuweisen, Daß dieses Buch in Polen nach 1956 veröffentlicht werden konnte, ist selbst der beste Beweis in der Praxis für seine Bestimmung der Linken.
Doch von Kolakowski zunächst abgesehen: Gschichtlich ergibt sich der Auftritt der Neuen Linken immer dort, wo die Alte Linke in eine Krise gerat, stagniert, steril wird, versagt, unfahig und verbrecherisch in Hinsicht auf den menschlichen Fortschritt wird. Dort, wo sich die Wahrnehmung verbreitet, daß die alte Linke die theoretische und praktische Bewältigung der Gegenwart für ihre geschichtliche Mission nicht mehr zuleisten vermag!
So ging die Führung und die Konsequenz der Linken (Zentrum und Avantgarde) im Deutschland des 19. Jahrhunderts von den Liberalen auf die Demokraten und Republikaner über und manifestierte sich schließlich nach 1848 in der sozialistisch-kommunistischen Arbeiterbewegung.
Diese alte sozialistische Linke geriet schließlich zu Beginn des 2o. Jahrhunderts im Zusammenhang mit den Wandlungen des Kapitalismus in eine große innere Krise, die in jedem Land einen anderen Ausdruck hatte- in Rußland anders als in Deutschland und dort nicht einfach identisch mit Frankreich (siehe z.B. die Besonderheiten der Kabinettspolitik Mitterands). Die Luxemburg-Liebknecht-Richtung läßt sich von unserer vorhergehenden Bestimmung ebenso als neue Linke fassen, wie der Leninismus und die schwache trotzkistische Tendenz. Gleichfalls gilt das für die Opposition der zwanziger Jahre in der UdSSR; mindestens teilweise und besonders für die "Links-"Opposition.
Seine politische Pragung bekam das Wort "links" bekanntlich aus der Tatsache, daß in der Nationalversammlung der grossen französischen Revolution die Radikalen schließlich links saßen.

Kolakowski bestimmt die Linke auf Grund der historischen Tradition als eine grundsätzlich kritische Kraft gegen die bestehenden Verhaltnisse. Er bleibt mit dieser Bestimmung nicht nur der wesentlichen Funktion der marxistischen Theorie allgemein treu, sondern er lehnt sich bei der Konfrontierung mit der Rechten offenbar auch an das Schema der politischen Kräftegruppierung an, das Marx am Anfang von "Die heilige Familie" konstiert, indem er von einem beharrenden, erhaltenden, konservativen Pol in der Gesamtheit der Gesellschaft spricht,

demgegenüber der destruktive, zerstörende, vorwarts drängende, verändernde Pol wirkt, den das Proletariat in dem Maße ausmacht, wie es zum Bewußtsein seiner Lage und Möglichkeiten kommt.

Für Kolakowski hat die Kritik dabei zwei Züge: Einerseits die Unangepasstheit, Negation, Ablehnung der bestehenden Verhältnisse, andererseits die Perspektive, Hoffnung, Planung der neuen, noch nicht dagewesenen, besseren Verhaltnisse in Richtung auf Fortschritt von Freiheit, Humanität, Glück. Hier kommt auch die Bedeutung zum Zuge, die Bloch dem gut- oder real-utopischen Bewußtsein für das Vollbringen des nächsten großen Schrittes der Geschichte zuweist. Von hier aus wird verständlich, wenn Kolakowski feststellt, daß die alte Linke aufhört, links zu sein, wenn und wo sie die umwälzende Kritik der bestehenden Verhaltnisse nicht mehr leistet, sondern diese rechtfertigt, bestätigt und verteidigt. Da innerhalb des Ostblocks die alte (kommunistische) Linke als herrschende Schicht nocht totaler zu einer konservativen Kraft der bestehenden Verhaltnisse geworden ist, als die alte Linke in Westeuropa, spricht Kolakowski auch lieber von einer alten (bürgerlich-feudalen) Rechten und einer neuen (ehemals sozialist sch-kommunistischen) Rechten, denen er die Linke gegenüberstellt. An anderer Stelle spricht er allerdings auch von einer neuen Linken, und er schlagt für sie die Formel linker Sozialismus vor. Bleiben wir dabei: Es gibt nur eine Linke, die ihre Ausfächerung bis zu noch links-liberalen und links-christlichen Tendenzen haben kann, die aber ihre Konsequenz, ihr Zentrum und schließlich ihre Führung in der zur radikalen Veränderung entschlossenen, zielbewußt organisierten Bewegung findet!

Kolakowski halt zwar an der Einsicht fest, daß das Proletariat immer wieder in der Klassengesellschaft zur unruhigen, vorwärts drangenden, revolutionaren Klasse wird, aber er weist darauf hin, daß nicht in jeder konkreten politischen Situation die revolutionäre Klasse links, also revolutionar handelt. Es gibt deshalb keine naturhaft-blindwütigen linken Klassen und Organisationen, sondern links ist ihm immer eine Sache der bewußten Einsicht, des richtigen Bewußtseins.

Die Neue Linke ist der Protest gegen das Versagen der alten Linken, sie ist darum die Renaissance der Linken überhaupt. Recht verstanden, kann diese nur noch eine kommunistisch-sozialistische Kraft im Sinne des "Kommunistischen Manifestes (1848)" sein. In Europa wird man dem Vorschlag Kolakowskis zu folgen haben, sie als linker Sozialismus zu bezeichnen. Dabei ist aber das Bewußtsein der N e u e n Linken nicht zu verwischen, um sie von der bisherigen Praxis älterer linkssozialistischer Parteien und deren Ideologien im notwendigen Masse abzuheben. Diese waren mehr oder minder nur eine erstarrte Halbheit zwischen der zweiten (sozialdemokratischen) und dritten (kommunistischen) Internationale. -Schon Lenin sprach gelegentlich spöttisch von der 2 1/2. Internationale-. Die Neue Linke muss jenseits dieser alten Fronten stehen.
Soziologisch ergibt es sich dab , daß in Zeiten, in denen die wahren politischen Fronten mit großem Erfolg verschleiert werden konnten, in denen also nur eine besondere intellektuelle und moralische Anstrengung die Schleier zu durchschauen vermag, Menschen bürgerlicher Herkunft oder Existenz, die zum Sozialismus tendieren, einen beachtlichen Anteil an einer neuen Linken haben. Gerade dann aber muß in den Reihen der Neuen Linken die Einsicht bleiben, daß die Verbindung zu den breiten Massen der Arbeitnehmerschaft immer wieder gesucht werden muß.

Ein politisches Programm der Neuen Linken in Westeuropa kann heute außenpolitisch nur auf der Formel der "Unabhängigkeit" basieren, die mehr und aktiver ausgerichtet ist, als die der bloßen "Neutralität".
Innenpolitisch muß es auf die Abwehr aller autoritären und faschistischen Gefahren und Zurückdrangung der Macht der herrschenden, reaktionären Krafte, Ausdehnung der Demokratie auf alle Bereiche des gesellschaftlichen, öffentlichen Lebens (also auch der"öffentlichen Meinungsbildung"), Intensivierung und Ausweitung der demokratischen Erziehung und Bildung zu einem kritischen Bewußtsein mit dem Ziel einer realen Humanität ausgerichtet sein. Besonders wirtschaftspolitisch muß ein Übergangsprogramm der Neuen Linken auf die

Planung der großen (monopol- und oligopolartigen) Industrieunternehmen, Banken, Handels- und Versicherungsunternehmen und sonstigen großen Dienstleistungsunternehmen drangen. Das kann für die Neue Linke nach den Erfahrungen in England, in der Bundesrepublik, in Jugoslawien, in Kuba und im Ostblock nur heißen, eine volkswirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Wirtschaftsdemokratie durchzusetzen und immer weiter auszubauen und auszudehnen. Die volkswirtschaftliche Demokratie hat dabei die Koordination der betriebswirtschaftlichen Teilpläne zu einem Volkswirtschaftsplan zu leisten. Diese volkswirtschaftliche Planung muß aus den Schwächen der bürokratisch-zentralistischen Kommandowirtschaft im Ostblock lernen. Wie die Planung im Ostblock selbst, muß sie sich heute viel starker an den theoretischen und erst bei Gemeineigentum wirklich praktikablen Ergebnissen der westlichen Wachstumsratentheorie, der mathematisch beherrschten "Input-Output-Analyse", der Nationalbudget-Rechnung orientieren, deren theoretische Ansätze sowohl bei Marx im II. Bd. des Kapitals, wie in der russischen Diskussion der zwanziger Jahre zu finden sind. die betriebswirtschaftliche Planung muß sich hingegen an gewissen Prinzipien orientieren, wie sie für Art und Menge, sowie für eine kosten- und mehrwertgerechte Preiskalkulation durch die volkswirtschaftliche Demokratie festgelegt worden sind. Eine industriell hochentwickelte Volkswirtschaft -das muß zur Grundkenntnsi der Neuen Linken gehören-vertragt weder die Mengen- und Preisanarchie der jugoslawischen freien Marktwirtschaft, noch die vom Stalinismus erzeugte bürokratisch-zentralistische Projektemacherei und Kommandowirtschaft. Für die Neue Linke ist in der volkswirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Demokratie der Rückgriff auf demokratische Prinzipien notwendig, wie sie Marx nach der Erfahrung der Pariser Kommune (1871) entwickelt hat. Neben der Rechenschaftspflicht, Delegationsgebundenheit, jederzeitigen Abberufbarkeit der gewählten, nicht privilegierten Vertreter, gehört dazu auch die jetzt in Jugoslawien sogenannte"Rotation der Funktionen", das heißt also die nur begrenzte ununterbrochene Wiederwählbarkeit einmal gewählter Vertreter für die gleiche Funktion.

C: Neue Linke = Neue Partei?

I: Die Neue Linke braucht eine Partei!

Wir können dieses Kapitel mit der Feststellung einleiten: Grundsätzlich braucht eine neue politische Kraft in einer noch einigermaßen existenten bürgerlich-parlamentarischen Demokratie eine (alte oder neue) Parteiorganisation.
Diese apodiktische These ergibt sich aus der Tatsache, daß jede politische Bewegung, wo immer auch ihre wahren Krafte, der Schwerpunkt ihrer Aktionen liegen mag, im **Parlament** sich ebenfalls durchzusetzen versuchen muß, das nun einmal von Parteien besetzt wird. Gerade, wenn man nicht der Illusion wieder unterliegen will, der Sozialismus sei nur eine Sache der parlamentarischen Mehrheitsentscheidungen, ist es wichtig, ihn im Namen der Legalität und Legitimität gegen die reaktionären Kräfte durchzusetzen. Zudem ist für die Massen immer wieder das bürgerliche Parlament die hervorragende Bühne und somit für die Linke-Tribüne.
Wenn aus der Neuen Linken eine neue politische Kraft werden soll -ohne das wird sie auch die alten politischen Kräfte nicht bewegen-, so kommt sie nicht darum herum, daß das politische Leben in der bürgerlichen Demokratie seinen formalen Höhepunkt im Parlament hat; auch wenn dieses Parlament nur die vordergründige Rampe mächtigerer Akteure im Hintergrund ist.
Die Neue Linke darf nicht erneut die längst aufgegebenen anarchosyndikalistischen Ideologien des Antiparlamentarismus und der Parteienignoranz produzieren. Die Neigung dazu ist bei einigen Akademikern und Arbeitern erklärlich, angesichts der Erfahrungen mit und in den Apparaten der alten Linken. Aber der Mangel einer Partei wird nicht durch die Anpassungs- und Kapitulationsgefahren jeder Partei der Linken aufgehoben. Erstens wäre auch eine außerparlamentarische Linke irgnedwie und irgendwo solchen Tendenzen unterworfen (vielleicht sind es bestimmte Vertreter einer solchen Meinung bereits), die Unschuld ihrer Ideen und ihrer Praxis ginge ihr auch dort verloren, zweitens ist die Neigung

zur Anpassung und Kapitulation viel weniger eine bloße Folge des Parlamentarismus als der Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse, in dem Maße, wie diese sich verfestigen und reaktionäre Züge bekommen. Drittens kann eine Neue Linke außerhalb der Parteien schon garnicht hoffen, gerade auf Parteien erfolgreich einzuwirken, die in der Spätphase der bürgerlichen Demokratie ihre parlamentarische Routine und Wahlen zum (ausschließlichen) Fetisch ihrer Tätigkeit gemacht haben.
Gibt es ein Parlament, so verlangt jede Bewegung zur sozialistischen Umwälzung auch nach einem parlamentarischen Reflex und Barometer. Das gilt um so mehr, wenn die Neue Linke nur mit langfristigen Perspektiven für ihren Aufstieg und Sieg rechnen kann. Jede Aktivität für eine neue gesellschaftliche Ordnung setzt sich zudem dem taktisch schwerwiegenden Vorwurf der Illegalität aus, wenn sie sich des parlamentarischen Manövrierfeldes und der damit verbundenen Wahlkampagnen begibt, während doch gerade die grosse Möglichkeit der Linken darin liegt, in der Verteidigung der Legalität den Sozialismus gegen die illegalen und illegitimen Anschläge der Reaktion durchzusetzen. Im richtigen parlamentarischen Agieren kann die Schachung der Rechten schließlich außerordentlich gefördert werden.

II: Der notwendige Organisationsgrad der Linken

Aus vielen Bedürfnissen, vor allem denen intellektueller und moralischer Sauberkeit und Redlic keit nach den Erfahrungen mit den alten Parteiorganisationen , erhebt sich immer wieder der Gedanke, eine "möglichst lockere Form" der Organisation zu finden, die der Individualität möglichst wenig abverlange, dadurch um so anziehender wirke und so der politischen Ausweitung nur dienlich sei. Hinter solchen Gedanken kann sowohl ein Rest sobistischer Distanz zu den unbürgerlichen Kräften des Neuen verborgen sein, als auch die Sehnsucht nach einer Welt, die keines organisatorischen Zwanges mehr bedarf. Marx selbst weist in "Nationalökonomie und Philosophie" darauf hin, wie sehr in einer vernünftig-menschlich, zugleich sinnlich-praktisch sich selbst verwaltenden Gesellschaft alle angestrengt und bewußt-zwanghaft organisierte Arbeit absterbende Bedeutung hat. An deren Stelle tritt vielmehr eine spielerische, selbstverständliche Aktivität.
Vielleicht kann sich die Linke zunächst auf die Formel einigen, daß jede Organisationsform und jeder Organisationsgrad von den aktuellen Bedürfnissen abhangt. So weit, so gut! Aber die Geschichte der Klassengesellschaft lehrt uns, daß nur die Ideen materielle Gewalt annehmen, die sich möglichst umfassend in eine jeweils angemessene, mit Voraussicht planende und vorbereitende organisatorische Gestalt ergießen. Wo immer der Fortschritt siegreich war und blieb, dort ist häufig auch ein hoher Grad umfassender Organisiertheit anzutreffen, ein höherer zumeist, als bei versäumten Siegen und verlorenen Schlachten für den Fortschritt. In der verwalteten Welt des Spätkapitalismus wird deshalb die Formel von der "möglichst lockeren Organisationsform" nicht hinreichen, so sehr sie spontanen intellektuellen und moralischen Bedürfnissen entspricht.

Wenn in der Politik der Klassengesellschaft-aller bürgerlich-parlamentarischen Heuchelei und Volksgemeinschaftsideologie zum Trotz- noch immer das Freund-Feind-Verhaltnis durchschlägt (eher stärker als schwächer werdend), so hat eine Neue Linke sich viel eher der Bedeutung zu erinnern, die bei Marx, Engels, Lenin die militär-strategische Theorie eines Klausewitz hatte. Hat nicht selbst Bloch einmal von der notwendigen Planung eines marxistischen Generalstabes gesprochen? Ist in der Klassengesellschaft die Politik die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln, dann gehoren -trotz der Auswirkungen des Leninismus- dazu noch immer einige strategische Prinzipien, wie die Sammlung der Krafte im Raum und ihr vereinigter, konzentrierter Einsatz zu einem bestimmten Zeitpunkt, die unbeirrbare Verfolgung (ohne Ablenkung) vom gesetzten Hauptziel und die Orientierung aller Etappenziele darauf, der Grundsatz, gegenüber dem Gegner seinen Willen durchzusetzen, und die dem entgegenwirkenden Kräfte des Gegners zu überwinden. Aus solchen Prinzipien ergibt sich die Bedeutung der notwendigen Organisation von selbst.

III: Eine neue Parteitheorie nach den Parteien alten und "neuen Typs"

Der Unterschied in der Parteitheorie von Marx und Lenin ist bekannt. W. Huhn hat dankenswerterweise in den Wiso-Heften diesen Unterschied ausführlich dargestellt. Kurz läßt er sich deshalb etwa so ausdrücken: Bei Marx hat die Partei zunächst die Funktion der Aufklärung, der Verbreitung sozialistischer Jdeen, zunächst im Verbande umfassenderer, bürgerlicher revolutionärer Bewegungen, danach zur bewußtseinsbildenden Sammlung selbständiger sozialistischer Krafte. Bei Lenin hat die Partei schon die führende und bestimmende Kraft der nächsten Revolution zu sein, wenn auch vorerst nur einer bürgerlichen erst später einer sozialistischen.
In der Verschiedenheit der geschichtlichen Probleme liegt nicht zuletzt der Unterschied: Hier lockere, wenig disziplinierte, dort straff zentralistisch (allerdings demokratisch genannt) organisierte Partei. Als sehr wesentliches Motiv darf bei Lenin nicht die Begründung übersehen werden, in der Illegalität gehe es nicht anders als mit dem demokratischen Zentralismus. Aber man darf andererseits nicht die Augen davor verschließen, daß der spontanen, zielgerichteten Bewegung der Massen bei Lenin eine viel geringere Bedeutung zukommt, als bei Marx, auch bei Trotzky (dem genialen Heerführer) und erst recht bei Rosa Luxemburg. Für eine Bewegung, die die breiten Massen zur täglich-praktischen Beherrschung des gesellschaftlichen Prozesses bringen will, muß sich zwangsläufig sofort ein kritisches Bewußtsein gegenüber der Lenin`schen Parteitheorie regen. Andererseits hat gerade die Lenin`sche Partei den ersten großen, umwalzenden historischen Sieg der Arbeiterbewegung errungen.
Angesichts des sich so verwirrenden Problems sollte die Neue Linke einerseits zwar den Sieg der Bolschewiki im Auge behalten, andererseits aber von den schließlichen Ergebnissen der "Oktober-Revolution" in der Sowjetunion (ohne Sowjets), im Ostblock, sowie vom Erscheinungsbild der kommunistischen Parteien im Westen und von den jüngsten Erfahrungen in Kuba ausgehen.
Insgesamt wird sie dabei- gerade angesichts der Probleme in Westeuropa- zu dem Schluß kommen, daß eine Partei der Neuen Linken nicht nur die Diktatur einer Partei als staatstragendes Prinzip ablehnen muß, sondern auch, was sich mit der Formel vom"demokratischen Zentralismus" und der sogenannten "Einheitlichkeit der Partei" als Herrschaft des Apparates über die Partei herausgebildet hat. "Ohne den freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution.." sagte Rosa Luxemburg kritisch zur Praxis des Bolschewismus. Nach ihr war das freie Ringen der Meinungen, selbst wenn es mit Irrtümern behaftet ist, tausendmal fruchtbarer für den Sozialismus, als die Weisheit des besten zentralistischen Zentralkomitees. (Siehe hier ihre Gefängnisschrift: "Die russische Revolution").
Andererseits wird gerade im Sinne der genannten strategischen Prinzipien eine (neue) sozialistische Partei darauf bedacht sein müssen, eine möglichst grosse Harmonisierung der strategischen und taktischen Prinzipien in ihren Reihen zu erreichen. Sie wird deshalb eine möglichst große, entscheidungsberechtigte, aus den Vertretern der Parteibasis bestehende, häufig zusammentretende zentrale Konferenzinstitution in ihren Satzungen zu verankern haben. Sie wird wegen der Beziehung zu den praktischen Bedürfnissen der Arbeitnehmerschaft, ihre Partei nicht nur nach Wohngebieten, sondern viel mehr als bisher nach Betriebsgruppen und übergreifenden Wirtschaftszweigverbänden zu organisieren haben, selbst wenn sie dieses Organisationsproblem nicht ohne Doppelstimmrecht lösen kann. Ein solches Stimmrecht wird gerade den Massen der Arbeitnehmerschaft ein besonderes Gewicht in der Partei geben. (Es muß diese Frage allerdings in Zukunft daran gemessen werden, wieviel Freizeit die Menschen in Ihren Wohngebieten zur Verfügung haben!) Eine neue Parteitheorie wird insofern auf der Kaderpartei bestehen müssen, als die über Programmbekenntnis und Beitragszahlung hinausgehende Mitarbeit aller Mitglieder erforderlich ist. Sie wird schließlich gewisse Regeln für die allgemeine Verbreitung ihrer zentralen Entscheidungen treffen müssen - z.B. in Parteizeitungen neben der Meinungsfreiheit. Sie wird auch jene räte-demokratische Radikalität bei der Wahl und der Ablösung ihrer Funktionäre festzulegen haben, die zwar -besser, als bei der seinerzeitigen deutschen KAP- ein gewisses Maß an Kontinuität wahrt, aber sonst auf der "Rotation der Funktionen"besteht.

IV: Gegenwärtige und voraussichtliche Organisationsmöglichkeit
(Die heutige Sammlungsbewegung)

Die Neue Linke manifestiert sich in Frankreich und Italien vornehmlich in sogenannten linkssozialistischen Parteien. (In Italien ist es erlaubt, auch innerhalb der KPI von einer Bewegung zur Neuen Linken zu sprechen.) In England ist sie -noch?- auch Teil der Sozialdemokratie (Labour-Party). In Holland, Norwegen und Dänemark hat sie sich-zum Teil mit noch bürgerlich-pazifistischen Kräften-- hauptsachlich in neuen pazifistisch-sozialistischen Parteien verbunden. In der Bundesrepublik Deutschland hat die alte Sozialdemokratie, trotz der Bereitschaft zu einem billigerweise gerchtfertigten Maß an Loyalitat auf Seiten der Neuen Linken, diese trotzdem aus ihren Reihen ausgeschlossen oder mit Ausschluß bedroht, wo sie die Zugehörigkeit nicht sogleich feststellen konnte. Sollte die Entwicklung der Sozialdemokratie eine -nicht mehr zu erwartende - Wendung zurück zur Parteidemokratie nehmen, könnte sich die Frage noch einmal anders stellen. Unter den heutigen Perspektiven erscheint das Ziel einer neuen Partei für die Neue Linke in Deutschland unbedingt notwendig. (Eine darauf ausgerichtete Arbeit bietet zugleich die größte Chance für eine Renaissance der Demokratie in der SPD (die nach einem Wort des SPD-Bezirksvorsitzenden W. Birkelbach derzeit nur noch soweit möglich ist, wie sich das mit der gegenwärtigen Politik des Parteivorstandes vertragt.) Gleichzeitig ergibt sich aus der Schwäche der Neuen Linken, daß sie diese Partei vorerst nicht konstituieren kann. Im schlechtesten Falle wird sie mehr als ein Jahrzehnt nicht in der Lage sein, (siehe das Wohlstandsgefalle von West nach Ost)eine n e u e P a r t e i zu bilden, die die Chance hat, über die 5%-Grenze bei Wahlen zu kommen. Auf die Dauer autoritarer und faschistischer Siege ist dabei nicht einmal wesentlich Bedacht genommen. Sieht man die gegenwärtige Lage und ihre erkennbaren Tendenzen, dann erscheint die Gründung einer neuen Partei der Linken frühestens bei einer akuten Verschärfung des Konfliktes zwischen Teilen der Gewerkschaftsorganisationen auf der einen Seite und dem Staat mit seinen Parteien (einschließlich der SPD) auf der anderen Seite möglich. (Im allergünstigsten Falle für eine neue Partei könnte das noch vor den Bundestagswahlen 1965 eintreten, obwohl die Kapitulationsbereitschaft in den Gewerkschaften dafür wenig Aussichten eröffnet.) Den Kräften in den Gewerkschaften, die nicht sogleich kapitulieren wollen, ein verstarktes intellektuelles und moralisches Selbstvertrauen für ihre Politik zu geben, ist derzeit die wichtigstę Aufgabe der organisierten Neuen Linken. Das kann aber nur mit einer politischen, gesellschaftskritischen Aufklarung geschehen, die die betrieblichen und gewerkschaftlichen Probleme in ihrem gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang - d.h. umfassend politisch- aufzeigt.
Einer Friedensunion braucht sich die Neue Linke nicht anzuschließen, denn die Chancen einer Neuen Linken -nachdem nun die DFU ihr Bundestags-Wahlziel nicht erreicht hat und nicht erreichen konnte- steigen sicher mit der gleichen Progression, wie die einer solchen Union. Die Neue Linke darf sich ihr in der Bundesrepublik nicht anschließen: 1. weil es tödlich ware, die Friedensfrage isoliert lösen zu wollen, 2. weil die DFU nicht genügend unabhängig ist, bei aller Lauterkeit und Unabhangigkeit vieler ihrer Mitglieder.

Wir dürfen bei der Frage nach dem sozialen Reservoir für eine neue Partei auch die neue Epoche nicht ganz außer Acht lassen, die für die deutsche Landwirtschaft einsetzt; aller traditionellen Erfahrung mit den reaktionären Bauern zum Trotz. Ebenso ist möglicherweise auch der fortschreitende Zerfall des Klein- und Bildungsbürgertums nicht mehr ausschließlich eine Strömung für die Zulaufbehalter der Faschisten.
Gleichwohl ist zu fürchten, daß der gegenwartig zu beobachtende Übergang von ehemals bürgerlichen, links-christlichen und links-liberalen Kräften, die "nur für den Frieden" zu bewegen waren, zu sozialistischen Losungen und Programmen nicht ausreichen wird, eine Partei mit 5%-Stimmanteil zu organisieren. Eine Wahlniederlage -unter 5%- für die Neue Linke ware aber ein unerhört schwerer Rückschlag. (Fast ebenso die formelle Konstituierung als Partei, die aber nicht zu kandidieren wagt!) Wie sind die Perspektiven

deshlab für die Neue Linke, bei aller intellektuellen und moralischen Qualität, die gerade durch den Übergang jener ehemals bürgerlichen Kräfte verstärkt werden kann? Man kann zwar gegenwärtig eine baldige Zwangssituation zur formellen Gründung einer Partei nicht ausschließen, wenn nur dadurch der juristische Schutz der organisierten Arbeit durch das Bonner Grundgesetz gewährt werden sollte. Aber vorerst ist diese Lage nicht eingetreten und wenn, wird jener Schutz recht zweifelhaft. Ohne einige tausend Mitglieder schließlich, um nur ein Minimum an organisatorischer Arbeit überall zu gewährleisten, ohne wenigstens eine gesicherte Wochenzeitung, ohne einen finanziellen Etat, der ein noch so dünnes Netz hauptamtlicher Funktionäre, Büros usw. zulaßt, ohne die realistische Erwartung, die Sperrminorität bei Wahlen zu überwinden ist eine formelle Parteigründung äußerst bedenklich, wenn auch bereits eine allgemeine Übereinstimmung in den Programmfragen und den Organisationsprinzipien erreicht sein sollte. Es ergibt sich andererseits aus diesen Gedanken, daß die organisierte Linke in ihrer übrigen Aktivität bereits wie eine Partei auftreten sollte.

D: Politische Perspektiven der Neuen Linken

I: Die politische Passivitat der Arbeitnehmerschaft (weitgehend und andauernd)

Die Neue Linke muß heute ausgehen von der umfassenden Entpolitisierung der breiten Massen der Arbeitnehmerschaft. Sie muß diese Entpolitisierung selbst zum Gegenstand gründlicher Untersuchungen machen. Es wäre falsch zu leugnen, daß der Stachel, den die brennende materielle Not und Armlichkeit ausübt, heute in der Bundesrepublik nicht mehr wirksam ist. Diese Lage wird andauern. Gleichwohl ist auch ein gestiegener Lebensstandard etwas Relatives, sowohl was den Reichtum angeht, der dem im Lande gegenübersteht, als auch, was geschichtlich für die Massen möglich ist. Dazu haben gerade die besser gestellten Schichten der Arbeitnehmerschaft in Westeuropa nicht nur die höchste gewerkschaftliche Organisationsbereitschaft, sondern auch die höhere politische Reife bewiesen. Die vulgäre These von der "Sattheit" reicht also nicht aus. Eine viel wichtigere Ursache ist zweifellos die politische Perspektivenlosigkeit, die einerseits aus dem negativen Eindruck des Ostens resultiert, dazu aber aus der Missions- und Programmlosigkeit für eine umfassende neue, bessere Gesellschaftsordnung der alten Linken in Westeuropa und den USA. Hier hatte die alte Linke einen kühnen Entwurf auf der Basis des westlichen Reichtums in die Köpfe der Massen zu tragen. Das hat sie aber nirgends getan, auch wenn die deutsche Sozialdemokratie neuerdings in Programm und Praxis den Kapitalismus für den Sozialismus ausgibt. Solche politische Armseligkeit wird die Herzen und Hirne der Menschen nicht zu Taten beflügeln, die in der Geschichte noch nie ohne die entfesselte Glut der Leidenschaften für das Neue vollbracht worden sind. Die dialektische Schwierigkeit liegt aber darin, daß nichts so sehr die Massen und ihre alten Führungsgruppen überzeugt-als Massen. Auch die differenzierteste, subtilste, genaueste Theorie hilft da nur so weit, wie siezugleich zur materiellen Gewalt wird. Nicht umsonst hat Marx dem unendlichen Eifer sozialdemokratischer Prinzipienformulierer den Komentar gewidmet, daß jeder Schritt praktischer Bewegung tausendmal wirksamer ist, als alle theoretische Grundsatzproduktion. Nur in dem Maße und wo sich die hoffenden Massen -von dem Zwang der Verhaltnisse und der Anstrengung der Theorie überzeugt- bewegen, finden sich Massen ein. Dieses Gesetz der zu- und abnehmenden Progression der Bewegung gilt bestandig, und es verbietet, Möglichkeiten der praktischen Bewegung nicht zu nutzen (wie das gelegentlich von marxistischen Akademikern vorgeschlagen wird). Es erfordert hingegen, solche Möglichkeiten zu erkennen und organisatorisch derart zu erfassen, wie das mit der Voraussicht des größtmöglichen Erfolges in Übereinstimmung steht, ohne vermeidbare Rückschlage in Kauf zu nehmen.

II: Der organisierte Antikommunismus

Die Neue Linke muß immer wieder in Rechnung stellen, daß der Antikommunismus eine tiefgreifende psychologische Funktion bei der Haltung der Massen erfüllt. Er verbindet alle Gefühle des Hasses, der Abneigung und Vernichtung mit der tatsachlichen schlechten Erscheinung dessen, was sich als kommunistische Bewegung ausgibt. Dem aggressiven Komplex, der sich aus der Mühsal des Tages, der Unlust der Arbeit, der psychischen Armseligkeit und Hoffnungslosigkeit in einer Welt ergibt, die der glücklich-tatigen Erfüllung des Menschen nicht gerecht wird, diesem Bündel der Aggressionen verschafft die Restauration und Reaktion mit dem Antikommunismus ein Objekt des Hasses und der Vernichtung. Dieser Antikommunismus kann zu einem neuen autoritären oder faschistischen Staat führen. Er vermag einen III. Weltkrieg zu entfachen.
Der Komplex des Antikommunismus kann nur aufgelöst werden -hier zeigt sich wieder die Schwache einer Friedensunion bzw. der Nur-Neutralität- durch eine thematisch umfassende Aufklärung, die zugleich die negativen Fakten des Objektes aus der Welt zu schaffen versucht. Der Erfolg dieses Kampfes geht aber einher mit der Förderung des wirtschaftlichen Fortschritts im Osten.

III: Wirtschaftliche Tendenzen

Stecken die Thesen über die politische Passivität und den organisierten Antikommunismus Grenzen und langere Fristen für den Fortschritt der Neuen Linken ab, so kommen ihm eine Reihe wirtschaftlicher Entwicklungen entgegen, die heute nicht mehr zu übersehen sind.
1. zeigt allen überbeschaftigten Betrieben zum Trotz, auch in der Bundesrepublikdie Konjunktur deutliche Anzeichen von Schwankungen, Widersprüchen und Abflachungen. Insbesondere beginnt die Exportsituation der bundesdeutschen Wirtschaft sich schwerwiegend zu verschlechtern. Gerade aber die standigen und wachsenden Exportüberschüsse der 5oger Jahre waren der Hauptfaktor des fast ununterbrochenen wirtschaftlichen Aufschwungs. Zudem beginnt das Problem der permanenten Inflation nun verscharfte Züge anzunehmen und könnte bei einem ungehemmten Laufenlassen der Preis-Lohn-Bewegung in eine schon galoppierende Gangart verfallen. Hier taucht aber ein dialektisches Problem für die derzeitig wirtschafts- und sozialpolitische Praxis auf, das keine Aussicht auf Lösung in der bisherigen Weise eröffnet. Einerseits muß eine abflauende Konjunktur durch ein Bündel wirtschaftspolitischer Maßnahmen zusätzlich angeregt werden, die insgesamt eine Zunahme der im Wirtschaftskreislauf aktiven Geldmenge ergeben. Andererseits werden aber im Spätkapitalismus selbst rücklaufige Konjunkturen von der Fortdauer des inflationaren Prozesses begleitet. Jede aktive Konjunkturpolitik gerat daher langfristig immer verzweifelter in die schmaler werdende Enge der Skylla verscharften Konjunkturrückgangs und Charybdis verschärfter Inflation. Hinzu tritt noch ein sich jetzt deutlicher abzeichnendes Problem, das auch in der offiziellen wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion der USA aufzudämmern scheint: Eine aktive Konjunkturpolitik mit einer Vermehrung der aktiven Geldmenge hat mit wachsendem Monopolisierungsgrad der Wirtschaft eine immer geringere Ausweitung der Mengen-Konjunktur zur Folge. (Natürlich verlauft dieser Tendenz entgegengesetzt die der Erhöhung der Produktivität.) Die Monopole sind in der Lage, einen immer größer werdenden Anteil der zusatzlichen Kaufkraft sofort in Form von erhöhten Profiten an sich zu reißen, statt bei gleichbleibenden oder gar sinkenden Preisen einen entsprechend erhöhten Mengenausstoß ihrer Produktion zu realisieren. Die Wiederverwertung solcher Profite steht dann auf einem ganz anderen Blatt, sie führt jedenfalls nicht zu einer unmittelbar notwendigen Vermehrung der Beschaftigung. Für die wirtschaftspolitische Führung bedeutet das, daß sie noch einmal die Dosis der Konjunkturanreize verstärken muß, um den genannten Effekt überzukompensieren. Das verscharft aber noch einmal die Inflationsgefahr. In dieser Situation weicht die politische Reaktion mit Unterstützung der öffentlichen Meinung durch einen Druck auf den Faktor aus, gegenüber dem sie sich das am ehesten erlauben kann: auf das Realeinkommen der breiten Massen der Arbeitnehmerschaft und die sie vertretenden Gewerkschaften.

Weit davon entfernt, die Verteilungsquote des realen Volkseinkommens in der Bundesrepublik nach so vielen Jahren der Vorschläge und Versuche nun endlich zu ändern, (nachdem nun auch das SPD-Programm schon wieder einige Jahre alt ist)müssen die Gewerkschaften um die Aufrechterhaltung der gegenwartigen Verteilungsquote des (wenn auch noch wachsenden) Volkseinkommens besorgt sein. In dem Konflikt, der sich hier verscharfen kann, liegt die Möglichkeit, daß Teile der gewerkschaftlichen Führungskräfte (wenn auch kaum die 1. Vorsitzenden) mit Teilen der Arbeitnehmerschaft zur Neuen Linken übergehen.
--Es wurde schon angedeutet, daß die Verscharfung der wirtschaftlichen und sozialen Widersprüche diesmal auch der Linken Einbrüche in die Massen des Kleinbürgertums und der Bauernschaft erlauben könnte. Zu einem gewissen Teil hängt das auch davon ab, wieweit die Neue Linke mit einer breiteren und permanenten organisierten Anstrengung in das öffentliche Bewußtsein zu dringen vermag.--

2. Die großen kapitalistischen Staaten sind gezwungen, sowohl ihre Ausgaben für die militärische Rüstung, wie für die Entwicklungshilfe zu vermehren. Eine vor einiger Zeit in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (28.III.62) abgedruckte Studie des englischen MilitärschriftstellersAlastair Buchan, der Direktor des internationalen Studienzentrums zur Erforschung von Fragen der Verteidigung und Abrüstung (Institut für strategische Studien) in London ist, kommt zu dem Ergebnis, daß -obwohl der Ostblock keinen Angriffskrieg plant- die Aufrüstungs- und Entwicklungshilfe-Ausgaben erhöht werden müssen. Das ist notwendig, selbst wenn es nirgendwo auf der Welt mehr soziale Unruhen geben würde, die von kommunistischen Staaten abhangig oder nur beeinflusst sind. Der Westen **kann nir**gendwo auf der Welt mehr sozialen Umbrüchen ruhig zusehen, denn sein militärischer, wirtschaftlicher und allgemein-politischer Spielraum gerät durch solche Umbrüche -wie immer auch ihr Charakter sei- in eine atemberaubende Enge. Da die Lasten für die Rüstung und Entwicklungshilfe aber vornehmlich Lasten auf den Masseneinkommen sind, kann das die politischen Spannungen und dadurch das politische Bewu tsein der Massen verschärfen.

3. Allen Schwierigkeiten und Hemmungen zum Trotz wird sich das wirtschaftliche Gefälle der Wirtschaft von West nach Ost etappenweise ausgleichen. Daran wird auch -in the long run- die EWG nichts ändern. Dieser Ausgleich ist aber eine objektive Bedingung für die Renaissance sozialistischer Hoffnungen in den Massen der Bevölkerung Westeuropas. Zusammen wird das wiederum die Liberalisierungs- und Demokratisierungstendenzen im Ostblock verstarken.
Auf einigen Gebieten wird der Ostblock noch früher als allgemein ein Maß an Erfolgen, Effektivität und Überlegenheit aufzuweisen haben, das auf besonders interessierte Gruppen der Bevölkerung im Westen einen zunehmenden Eindruck machen wird. Allen immer wieder versuchten bürokratisch-diktatorischen Gängelungen zum Trotz wird das besonders für wachsende Bereiche der öffentlichen Dienstleistung wie etwa dem Gesundheitsdienst-, der Forschung und Lehre, und der Kunst der Fall sein. Gerade hier eröffnet sich dem sozialistischen Bewußtsein bei qualitativ wichtigen Teilen des Klein- und Bildungsbürgertums eine Chance.

IV: Die immer neu wachsende Kriegsgefahr

Entgegen allen Koexistenz-Versuchen wird die Kriegsgefahr mit Schwankungen die Neigung zeigen, sich zu verschärfen. Noch immer geht eine Alte Welt lieber in Mord, Verbrechen, Tod und Verkommenheit als friedlich-schiedlich zugrunde. (Das ist selbst für die herrschende Bürokratie im Ostblock nicht ausgeschlossen.) Wo die russische Außenpolitik Konzessionen an die USA machen will und umgekehrt, werden die betroffenen Völker schließlich wieder in einem neuen Anlauf den alten Konflikt neu auf die Tagesordnung setzen. Eine Politik der Neuen Linken muß hier versuchen, über die Parolen der westlichen kommunistischen Parteien und ihrer Friedensfreunde in der Richtung hinauszugehen, daß sie den Kampf für den Frieden mit den Übergang zum Sozialismus im Westen verbindet. Man kann sich dem chinesischen Standpunkt nicht anschließen (über den wir allerdings im Westen nicht genügend sauber informiert werden), die Friedens- und Ko-Existenz-Parole zu verwerfen. Aber man muß diese Parolen

mit Fragen des Übergangs zum Sozialismus im Westen verbinden. Das erfordert allerdings wieder eine energische Entfaltung der Neuen Linken mit einem sozialistischen Programm, das nicht mit den Zuständen im Osten, sondern mit dem vernünftig zu verwaltenden und zu steigernden materiellen Reichtum im We... identifiziert werden kann.
In dem Maße, wie die Kriegsgefahren wachsen, kann auch die Opposition gegen den Krieg wachsen. Im gleichen Maße wächst auch deren politisches Bewußtsein und das kann nur über den Kapitalismus hinausgehen. Hier ist der vermehrte Kontakt der Neuen Linken mit den linken christlichen und links-liberalen Kräften wichtig.

V: Die Unterstützung durch die Neue Linke in Westeuropa, in den Entwicklungsländern und die Neue Linke in Osteuropa

Fritz Sternberg (zuletzt in seiner Broschüre:"Hat der Sozialismus eine Zukunft" herausgegeben vom Verlag des österr. Gewerkschaftsbundes) weist seit langem darauf hin, daß es lebenswichtig für die westeuropäische Linke ist, sich mit fortschrittlichen Kräften in den sogenannten Entwicklungsländern zu verbinden. Auch O. Flechtheim hat in letzter Zeit eine solche Politik gefordert. Hier bietet sich ebenso ein Bündnis an, wie mit den Parteien der Neuen Linken in Westeuropa. Gleichzeitig darf der freie und offene Versuch, mit den Kräften Lieberalisierung und Demokratisierung im Ostblock in eine Diskussion zu kommen nicht aufgegeben werden.
Es ist für diese Politik ein erfreuliches Zeichen, daß zwei bekannte Mitglieder der Sozialistischen Förderer-Gesellschaft durch die Aktivität unseres Genossen Freundes Buchbinder an der internationalen Konferenz in Accra (Ghana) teilnehmen konnten, an der aus Westeuropa vor allem Vertreter linkssozialistischer Parteien beteiligt waren. Überhaupt wird in der Verbindung mit der Belebung und dem Wachstum neuer linker Kräfte in Westeuropa ein Aufstieg der Neuen Linken in der Bundesrepublik einhergehen.

VI: Der Ansatz der Neuen Linken in der Bundesrepublik

Der Anpassungs- und Kapitulationskurs der Sozialdemokratie setzt in allen westeuropäischen Ländern im unterschiedlichem Maße Kräfte und Reste einer (sozialistischen) Linken frei. Verstärkt werden diese Kräfte dort, wo die undemokratische Verknöcherung und Schwindsucht der kommunistischen Parteien kein neues politisches Leben mehr erlaubt.
Die Sozialistische Förderer-Gesellschaft, die (zusammen mit dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund) der organisierte Ausdruck der bewußten Neuen Linken in der Bundesrepublik ist, hat darum als organisatorischer Kern die Reste der Linken zu vereinigen versucht. Sie führt diese Sammlungsbewegung fort und verbindet sich dabei fortschreitend mit den jungen Kräften einer literarisch-theoretischen Renaissance der Linken in der Bundesrepublik.
Obwohl diese -erklärlich rweise, denn hier muß sich der Umschlag von der Theorie in die Praxis am ehesten vollziehen, das praktische Bedürfnis dafür ist aber noch sehr entfernt- auf dem Gebiet der Wirtschaftstheorie noch am wenigsten vorzuweisen hat, zeigen auch hier die theoretischen Köpfe die Neigung, ihre sporadischen Arbeiten selbstbewußter, eindeutiger, problemklarer und systematischer voranzutreiben. Insgesamt hat die Linke die Höhe der Diskussion in der Auseinandersetzung mit dem bürgerlichen Denken wieder erreicht und ist dabei, ihre Gipfelpunkte zu bestimmen. Die derzeitige Inflation erfolgreich verkaufter gesellschaftskritischer Literatur ist dafür ein Beleg.
In der sozialistischen Förderer-Gesellschaft verbinden sich diese Kräfte derzeit mit den Resten der alten Arbeiterintelligenz unmittelbar aus den Betrieben sowie mit den standhaft gebliebenen Resten der sozialistischen Jugendorganisationen und mit wenigen, bis dahin unorganisierten Arbeitnehmern, als den hoffnungsvollsten Keimen eines neuen, proletarisch-sozialistischen Bewußtseins.
Für eine Neue Linke ist darum die Sozialistische Förderer-Gesellschaft (zusammen mit dem SDS) der sich praktisch-vernünftig manifestierende Kern. Aber in einer Neue Linke kann der bewußte -d.h. organisierte- Ausdruck einer neuen Bewegung der Linken sein.

E: Die Aufgaben der Neuen Linken heute

I: Kontinuierliche Sammlung und Organisierung aller von der Neuen Linken erreichbaren Menschen in der Bundesrepublik, soweit diese bereit sind, die Bedingungen der Mitgliedschaft im § 3 der Satzung unserer Gesellschaft zu erfüllen. Wenn diese Sammlung dazu da ist,"eine neue politische Kraft zu schaffen", so ist damit auch der Zwang zu einer Verbreiterung der finanziellen Basis verbunden.

II: Vermehrte, planmäßig organisierte Diskussion in dieser Sammlungsbewegung, die die kritische Analyse der bestehenden Verhältnisse leistet und zugleich verbreitet, die drohenden Gefahren für die Humanität aufzeigt und die Möglichkeiten für eine neue gesellschaftliche Ordnung erfaßt. Die ferner versucht, die zeitlichen Etappen und Kräfteverhältnisse der fortschrittlichen Bewegung zu erkennen, um sie einem immer breiteren Kreise bewußt zu machen und sich selbst durch diese Anstrengung vor der Stagnation und Verewigung ihrer derzeitigen Schwäche zu bewahren. Das wäre der Zusammenbruch aucht etwa des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes.
Für die auf diese Weise geführte Ausdehnung der Sammlungsbewegung bieten sich dabei zur Zeit folgende Schwerpunkte an: 1. in den Zirkeln und Gruppen der alten sozialistischen Jugendbewegung, 2. in den Kreisen und Gruppen der Pazifisten, 3. hoffentlich bald besonders- in den Gruppen der Gewerkschaftsjugend und 4. unter den Akademikern und Schriftstellern der Linken in der Bundesrepublik.

III: Planmäßig vermehrte literarisch-publizistische Beeinflussung der Öffentlichkeit. Die Linke durchschreitet gegenwärtig in der Bundesrepublik die Phase des "Jungen Deutschland" und der "Hegelschen Linken" vor dem Jahre 1848. Die linken Studentengruppen hatten schon die Rolle der Burschenschaften übernommen. Das neue, junge Talent der"heimatlosen linken Schriftsteller" als das "Junge Deutschland", Enzensberger als Heine, der alte Bloch für den jungen Marx, Polen an der Stelle des Frankreich von 1830, so könnte die historische Parallele -nicht ohne ironische Reflexion auf den deutschen traurig-biederen Gesamtzustand- gezogen werden.
Die Neue Linke muß über das Lamento der "Jammervogel-Bewegung" hinaus zu einer "Antwort von links". Neben Büchern muß sie dazu vor allem versuchen, so bald wie möglich eine (wenigstens 14-tägig erscheinende) politische Wochenschrift herauszubringen. Auch diese Aufgabe kann aber nur im Gesamtprozeß der Entfaltung gelöst werden.

IV: Sinnvoll und damit ergänzungsbedürftig wird diese Arbeit nur durch politische Aktionen der organisierten Anhänger der Neuen Linken in ihrer Gesamtheit. Wenn man sich darauf einigen kann, daß Aktion Bewegung in der Öffentlichkeit heißt, so ist das mit Kongressen, Kundgebungen und Kandidaten für öffentliche Institutionen verbunden, wo immer sich dafür eine effektive Chance eröffnet.(Solche Aktionen dürfen selbstverständlich nicht die Weiterarbeit verbauen und die Bewegung hinter den Ausgangspunkt zurückwerfen.)
Nur wenn der Schleier des Schweigens und der Verzerrung in der öffentlichen Meinungsbildung durchschlagen werden kann, wird die Neue Linke sich behaupten können.
Da eine breite, geschlossene, sich täglich produzierende und damit Schlagzeilen abwerfende Front der Neuen Linken in der öffentlichen Meinungsbildung vorerst nicht zu erreichen ist, sollte man hier gewissermaßen nach der Guerillataktik vorgehen, von Chance zu Chance, zeitlich und örtlich begrenzt die Kräfte in der Öffentlichkeit zu konzentrieren. Dazu bietet sich zunächst der Kongress der Linken am 6. u. 7. Oktober in Frankfurt an.

Lenin sinngemaß über Hegel: "Man kann Marx ohne die Hegelsche Logik nicht wirklich begreifen!"

H.Heine: "Doktrin":Schlage die Trommel und fürchte dich nicht/Und küsse die Marketenderin!/Das ist die ganze Wissenschaft,/Das ist der Bücher tiefster Sinn./ Trommle die Leute aus dem Schlaf,/Trommle Revolte mit Jugendkraft,/marschiere trommelnd immer voran,/Das ist die ganze Wissenschaft./ Das ist die Hegelsche Philosophie,/Das ist der Bücher tiefster Sinn./Ich hab sie begriffen,/Weil ich gescheit/ Und weil ich ein guter Tambor bin."

S A T Z U N G
des
SOZIALISTISCHEN BUNDES
(eingetragener Verein)

A. Name und Zweck

§ 1 Name

Dieser Verein trägt den Namen "Sozialistischer Bund (eingetr.Verein)". Sein Sitz und Gerichtsstand ist Frankfurt am Main. Der Verein soll in das Vereinsregister beim Amtsgericht Frankfurt/M. eingetragen werden.

§ 2 Zweck

Der Verein versucht, theoretisch und praktisch Voraussetzungen für die Bewegung einer "Neuen Linken" in der Bundesrepublik Deutschland zu schaffen. Er versucht diese Bewegung in jeder Weise zu fördern und dabei zusammen mit anderen freiheitlich-sozialistischen Kräften ein Zentrum für eine neue sozialistische Politik zu bilden.
Die Unterstützung des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, der als akademische Jugendorganisation eine besondere Bedeutung für die deutsche Arbeiterbewegung hat, bleibt eine seiner wichtigsten Aufgaben.
Der Verein betrachtet sich als einen Teil der internationalen sozialistischen Bewegung, die alle Arten der Herrschaft von Menschen über Menschen bekämpft.

B. Die Mitgliedschaft in dem Verein

§ 3 Mitglied des Vereins

kann jeder werden, der

1. sich für die gesellschaftskritische Behandlung der bestehenden politischen Ordnungen in "West und Ost" und in den "neutralen Ländern und Entwicklungsgebieten" im Sinne einer fortschrittlichen, humanen, sozialistischen Theorie der Gesellschaft einsetzt,

2. wenigstens den auf der jährlichen Bundeshauptversammlung jeweils zu bestimmenden finanziellen Mindestbeitrag leistet,

3. bereit ist, entsprechend seinen Möglichkeiten an der Arbeit des Vereins teilzunehmen.

§ 4 Beitritt und Ausschluß

Soweit die jährliche Bundeshauptversammlung keine besonderen Verfahren mit Zweidrittelmehrheit für den Beitritt und Ausschluß von Mitgliedern festlegt, behält sie sich die letzte Entscheidung in diesen Fragen vor. In der Zwischenzeit kann der Bundesausschuß eine vorläufige Entscheidung fällen. Fällt innerhalb der nächsten acht Wochen nach Eingang der Beitrittserklärung eines Mitgliedbewerbers der Bundesausschuß keine Entscheidung, so stehen diesem Bewerber bis zur nächsten Bundeshauptversammlung alle Rechte eines Mitgliedes zu. Nach dieser Bundeshauptversammlung ist der Bewerber ordentliches Mitglied, sofern die Bundeshauptversammlung keine andere Entscheidung gefällt hat.

C. Organe, Gliederung und Finanzen des Vereins

§ 5 Organe

1. Der Verein besteht aus den individuellen Mitgliedern, die (bis zu einer Vertretung durch Delegiertenkonferenzen) in jährlichen Bundeshauptversammlungen einen geschäftsführenden Vorstand und einen Bundesausschuß wählen, wobei der geschäftsführende Vorstand ein Teil des Bundesausschusses ist. Der erste Vorsitzende des Vereins ist zugleich Vorsitzender des Bundesausschusses.
Dieser Bundesausschuß beruft alle Bundesversammlungen ein. Der geschäftsführende Vorstand ernennt aus seiner Mitte einen Sekretär. Für einzelne Sachgebiete werden Referenten ernannt, die dem geschäftsführenden Vorstand und dem Bundesausschuß mit beratender Stimme angehören.
Der Bundesausschuß wählt nach Absprache mit dem Bundes-Vorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes ein Bundeskuratorium, dem befreundete Wissenschaftler, Schriftsteller und andere in der Öffentlichkeit bekannte Persönlichkeiten angehören sollen. Dieses Bundeskuratorium kann weitere Mitglieder mit Zustimmung des Bundesausschusses kooptieren. Der Vorsitzende des Vereins ist zugleich Vorsitzender des Bundeskuratoriums. Dieses Bundeskuratorium sollte mindestens einmal zwischen den Bundeshauptversammlungen zusammentreten, um theoretische und publizistische Fragen zu behandeln, die für den Verein von Bedeutung sind. Ebenso gehören alle Fragen der Förderung sozialistischer Studenten zu dem besonderen Aufgabenbereich dieses Bundeskuratoriums. Dessen Mitglieder haben jederzeit das Recht, sich über die Sitzungen des geschäftsführenden Vorstandes und Bundesausschusses zu informieren und daran teilzunehmen. Das Bundeskuratorium wird durch den ersten Vorsitzenden zusammengerufen.

2. Über Art, Zeit und Ort aller anderen Veranstaltungen - außer Bundesversammlungen - kann der geschäftsführende Vorstand gemäß den Beschlüssen der Bundesversammlung und des Bundesausschusses entscheiden.

3. a) Zur Einberufung einer Bundesversammlung (und Bundeshauptversammlung ist der Bundesausschuß oder ein Zehntel der Mitgliedschaft befugt.
   b) Zur Einberufung einer Bundesausschuß-Sitzung ist der geschäftsführende Vorstand oder ein Drittel der Bundesausschuß-Mitglieder befugt.
   c) Zur Einberufung einer Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes ist der Vorsitzende oder ein Drittel der Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes befugt.
   d) Das als Sekretär ernannte geschäftsführende Vorstandsmitglied hat einen (wie vorstehend genannt) zustande.gekommenen Einberufungsbeschluß auszuführen.

4. Nach außen vertritt den Verein sein erster Vorsitzender oder im Verhinderungsfall dessen Stellvertreter.

§ 6 Gliederung

Eine Gliederung des Vereins nach Landesverbänden und darin nach einzelnen Gruppen -parallel zur Gliederung des SDS- ist anzustreben. Über die erstmalige endgültige Anerkennung solcher Gliederungen und ihrer Organe entscheidet die nächste Bundeshauptversammlung. Eine vorläufige Entscheidung kann der geschäftsführende Vorstand mit Genehmigung des Bundesausschuss treffen.

§ 7 Finanzen

Über die Verteilung und Verwendung des Beitragsaufkommens entscheidet die Bundeshauptversammlung. Im Rahmen dieser Entscheidung verwaltet der geschäftsführende Vorstand bzw. der Sekretär die eingegangenen finanziellen Mittel. Beide sind dabei an die Weisungen des Bundesausschusses gebunden.

D. Satzungsänderung und Auflösung des Vereins

§ 8 Satzungsänderung

Die Satzung kann nur von einer Bundeshauptversammlung geändert werden, die mit einer Mindestfrist von zwei Wochen einberufen worden ist. In der Einberufung muß auf die Absicht, die Satzung zu ändern, hingewiesen werden. Der Beschluß über die Satzungsänderung bedarf einer Zweidrittel-Mehrheit.

§ 9 Auflösung

Bei Auflösung des Vereins fällt das Vermögen an den SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund). Besteht der SDS nicht mehr, so fällt das Vermögen an die Arbeiter-Wohlfahrt.

SOZIALISTISCHE FÖRDERERGESELLSCHAFT E. V.
Sitz: Frankfurt am Main

Sekretariat: p. Adr. H. Brakemeier Frankfurt am Main-West 13 Schloßstraße 22 · Telefon 772453

AUFRUF

zur Sammlung der demokratischen Sozialisten

Die Delegierten des Parteitages der S P D zu Köln haben die gegen den S D S und die SOZIALISTISCHE FÖRDERER-GESELLSCHAFT gerichtete Unvereinbarkeitserklärung des Parteivorstandes nicht korrigiert. Die Mitglieder des S D S und der Sozialistischen Förderer-Gesellschaft sind damit, soweit sie bisher der S P D angehörten, aus ihren Pflichten gegenüber der Partei endgültig entlassen.

Es ist dies das erste Mal in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie nach 1945, daß entschiedene Gegner des Ulbricht-Regimes um ihrer sozialistischen und freiheitlichen Überzeugung willen, dazu unter Entzug des Berufungsrechts, durch eine autoritäre Bürokratie aus der Partei ausgestoßen wurden.

Es wird nunmehr unsere Aufgabe sein, das unverlierbare Erbe des demokratischen Sozialismus, der Humanität und der Geistesfreiheit gegen jede Form der Menschenverachtung in Ost und West zu verteidigen, die zukunftsoffenen Gruppen in unserem Volke zu sammeln und, im Bündnis mit den unverbrauchten Kräften einer neuen und vorwärts drängenden Generation eine neue politische Kraft zu schaffen, die die dunkle Hinterlassenschaft der deutschen Geschichte endlich durch die Verwirklichung einer menschenwürdigeren Gesellschaft überwindet.

Die Zeit der Restauration geht zu Ende. Unsere Sache, die Sache der "Neuen Linken", wird siegen!

SOZIALISTISCHER
DEUTSCHER STUDENTENBUND

STUDENTENBUND

SOZIALISTISCHE
FÖRDERER - GESELLSCHAFT
E.V.

(Bundeskuratorium)

W O L F G A N G A B E N D R O T H

W a r u m
u n d w a s h e i ß t
SOZIALISTISCHE SAMMLUNG ?

Der Vorstand der Sozialistischen Förderer - Gesellschaft hat aufgrund einer Diskussion in deren Kuratorium die Konsequenzen aus dem Kölner Parteitag der S P D formuliert. Er ist der Meinung, daß dieser Parteitag insofern eine weitere Entwicklungsperiode der Sozialdemokratischen Partei abschließt, als es sich gezeigt hat, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen der - zwar in ein Stagnationsstadium hinübergleitenden - aber noch nicht eindeutig beendeten Hochkonjunktur der Kurs der SPD durch deren Funktionäre und Mitglieder nicht mehr ernstlich diskutiert wird und daß zur Zeit das Klima in der SPD eigenständige demokratische Willensbildungsprozesse in der Partei ausschließt. Die Ablehnung der Anträge, § 29 Abs. 3 des Parteistatuts zu revidieren, die erfolgt ist, obwohl gleichzeitig in einer eingehenden verfassungsrechtlichen Untersuchung durch Dr. Lenz und Dr. Sasse dessen Widerrechtlichkeit eindeutig nachgewiesen wurde, war nur ein Ausdruck dieser Situation.

Daher wäre es illusionär, darauf zu vertrauen, daß diese Lage rasch beendet werden könne. Aber dürfen deshalb die demokratischen Sozialisten resignieren? Das wäre umso weniger zulässig, als die Auseinansetzungen um die Aufrechterhaltung und Erhöhung des Lebensstandards der Arbeitnehmer nach der "Maßhalte" - Rede des Bundeswirtschaftsministers deutlich machen, daß die Klassenauseinandersetzungen in der Bundesrepublik in ein neues Stadium treten und angesichts des ständigen Steigens der Lebenshaltungskosten, aber auch des energischen Widerstandes des Großkapitals und des Staatsapparates schärfer zu werden beginnen.

Die Kampfmaßnahmen der Postgewerkschaft und die Vorstöße der Bergarbeiter, die ihren widerstrebenden Vorstand zwingen konnten, eine

Lohnerhöhung von 8% durchzusetzen, obwohl dieser Vorstand zunächst nur 7% fordern wollte, und deren Majorität dann noch selbst diesen Kompromiß abgelehnt hat, sind Anzeichen dieser veränderten Lage. Vorher hatten schon der Bundeskongreß der Jugend des DGB und der Jugendkongreß der IG Metall bewiesen, daß die aktivsten Teile der jungen Generation der Arbeiterklasse für den Kapitulationskurs der sozialdemokratischen Führung kein Verständnis mehr haben.

Diesem spontanen Widerstreben großer Teile der Arbeiterklasse, vor allem auch bester Elemente jener jungen Generation, die keine direkte Verbindung mehr zur Tradition der alten sozialistischen Bewegung vor dem Siege des Nationalsozialismus hatten und deshalb jeder rationalen und theoretischen Schulung entbehren, muß aber der Erfolg im Ringen mit den bürokratischen Führungsgruppen versagt bleiben, die die Illusion hegen, in das soziale Machtsystem der Bundesrepublik integriert zu sein und deshalb auf energische Vertretung der Arbeiterinteressen verzichten zu müssen. Es kann erst dann praktischen Einfluß auf die Politik der großen Arbeitnehmerorganisationen gewinnen, wenn es gelingt, bloße spontane Stimmungen in rationales kritisches Denken zu verwandeln. Das ist nur möglich, wenn die demokratisch-sozialistischen Intellektuellen und Arbeiter mit alter traditioneller geistiger Schulung in gemeinsamer Arbeit lernen, die Situation zu analysieren und aus dieser Analyse strategische und taktische Konsequenzen zur Bestimmung der nächsten Tagesziele zu ziehen. Diese geistige Arbeit kann aber offensichtlich nicht durch die Sozialdemokratische Partei und in ihr geleistet werden. Sie muß vorwiegend und weitgehend in den Industriegewerkschaften und in den Betrieben erfolgen. Aber sie bedarf dabei des Zusammenwirkens von Arbeitern und Intellektuellen, vor allem bedarf sie eines geistigen, sozialistischen Zentrums.

Dieses Zentrum besteht zur Zeit nicht. Aber ohne ständige geistige Kommunikation zwischen den verstreuten demokratischen Sozialisten, ohne permanente Diskussion zwischen den mehr oder minder methodisch geschulten sozialistischen Intellektuellen und gewerkschaftlichen Funktionären in der jungen und alten Generation läßt sich die gegenwärtige Führungslosigkeit der deutschen Linken nicht beheben..

Ohne den permanenten aktiven Druck, der von einem derartigen organisierten geistigen Zentrum ausgeht, wird es nicht einmal möglich sein, die Sozialdemokratische Partei auch nur zu der Rolle einer gemäßigten Oppositions- und Alternativpartei im parlamentarischen System zurückzuführen, wie sie etwa nach 1917 die MSP im ersten Weltkriege und nach 1923 (bis zum Kabinett Hermann Müller) die SPD in der Weimarer Republik gespielt hat. Deshalb wird es zur dringlichen Aufgabe, die Vorbereitung eines derartigen sozialistischen, geistigen Zentrums einzuleiten. Nur dadurch kann auch die Arbeit des SDS - der einzigen übrig gebliebenen selbständigen Diskussionsorganisation dieser Art, die aber der Natur der Sache nach auf studentische Kreise beschränkt ist - vor der Isolierung und der Gefahr des Austrocknens bewahrt bleiben.

Die Sozialistische Förderer-Gesellschaft, die zur Unterstützung des SDS gegründet wurde, kann zur Zeit zur Bildung eines derartigen Zentrums entscheidend beitragen. (Sie soll das auch im Interesse des SDS selbst, der ja ebenfalls nur Teil der deutschen Linken sein will und sein kann). Ihr Beitrag kann das Zentrum selbst, dessen Bildung immer dringlicher wird, nicht ersetzen. Aber ihre Tätigkeit sollte umso mehr bewußt auf diese Zielsetzung gerichtet sein, als sie eine der wichtigsten Gruppen und die einzige wirklich organisierte Gruppe darstellt, die in dieser Richtung zu wirken vermag. Deshalb sollte sie ihre Herbsttagung nutzen, um diese Notwendigkeit der deutschen Linken deutlich zu machen. Sie sollte das umso mehr, als die wahrscheinlich bevorstehende baldige Verabschiedung des Notstands-Artikels unter Zustimmung der SPD erkennen läßt,wie rasch sich das demokratische Verfassungsrecht auflösen kann,- das immer noch die besten Voraussetzungen für den Kampf der freiheitlichen Linken bietet -, wenn keine systematische Arbeit der politischen Linken dem Kapitulationskurs des Vorstandes der SPD entgegentritt.

Es ergibt sich dabei von selbst, daß in der politischen Planung eines solchen Zentrums auch die Probleme der organisatorischen Formen einer neuen politischen Kraft behandelt werden müssen; daß ferner in vielen Fällen eine nach außen wirksame politische Aktivität

entfaltet werden muß, die einerseits die eigenen - vorerst schwachen - Kräfte und den damit möglichen Erfolg nicht überschätzt, andererseits aber auch die Gefahr vermeidet, in interner Bildungsarbeit und sektiererischen Cliquenkämpfen zu stagnieren, während die oppositionellen Kräfte in den Gewerkschaften, den pazifistischen Verbänden und in den sozialistischen Jugendgruppen eine nicht vom Osten gesteuerte öffentliche Aktivität erwarten.

"Der Verband kann gleicherweise im emotional-desperaten Aktivismus verheizt oder in Zirkelesoterik totgeschult werden", heißt es schon in der Nr. 6 der "Neuen Kritik".

Bitte vormerken!

Zusammen mit unserer Bundeshauptversammlung findet eine Konferenz über "Probleme der westeuropäischen Linken", mit Vertretern aus England, Frankreich, Italien und Dänemark, am 6. u. 7. Oktober 1962 in Frankfurt am Main statt.

WOLFGANG ABENDROTH

Warum und was heißt SOZIALISTISCHE SAMMLUNG?

Der Vorstand der Sozialistischen Förderer-Gesellschaft hat aufgrund einer Diskussion in deren Kuratorium die Konsequenzen aus dem Kölner Parteitag der S P D formuliert. Er ist der Meinung, daß dieser Parteitag insofern eine weitere Entwicklungsperiode der Sozialdemokratischen Partei abschließt, als es sich gezeigt hat, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen der - zwar in ein Stagnationsstadium hinübergleitenden - aber noch nicht eindeutig beendeten Hochkonjunktur der Kurs der SPD durch deren Funktionäre und Mitglieder nicht mehr ernstlich diskutiert wird und daß zur Zeit das Klima in der SPD eigenständige demokratische Willensbildungsprozesse in der Partei ausschließt. Die Ablehnung der Anträge, § 29 Abs. 3 des Parteistatuts zu revidieren, die erfolgt ist, obwohl gleichzeitig in einer eingehenden verfassungsrechtlichen Untersuchung durch Dr. Lenz und Dr. Sasse dessen Widerrechtlichkeit eindeutig nachgewiesen wurde, war nur ein Ausdruck dieser Situation.

Daher wäre es illusionär, darauf zu vertrauen, daß diese Lage rasch beendet werden könne. Aber dürfen deshalb die demokratischen Sozialisten resignieren? Das wäre umso weniger zulässig, als die Auseinansetzungen um die Aufrechterhaltung und Erhöhung des Lebensstandards der Arbeitnehmer nach der "Maßhalte" - Rede des Bundeswirtschaftsministers deutlich machen, daß die Klassenauseinandersetzungen in der Bundesrepublik in ein neues Stadium treten und angesichts des ständigen Steigens der Lebenshaltungskosten, aber auch des energischen Widerstandes des Großkapitals und des Staatsapparates schärfer zu werden beginnen.

Die Kampfmaßnahmen der Postgewerkschaft und die Vorstöße der Bergarbeiter, die ihren widerstrebenden Vorstand zwingen konnten, eine

Lohnerhöhung von 8% durchzusetzen, obwohl dieser Vorstand zunächst nur 7% fordern wollte, und deren Majorität dann noch selbst diesen Kompromiß abgelehnt hat, sind Anzeichen dieser veränderten Lage. Vorher hatten schon der Bundeskongreß der Jugend des DGB und der Jugendkongreß der IG Metall bewiesen, daß die aktivsten Teile der jungen Generation der Arbeiterklasse für den Kapitulationskurs der sozialdemokratischen Führung kein Verständnis mehr haben.

Diesem spontanen Widerstreben großer Teile der Arbeiterklasse, vor allem auch bester Elemente jener jungen Generation, die keine direkte Verbindung mehr zur Tradition der alten sozialistischen Bewegung vor dem Siege des Nationalsozialismus hatten und deshalb jeder rationalen und theoretischen Schulung entbehren, muß aber der Erfolg im Ringen mit den bürokratischen Führungsgruppen versagt bleiben, die die Illusion hegen, in das soziale Machtsystem der Bundesrepublik integriert zu sein und deshalb auf energische Vertretung der Arbeiterinteressen verzichten zu müssen. Es kann erst dann praktischen Einfluß auf die Politik der großen Arbeitnehmerorganisationen gewinnen, wenn es gelingt, bloße spontane Stimmungen in rationales kritisches Denken zu verwandeln. Das ist nur möglich, wenn die demokratisch-sozialistischen Intellektuellen und Arbeiter mit alter traditioneller geistiger Schulung in gemeinsamer Arbeit lernen, die Situation zu analysieren und aus dieser Analyse strategische und taktische Konsequenzen zur Bestimmung der nächsten Tagesziele zu ziehen. Diese geistige Arbeit kann aber offensichtlich nicht durch die Sozialdemokratische Partei und in ihr geleistet werden. Sie muß vorwiegend und weitgehend in den Industriegewerkschaften und in den Betrieben erfolgen. Aber sie bedarf dabei des Zusammenwirkens von Arbeitern und Intellektuellen, vor allem bedarf sie eines geistigen, sozialistischen Zentrums.

Dieses Zentrum besteht zur Zeit nicht. Aber ohne ständige geistige Kommunikation zwischen den verstreuten demokratischen Sozialisten, ohne permanente Diskussion zwischen den mehr oder minder methodisch geschulten sozialistischen Intellektuellen und gewerkschaftlichen Funktionären in der jungen und alten Generation läßt sich die gegenwärtige Führungslosigkeit der deutschen Linken nicht beheben..

Ohne den permanenten aktiven Druck, der von einem derartigen organisierten geistigen Zentrum ausgeht, wird es nicht einmal möglich sein, die Sozialdemokratische Partei auch nur zu der Rolle einer gemäßigten Oppositions- und Alternativpartei im parlamentarischen System zurückzuführen, wie sie etwa nach 1917 die MSP im ersten Weltkriege und nach 1923 (bis zum Kabinett Hermann Müller) die SPD in der Weimarer Republik gespielt hat. Deshalb wird es zur dringlichen Aufgabe, die Vorbereitung eines derartigen sozialistischen, geistigen Zentrums einzuleiten. Nur dadurch kann auch die Arbeit des SDS - der einzigen übrig gebliebenen selbständigen Diskussionsorganisation dieser Art, die aber der Natur der Sache nach auf studentische Kreise beschränkt ist - vor der Isolierung und der Gefahr des Austrocknens bewahrt bleiben.

Die Sozialistische Förderer-Gesellschaft, die zur Unterstützung des SDS gegründet wurde, kann zur Zeit zur Bildung eines derartigen Zentrums entscheidend beitragen. (Sie soll das auch im Interesse des SDS selbst, der ja ebenfalls nur Teil der deutschen Linken sein will und sein kann). Ihr Beitrag kann das Zentrum selbst, dessen Bildung immer dringlicher wird, nicht ersetzen. Aber ihre Tätigkeit sollte umso mehr bewußt auf diese Zielsetzung gerichtet sein, als sie eine der wichtigsten Gruppen und die einzige wirklich organisierte Gruppe darstellt, die in dieser Richtung zu wirken vermag. Deshalb sollte sie ihre Herbsttagung nutzen, um diese Notwendigkeit der deutschen Linken deutlich zu machen. Sie sollte das umso mehr, als die wahrscheinlich bevorstehende baldige Verabschiedung des Notstands-Artikels unter Zustimmung der SPD erkennen läßt,wie rasch sich das demokratische Verfassungsrecht auflösen kann,- das immer noch die besten Voraussetzungen für den Kampf der freiheitlichen Linken bietet -, wenn keine systematische Arbeit der politischen Linken dem Kapitulationskurs des Vorstandes der SPD entgegentritt.

Es ergibt sich dabei von selbst, daß in der politischen Planung eines solchen Zentrums auch die Probleme der organisatorischen Formen einer neuen politischen Kraft behandelt werden müssen; daß ferner in vielen Fällen eine nach außen wirksame politische Aktivität

entfaltet werden muß, die einerseits die eigenen - vorerst schwachen - Kräfte und den damit möglichen Erfolg nicht überschätzt, andererseits aber auch die Gefahr vermeidet, in interner Bildungsarbeit und sektiererischen Cliquenkämpfen zu stagnieren, während die oppositionellen Kräfte in den Gewerkschaften, den pazifistischen Verbänden und in den sozialistischen Jugendgruppen eine nicht vom Osten gesteuerte öffentliche Aktivität erwarten.

"Der Verband kann gleicherweise im emotional-desperaten Aktivismus verheizt oder in Zirkelesoterik totgeschult werden", heißt es schon in der Nr. 6 der "Neuen Kritik".

Bitte vormerken!

Zusammen mit unserer Bundeshauptversammlung findet eine Konferenz über "Probleme der westeuropäischen Linken", mit Vertretern aus England, Frankreich, Italien und Dänemark, am 6. u. 7. Oktober 1962 in Frankfurt am Main statt.

Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS)

Bundesvorstand

Sozialistische Förderergesellschaft e.V.

Geschäftsführender Vorstand

S T E L L U N G N A H M E

zur

"Dokumentation SPD und SDS"

des Parteivorstandes der SPD

Hans Hartmann KG Frankfurt/M Böttgerstr.13 Tel.493796

Am 6.11.1961 erklärte der Parteivorstand der SPD die Mitgliedschaft in dieser Partei mit der Zugehörigkeit zum SDS und seiner Förderergesellschaft für unvereinbar. Dieser Beschluß wurde - abgesehen von einem von der Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommenen Artikel eines untergeordneten Angestellten des Parteivorstandes im SPD-Pressedienst - nicht begründet. Erst ungefähr drei Monate später veröffentlichte der Parteivorstand am 25.1.1962 eine Begründung, die in dem Vorwurf gipfelte, der SDS und die Förderergesellschaft habe nach einem "wohlüberlegten Plan" die SPD spalten wollen (S.10 der "Dokumentation").

Der Parteivorstand hat nicht zu erklären vermocht,

a) warum er einen derartig schwerwiegenden Vorwurf nahezu drei Monate für sich behielt und erst unter dem Eindruck verschiedener Presseberichte veröffentlichte,

b) warum er gegen die angeblich nur 27 betroffenen Parteimitglieder nicht auf dem Wege des Einzelverfahrens vorging,

c) warum er allen durch die "Dokumentation" schwerstens belasteten Personen, die fast sämtlich Mitglieder der SPD sind, die Möglichkeit gab, in der SPD zu bleiben und sie deshalb vor die Möglichkeit stellte, sich bis zum 5.12.1961 zu entschließen, aus dem SDS oder der Förderergesellschaft auszuscheiden,

d) warum er den betroffenen Mitgliedern die angeblichen Absichten des SDS und der Förderergesellschaft nicht mitgeteilt hat und schließlich

e) aus welchem Grunde sich eine Partei von über 600 000 Mitgliedern von etwas über 1000 Studenten und 350 Förderern (die angeblich alle "manipuliert" worden sind) bedroht fühlt.

Erwecken schon diese sich auch einem Unbeteiligten stellenden Fragen erhebliche Bedenken an dem Wert der "Dokumentation", so zeigt die Methode, mit der sie zusammengestellt wurde, daß es sich um keine "Dokumentation" im eigentlichen Sinne des Wortes handelt, sondern um den Versuch der Rechtfertigung mit Mitteln der Fälschung und Verleumdung.

Die Methode, mit der der Parteivorstand dabei gearbeitet hat, wird an folgenden Beispielen besonders deutlich:

1) Der Parteivorstand behauptet, der SDS habe "eindeutig SED-infiltrierte Kongresse veranstaltet, wie im Januar 1959 in Berlin und im Mai 1959 in Frankfurt/M." (S.5)

Tatsache ist, daß der "Studentische Kongreß gegen Atomrüstung" vom 3./4. Januar 1959 in Berlin nicht vom SDS, sondern von den studentischen Gruppen gegen Atomrüstung (die mit dem SDS nicht identisch waren) veranstaltet und daß der Kongreß "Für Demokratie - gegen Restauration und Militarismus" vom 23./24. Mai 1959 in Frankfurt/M. von der Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken, der Naturfreundejugend, Gruppen der Gewerkschaftsjugend und dem SDS durchgeführt wurde und daß auf beiden Kongressen die Mitglieder des SDS höchstens 1/3 der Teilnehmer ausmachten.

2) Der Parteivorstand behauptet, die von der SPD finanzierten SDS-Publikationen hätten sich auf die Diffamierung des Godesberger Programms konzentriert (S.5).

Tatsache ist, daß von den seit 1958 erschienenen SDS-Zeitschriften lediglich zwei Exemplare der Zeitschrift STANDPUNKT von der SPD finanziert wurden. In den Publikationen des Bundesverbandes hat sich lediglich ein einziger Artikel kritisch mit dem Godesberger Programm auseinandergesetzt. Bei diesem Artikel handelt es sich um den Nachdruck eines Beitrages von Professor Dr. Wolfgang Abendroth aus dem Organ der Sozialdemokratischen Partei, dem "Vorwärts".

3) Der Parteivorstand behauptet, die Karlsruher Ausstellung "Ungesühnte Nazijustiz" sei finanziell undurchsichtig gewesen. Parteivertreter hätten ein modernst eingerichtetes Büro vorgefunden. Dieses Büro habe der SDS-Bundesvorsitzende Hüller im Januar 1959 in einem Brief an den Parteivorstand "Notbüro" genannt (S.6)

Tatsache ist, daß die Ausstellung am 24. November 1959 eröffnet worden ist. Wenn Hüller, der bereits am 3. Juni 1959 als Bundesvorsitzender abgesetzt wurde, das Büro d i e s e r Ausstellung im Januar 1959 ein "Notbüro" genannt haben soll, so ist das schon rein zeitlich unmöglich. Tatsache ist ferner, daß die SPD Hüller erst im November 1960, und zwar wegen seiner Teilnahme am Kongreß der "Vereinigung unabhängiger Sozialisten", aus der SPD ausschloß, d.h. zu einem Zeitpunkt, zu dem im SDS bereits seit Monaten ein Ausschlußverfahren gegen Hüller lief.

4) Der Parteivorstand behauptet, der SDS habe die Zusammenarbeit mit der DFU zwar offiziell abgelehnt, das häufige Zusammengehen von SDS-Mitgliedern mit der DFU sei jedoch großzügig übersehen und nur in Einzelfällen geahndet worden (S.7).

Tatsache ist, daß sich der Bundesvorstand des SDS durch einen Beschluß vom 18.12.1960 grundsätzlich von der DFU abgegrenzt und die Delegiertenkonferenz des SDS vom 6./7. Oktober 1961 erneut beschlossen hat:

> "In der gegenwärtigen gesellschaftlich-politischen Situation der Bundesrepublik, die durch eine ständige Verstärkung der autoritären Tendenzen gekennzeichnet ist, ist eine Zersplitterung der Arbeiterbewegung nicht zu verantworten... Die Deutsche Friedensunion (DFU) ist nicht fähig, die Arbeiterschaft wirksam in diesem Kampf gegen die reaktionäre Entwicklung einzubeziehen und die Interessen der Arbeitnehmer wirksam wahrzunehmen..."

Tatsache ist ferner, daß seit der Gründung der DFU im Dezember 1960 die Gruppen Münster/W. und Marburg ausgeschlossen bzw. aufgrund der Maßnahmen des Bundesvorstandes des SDS aus dem Verband ausschieden, weil sie Verbindungen zur DFU geduldet haben.

5) Der Parteivorstand behauptet, das SDS-Bundesvorstandsmitglied Jürgen Seifert habe im November 1960 in einem Artikel in den "Frankfurter Heften" "offen erklärt": "Auch der SDS ist als Moment innerparteilicher Opposition zu sehen" (S.5).

Tatsache ist, daß Jürgen Seifert im November 1960 und auch nicht später im SDS irgendwelche Funktionen innehatte, daß es sich bei dem erwähnten Zitat um einen wissenschaftlichen Text handelt, in dem u.a. der "Fall Nellen" und der SDS als Beispiele einer innerparteilichen Opposition genannt werden (vgl. Frankfurter Hefte 1961, S. 766). Der Parteivorstand macht aus dieser Tatsachenfeststellung, die nicht einmal in einem SDS-Organ erschien, eine für die SDS-Politik entscheidende Proklamation oder Sollensforderung und folgert daraus, daß der SDS "das Recht einer nicht legitimierten Opposition ...beansprucht".

6) Der Parteivorstand behauptet, das SDS-Mitglied Erik Nohara sei auf der Delegiertenkonferenz im Oktober 1961 in den Bundesvorstand gewählt worden und habe deshalb maßgebenden Einfluß auf die Politik der Bundesvorsitzenden Schumann und Dähne auf dieser Konferenz gewonnen. Der Parteivorstand versucht durch diese Behauptung zu beweisen, daß die in der "Dokumentation" als "Thesen einer Neuen Linken" zitierten Texte (vgl. S. 7-10) Gedankengut der gewählten Repräsen-

tanten des SDS seien. Allein darauf stützt er seine Behauptung, der SDS habe mit Methoden des "Leninismus" und der KPD der 50er Jahre die SPD spalten wollen (S. 1o-11).

Tatsache ist, daß Erik Nohara nicht Mitglied des Bundesvorstandes des SDS ist. Tatsache ist ferner, daß die zitierten Texte zwar auf einem Bundesseminar im September 1961 vorgelegt, aber in einer öffentlichen Diskussion von nahezu allen Referenten und Seminarteilnehmern abgelehnt wurden. Der Parteivorstand zitiert diese Einzeläußerung, obwohl er durch eine Stellungnahme von dritter Seite davon unterrichtet war, daß sie vom SDS abgelehnt worden sei.

Die "Dokumentation" ist auch an dieser entscheidenden Stelle allein vom Text her nicht schlüssig: Einerseits wird behauptet, die zitierten Texte seien nur deshalb nicht der Delegiertenkonferenz vorgelegt worden, "da der Wahlausgang die SDS-Hoffnungen nicht erfüllte" (S.11); andererseits wird jedoch die Prognose des Autors zitiert: "Trotz eines Gewinns von 5% der Stimmen wird die SPD weitere vier Jahre in der Opposition bleiben." (S.9). - Zudem haben diese "Thesen" mit dem "Leninismus", der dem SDS unterstellt wird, nichts zu tun.

7) Der Parteivorstand behauptet, die Auflösung der Sozialistischen Hochschulgemeinschaft sei mit Methoden erfolgt, die den Spielregeln innerparteilicher Demokratie Hohn sprechen (S. 13).

Tatsache ist, daß es sich bei der Sozialistischen Hochschulgemeinschaft Hessen lediglich um einen von der SPD unabhängigen informellen Freundeskreis gehandelt hat, der vom SDS und zwar besonders von Heinz Brakemeier aufgebaut worden war und dessen einziger Zweck in der Förderung des SDS bestand. Es gab in der Sozialistischen Hochschulgemeinschaft Hessen keine Mitgliedschaft. Es wurde lediglich von Oberregierungsrat Dr. Helga Einsele, Rechtsanwalt und Notar Dr. Paul Haag und Diplom-Volkswirt Heinz Brakemeier ein Konto verwaltet, auf das jeder Geld einzahlen konnte, der an der Arbeit des SDS interessiert war. Die Spender erhielten einige Male Berichte über die Arbeit und Veranstaltungen des SDS oder wurden zu diesen eingeladen. Als keine Spenden mehr eingingen und der Parteivorstand der SPD im Juli 1960 beschloß, den SDS nicht mehr zu fördern, war es nur konsequent, das Ende des Fördererkreises festzustellen. In dem betreffenden Schreiben vom Frühjahr 1961 heißt es ausdrücklich: "Obwohl die Unterzeichneten sicher legitimiert gewesen wären, ihre Tätigkeit (nach der Spaltung) fortzusetzen, stellten sie den Spendeneinzug ein, um die weitere Entwicklung abzuwarten." Von keinem Förderer ist diese

Entscheidung in irgendeiner Weise beanstandet worden; die demokratischen Spielregeln sind daher vollkommen eingehalten worden. Die Auflösung entsprang geradezu der Loyalität gegenüber der vom Parteivorstand beschlossenen Politik. Es schien den Verantwortlichen nicht mehr gerechtfertigt, nachdem sich gezeigt hatte, daß die Spaltung des SDS nicht mehr rückgängig zu machen ist, die Sammlung von Spenden für den SDS unverändert, d.h. unter den bisherigen Spendern fortzusetzen.

Tatsache ist ferner, daß die Verantwortlichen erst wegen ihrer Arbeit in der Förderergesellschaft aus der SPD ausgeschlossen wurden.

8) Der Parteivorstand behauptet, Professor Dr. Wolfgang Abendroth habe die Sozialistische Hochschulgemeinschaft Hessen mit aufgelöst, er habe "bei der Wahl seiner Verbündeten für die Auseinandersetzung in der SPD...jene Sorgfalt vermissen lassen, die von einem Mann mit dem Amte eines Verfassungsrichters allgemein erwartet werden kann" und er habe die "Freiheit in der SPD" zum Kampf gegen die SPD mißbraucht, "wie es von schärfsten Gegnern außerhalb der Sozialdemokratie nicht schlimmer hätte kommen können" (S. 11-14).

Tatsache ist, daß Professor Dr. Abendroth überhaupt nicht "Mitglied" der Sozialistischen Hochschulgemeinschaft Hessen war. Er hat weder die Hochschulgemeinschaft aufgelöst noch dabei mitgewirkt. Tatsache ist ferner, daß die SPD es nicht für nötig hielt, das Verhalten von Professor Abendroth zum Anlaß eines Parteiverfahrens zu nehmen, daß Professor Abendroth vielmehr aufgefordert wurde, sich nicht wegen des SDS aus der Partei ausschließen zu lassen.

Die Vorwürfe gegen Professor Abendroth werden dadurch konstruiert, daß er für Zitate aus einem Referat eines anderen Referenten auf einer juristischen Fachtagung (die mit Parteipolitik nichts zu tun hatte) verantwortlich gemacht werden soll, auf der Professor Abendroth zu einem völlig anderen Thema ebenfalls referiert hat. Diese Zitate werden zudem dadurch, daß sie aus dem Zusammenhang gerissen werden, in ihrem Sinn völlig entstellt. Diese Methode charakterisiert den, der sie gebraucht, nicht den, gegen den sie benutzt wird. Verschwiegen wird von der SPD auch, daß bei dieser Tagung der Frankfurter Oberlandesgerichtspräsident Prof. Dr. Staff und der Verfasser des bekannten Kommentars zum Grundgesetz Dr. Andreas Hamann anwesend waren.

Die gleiche Methode der Fälschung des Inhalts der Auffassungen von Professor Abendroth zeigt sich in dem Zitat aus einem Aufsatz in der "Sozialistischen Politik", das die "Dokumentation" des Parteivorstandes

der SPD bringt, um darzutun, Prof. Abendroth habe die Sabotage des Wahlkampfes der SPD verlangt und deren Niederlage gewünscht. In Wirklichkeit sagte Prof. Abendroth in diesem Aufsatz wörtlich:

> "Die deutschen Arbeitnehmer sehen durchaus mit Recht die SPD als ihre Partei an. Deshalb muß alles getan werden, um ihr zum Wahlsieg zu verhelfen."

9) Der Parteivorstand behauptet, er habe die Gründung der Förderergesellschaft erst fünf Tage vor der Gründungsversammlung erfahren. Er behauptet ferner, daß "es den Förderern nicht um caritative Hilfe für einen finanzschwachen Studentenverband ging" (S. 14).

Tatsache ist, daß am 21.9.1961, d.h. 18 Tage vor der Gründungsversammlung der Förderergesellschaft der Sekretär des SPD-Bezirks Hessen-Süd auf einer Delegiertenkonferenz des Unterbezirks Frankfurt/M. einen Zwischenruf machte, in dem es hieß: macht das doch mit Abendroth in eurer Förderergesellschaft.

Tatsache ist ferner, daß es in § 2 der Satzung der Sozialistischen Förderergesellschaft heißt:

> "Der Zweck des Vereins ist 1) die Mitglieder des SDS zu fördern und ihnen soziale und wissenschaftliche Hilfe angedeihen zu lassen, 2) die erzieherischen und theoretischen Aufgaben des SDS tatkräftig zu unterstützen. Der Verein kann dabei nur beratend auf den SDS einwirken.
> Andere Aufgaben hat die Sozialistische Förderergesellschaft nicht."

Der monatliche Mindestbeitrag wurde auf DM 2.5o festgesetzt.

1o) Der Parteivorstand behauptet, der Beschluß über die Unvereinbarkeit sei das Ergebnis einer demokratischen Diskussion und Abstimmung. Professor Heinz-Joachim Heydorn habe am 26.11.1961 zweimal die Möglichkeit gehabt, in unbegrenzter Redezeit für den SDS zu sprechen. Der Vorwurf, der Beschluß sei das Werk einer kleinen, autoritären Gruppe, sei deshalb eine "bewußte Verfälschung der wirklichen Vorgänge" (S.2 u. 3).

Tatsache ist, daß der Beschluß vom Parteivorstand gefaßt wurde, ohne vorher auch nur einem Mitglied des SDS oder der Förderergesellschaft die Gelegenheit zu geben, zu den gegen den SDS und die Förderergesellschaft erhobenen Vorwürfen Stellung zu nehmen. Seit Oktober 1960 hat der Parteivorstand jeden Versuch von SPD-Mitgliedern im SDS, mit Mitgliedern des Parteivorstandes zu einem Gespräch über die Entwicklung im SDS zu kommen, schroff und in einer gegenüber Parteimitgliedern ungewöhnlichen Form zurückgewiesen.

Der Parteivorstand hat den Beschluß Mitte Oktober gefaßt. Erst nach dem Beschluß wurde mit zwei Professoren darüber gesprochen, aber nicht um ihn zu erörtern, sondern von den Professoren ultimativ die Unterwerfung zu verlangen. Die Professoren hätten ja die Freiheit, so erklärten die Vertreter des Parteivorstandes zynisch, den Sozialdemokratischen Hochschulbund zu unterstützen. Dann wurde der Beschluß am 6.11.1961 publiziert. Am selben Tage haben sechs Professoren erklärt, dass dieser Beschluß "auf einer Manipulation autoritär denkender Kräfte" beruhe. Die Tatsache, daß der Beschluß am 26.11.1961 noch einmal, nun im Parteirat, behandelt wurde, ändert nichts an dem undemokratischen und dem Parteistatut widersprechenden Prozess. Erstens hätte eine Entscheidung, die vom Parteivorstand selbst als "grundsätzliche Entscheidung" bezeichnet wurde, gemäß § 24 des Parteistatuts vor der Beschlußfassung im Parteirat behandelt werden müssen. Der Parteirat kann zudem nach dem Parteistatut einen vom Parteivorstand gefaßten Beschluß nicht rückgängig machen. Zweitens wurde die Beratung über den Unvereinbarkeitsbeschluß vom Parteivorstand nicht auf die Tagesordnung gesetzt. Drittens ist es in der Geschichte der SPD bisher noch nicht vorgekommen, daß eine vom Parteivorstand bereits beschlossene und veröffentlichte Entscheidung durch ein Parteigremium rückgängig gemacht worden ist.

Schließlich ist es ja wohl schlecht möglich, daß die sechs Professoren in ihrer Erklärung vom 6.11.1961, in der sie den Beschluss eine Manipulation autoritär denkender Kräfte nannten, die späteren Vorgänge im Parteirat am 26.11.1961 berücksichtigen konnten. Wenn der Parteivorstand ihnen eine "bewußte Verfälschung der wirklichen Vorgänge" vorwirft, so fällt der Vorwurf auf ihn selbst zurück.

Über die hier erwähnten Unrichtigkeiten und Entstellungen, Einseitigkeiten der Darstellung und über die Verallgemeinerung von Einzeläußerungen (von SDS-Mitgliedern) hinaus ist die "Dokumentation" des Parteivorstandes durch folgendes gekennzeichnet:

Einmal greift der Parteivorstand zum großen Teil auf Dinge zurück, die heute bereits drei Jahre zurückliegen. Er verschweigt, daß sich in einem solchen Zeitraum die Struktur eines Studentenverbandes hinsichtlich der Zusammensetzung seiner Mitglieder erheblich verändert. Der fragwürdige Begriff "SDS-Führungsgruppe" soll verschleiern, daß die heute verantwortlichen Vorsitzenden des Verbandes den "Studentischen Kongreß gegen Atomrüstung" und den Frankfurter Kongress "Für Demokratie" nur noch

vom Hörensagen kennen (z.B. waren die beiden gegenwärtigen Bundesvorsitzenden des SDS zu dieser Zeit noch nicht Mitglieder des SDS).

Zum andern versucht der Parteivorstand den SDS zu einer straff organisierten Kaderorganisation zu stempeln. Dabei verschweigt er, daß nach der Struktur aller studentischen Vereinigungen der Schwerpunkt bei den in sich geschlossenen und schon aufgrund der Hochschulverfassung relativ autonomen Hochschulgruppen liegt. Er hat offenbar nie begriffen, daß für den Bundesvorstand eines demokratischen Verbandes nur begrenzte Möglichkeiten zur Einflußnahme auf die Arbeit der örtlichen Gruppen gegeben sind. Die Bundesvorstände des SDS haben ganz bewußt diese Struktur nicht angetastet, denn sie wissen, daß freie Diskussion und gemeinsame theoretische Arbeit das ist, was den SDS in der Studentenschaft attraktiv macht. Nur eine Organisation, die den Gruppen und den einzelnen Mitgliedern im Rahmen der von den Delegiertenkonferenzen festgelegten Grenzen die Möglichkeit eigener Initiative gewährt, kann damit rechnen, politischen Verleumdungen und finanziellen Schwierigkeiten gegenüber zu bestehen und für das zu arbeiten, was Sozialismus ist und dabei vom SDS stets auch als Selbstbestimmung des Menschen definiert wird.

Es erübrigt sich, auf die dem SDS vorgeworfenen Kontakte zu sozialistischen Jugendverbänden einzugehen, da der SDS von jeher in gleicher Weise Kontakte zu allen sozialdemokratischen Jugendorganisationen angestrebt hat und weiter aufrechterhält. Es ist bezeichnend, daß der Parteivorstand der SPD die französische sozialistische Partei PSU, zu deren Vorstand so namhafte Vertreter wie Pierre Mendès-France, André Philip und Claude Bourdet gehören, und zu der die SPD immer Kontakte gesucht hat, zu diffamieren versucht. Unrichtig ist dabei die Behauptung, daß die Jugendorganisation der PSU Mitglied der kommunistisch beeinflußten internationalen Organisation WFDY sei.

Schließlich lassen sich die vom Parteivorstand der SPD gegen den SDS und seine Förderergesellschaft erhobenen Vorwürfe, er habe die SPD organisatorisch zersetzen und spalten wollen, auch nicht durch den Hinweis auf die Neue Linke stützen. Der SDS hat sich auf seiner Delegiertenkonferenz vom 6./7. Oktober 1961 der Bewegung zugerechnet, "die in England unter dem Namen New Left und in Frankreich als Nouvelle Gauche entstanden ist." Der damalige Bundesvorsitzende

Michael Schumann hat ausdrücklich erklärt, daß diese Neue Linke "als selbständige Organisation nicht zu bestimmen ist." Dieselbe Delegiertenkonferenz hat ferner, wie schon erwähnt, in einem Beschluß (vgl. S. 3 dieser Stellungnahme) festgestellt, daß "eine Zersplitterung der Arbeiterbewegung nicht zu verantworten ist". In diesem Beschluß heißt es weiter: "Nur die demokratischen Organisationen der Arbeiterbewegung können den Widerstand gegen die autoritären Tendenzen in der Bundesrepublik in einem ausreichenden Maße organisieren."

Die Neue Linke versteht sich selbst als eine geistige, gesellschaftskritische Bewegung. Professor Dr. Ossip K. Flechtheim hat im Oktober 1961 auf der Delegiertenkonferenz des SDS die Aufgaben dieser Bewegung mit folgenden Worten zu umreißen versucht:

> "In dem Maße, wie aber auch unsere Parteien immer mehr zu oligopolischen, hierarchisch strukturierten Anstalten werden, wird, ähnlich wie in den USA, die Betätigung politisch aktiver Bürger in staatsbürgerlichen Vereinigungen aller Art ('single-purpose-movements') zu einer Lebensfrage für die demokratische Dynamik unserer Gesellschaft. Den hierarchischen und bürokratisierten, konservativ gewordenen Parteien gegenüber können und müssen nicht nur die großen wirtschaftlichen und sozialen Verbände, ...sondern gerade auch die kleineren, formloseren politischen Vereinigungen das Moment der Bewegung und Erneuerung der größeren Perspektive und der Selbstlosigkeit vertreten und durchsetzen. Als Unruhe im politischen Getriebe einer durchorganisierten und institutionalisierten Welt können sie aber gerade im Deutschland von heute nur wirksam werden, wenn sie nicht von vornherein auf die Mitarbeit der Parteibürger zu verzichten brauchen. Diesen sollten die Parteien, die sich ja alle heute so nachdrücklich zur Freiheit bekennen, mindestens dieses Maß an Bewegungs- und Meinungsfreiheit gewähren."

Das Verhältnis der Labour Party zu den New Left Clubs in England unterscheidet sich grundsätzlich von den Diffamierungen, denen die Neue Linke durch den Parteivorstand der SPD ausgesetzt ist. So hat es z.B. Gaitskell für richtig gehalten, in Veranstaltungen der New Left öffentlich aufzutreten und Anthony Crosland, einer der Wortführer des rechten Flügels der Labour Party, hat dazu aufgerufen, "die phantasievollen idealistischen Bestrebungen (der Neuen Linken) zu nähren und zu artikulieren."

Die Tatsache, daß der Parteivorstand der SPD einen generellen Beschluß gegen den SDS und seine Förderergesellschaft gefaßt hat, anstatt in Einzelverfahren gegen die angeblich nur 27 ausgeschlossenen Parteimitglieder vorzugehen, ist nach alledem nicht anders zu deuten, als daß er allen Grund hatte, einem einer demokratischen und rechtsstaatlichen Partei angemessenen Ausschlußverfahren auszuweichen.

Frankfurt am Main, den 15. Februar 1962
Ginnheimer Landstr. 4o

Im Auftrag

gez. Prof. Dr. Wolfgang Abendroth gez. Eberhard Dähne

Herrn

Prof. Dr. H. Heimerich

M a n n h e i m

A 2,1

Sozialistischer Bund (eingetragener Verein)

Sitz: Frankfurt am Main

Sekretariat: p.Adr. Heinz Brakemeier,
6000 Frankfurt/M.-West 13-Schloßstr.22
Telefon 0611/772453
Postscheckkonto FFM 133 489 (H.Brakem.)
Commerzbank Frankfurt/M.-Zeil 39
Kto. 78343 (Sozialistischer Bund)

den 11. Nov. 1962

Hochverehrter Freund Prfessor Heimerich

Anliegend überreiche ich Ihnen einige Unterlagen zu der neuen Entwicklung der ehemaligen Sozialistischen Förderer-Gesellschaft e,V..
Darf ich gleichzeitig fragen, ob Sie sich dazu bereitfinden könnten, Mitglied des im §5 der Satzung fixierten Kuratoriums zu werden? Bisher haben sich neben den Professoren Abendroth und Heydorn, die Professoren Flechtheim, Gollwitzer und Goldschmidt Berlin, sowie Düker Marburg und Ackermann Wiesbaden dafür zur Verfügung gestellt. Ferner einige Schriftsteller (z.B. Zwerenz und Dr. Schonauer); mit anderen rechnen wir noch (z.B. H.W. Richter und A. Eggebrecht). Auch Frau Dr. Falkenberg, Landesjugendamtsleiterin in Wiesbaden, ist dazu bereit.

In Freundschaft

Heinz Brakemeier

Der geschäftsf.
Vorstand 1962/63:

Prof.W. Abendroth
Prof. H.J.Heydorn
Dr. Helga Einsele
Else Hille
H. Brakemeier

Sozialistischer Bund (eingetragener Verein)

Sitz: Frankfurt am Main

Sekretariat: p.Adr. Heinz Brakemeier,
6000 Frankfurt/M.-West 13-Schloßstr.22
Telefon 0611/772453
Postscheckkonto FFM 133 489 (H.Brakem.)
Commerzbank Frankfurt/M.-Zeil 39
Kto. 78343 (Sozialistischer Bund)

Liebe Freunde!

Hiermit überreichen wir das Protokoll der 2. ordentlichen Bundeshauptversammlung. Unsere Organisation - vor einem Jahr als Sozialistische Förderer-Gesellschaft gegründet - steht nunmehr vor einem neuen Abschnitt ihrer Arbeit. Der neugewählte Bundesausschuß hat bereits am 21. Okt. in Frankfurt getagt und vorläufig folgendes Jahresprogramm beschlossen (die nächste ordentliche Versammlung des Bundesausschusses ist für den 13. Jan. 1963 festgelegt worden):

I. Zentrale Veranstaltungen:

1. soll in diesem Geschäftsjahr in München eine Veranstaltung über philosophische und literarische Probleme der Linken in der heutigen Zeit organisiert werden.

2. soll im Ruhrgebiet eine öffentliche Veranstaltung über "Mitbestimmung, Wirtschaftsdemokratie, Arbeitnehmer-Selbstverwaltung und Wirtschaftsplanung" vorbereitet werden.

3. soll in Zusammenarbeit mit anderen befreundeten Organisationen versucht werden, in der ersten Augusthälfte 1963 ein Ferientreffen voraussichtlich an der jugoslawischen Küste zu organisieren, das sowohl Hotel- wie Zeltlager-Aufenthalt gestattet und mit einem politisch-theoretischen Seminarprogramm verbunden werden soll.

4. soll versucht werden, bekannte ausländische Persönlichkeiten zu Vorträgen in einigen Städten der Bundesrepublik zu gewinnen (hier allerdings in Zusammenarbeit mit unseren örtlichen Gruppen).

— Akzeptiert wurde auch die bisherige Praxis, bei öffentlichen Veranstaltungen unter der Parole "Neuen Linken" aufzutreten, wie das die Satzung vorsieht.

II. Prinzipienerklärung:

Einige Mitglieder (Prof. Dr. Heydorn, Dr. Dobrinski, Zieber, Dr. Könne, Brakemeier und beratend Prof. Dr. Abendroth) wurden beauftragt, Thesen für eine Prinzipienerklärung zu entwerfen und sie spätestens im Frühjahr den Mitgliedern unseres Bundes zur Diskussion vorzulegen. Die Koordination dieser Arbeiten wurde H. Brakemeier übertragen.

III. Informations- und Pressearbeit:

Für interne Mitteilungen soll sobald wie möglich ein besonderer Informationsdienst geschaffen und evtl. an einen (von anderer Seite geplanten) größeren Informationsdienst angehängt werden.

Der geschäftsf.
Vorstand 1962/63:

Prof.W. Abendroth
Prof. H.J.Heydorn
Dr. Helga Einsele
Else Hille
H. Brakemeier

Hierfür werden insbesondere E. und W. Hille zuständig sein. Solange ein solcher Informationsdienst (mit Wachsmatrizen oder Rotaprintfolien vervielfältigt) nicht zur Verfügung steht, sollen die zentralen Rundschreiben diese Informationsfunktion mit übernehmen.
Die Organisation eines besonderen Artikel-Dienstes, der ausgewählte Artikel für die (interessierten?) Mitglieder unseres Bundes aus anderen Publikationen übernehmen sollte (als Sonderdruck oder Nachdruck oder nur in einer Zusammenfassung), um der Diskussion über theoretische und praktische Fragen Grundlagen und Anregungen zu geben, wurde zunächst noch wegen finanzieller Schwierigkeiten zurückgestellt. Alle Freunde unseres Bundes werden jedoch aufgefordert, mehr als bisher die Möglichkeiten der Publikation in befreundeten und unabhängigen Zeitungen und Zeitschriften auszunutzen; auch wenn das nur durch regelmässige Leserbriefe geschehen kann. Hier systematisch vorzugehen, ist auch eine Möglichkeit der örtlichen Gruppenarbeit.

IV. Das neue Bundeskuratorium:

Die Liste der neuen Kuratoriumsmitglieder wird sich noch erweitern (inzwischen haben auch die Professoren Flechtheim und Goldschmidt ihre Bereitschaft erklärt, Mitglieder dieses Kuratoriums zu sein), sodaß ihre endgültige Zusammenstellung dem geschäftsführenden Vorstand bzw. der nächsten Bundesausschuß-Versammlung übertragen wurde. Die philosophisch-literarische Konferenz in München wird wahrscheinlich auch der Termin des Zusammentritts der Kuratoriumsmitglieder sein.

V. Zentrale Arbeitskreise und Fachreferenten:

Hinsichtlich der in Anträgen zur Bundeshauptversammlung geforderten zentralen Arbeitskreise für bestimmte Fragen wurde beschlossen, die Einladung zur Konstituierung solcher Kreise dem geschäftsführenden Vorstand bzw. der nächsten Bundesausschuß-Versammlung zu überlassen. In gleicher Weise ist die Bestellung von Referenten für bestimmte Fragen geregelt worden.

VI. Verteilung der zentralen Beitragseinnahmen:

Das zentrale Beitragsaufkommen soll in gleichem Masse wie bisher dem Bundesvorstand des SDS zur Verfügung gestellt werden. Es wurde an dem einfachen Beschluß der Gründungskonferenz festgehalten, mindestens 51 % der zentralen monatlichen Beitragseinnahmen auf jeden Fall zu überweisen.

VII. Aufnahme neuer Mitglieder und Zusammenarbeit mit anderen Organisationen:

Der Bundesausschuß hat eine Diskussion über Mitgliederaufnahmen und die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen geführt. Dabei waren sich alle Bundesausschußmitglieder einig, daß eine Zusammenarbeit nur mit unzweifelhaft freiheitlich-demokratischen und in jeder Hinsicht unabhängigen Organisationen möglich sei. Ebenso war man sich einig, daß Mitglieder und Anhänger anderer als solcher Organisationen nicht Mitglieder des Sozialistischen Bundes sein können. Gleichzeitig wurde festgestellt, daß eine Zusammenarbeit mit bestimmten Organisationen, deren politische Unabhängigkeit nicht gesichert erscheint, nicht möglich sei. Dasselbe gilt sinngemäß für die gleichzeitige Mitgliedschaft und für eine Mitarbeit in gesteuerten Publikationsorganen. In diesem Zusammenhang beschloß der Bundesausschuß einen neuen Text für Aufnahme-Anträge (siehe Anlage); die Anträge können ebenso zur Mitgliederwerbung bestellt werden, wie die Satzungen und dieses Rundschreiben.
Die Entscheidungen über die Mitgliederaufnahmen liegen jetzt (unbeschadet der letzten Entscheidung durch die nächstfolgende Bundesversammlung) beim Bundesausschuß. Dieser hat dem geschäftsführenden Vorstand die Vollmacht zu vorläufigen Entscheidungen gegeben. Der geschäftsführende Vorstand stützt sich dabei wie bisher auf die Empfehlungen der örtlichen Gruppen bzw. deren Vorsitzende.

VIII. Aufklärung über Notstands- und Notdienstgesetze:

Das Schwergewicht der Aktivität des Sozialistischen Bundes soll nach dem Willen des Bundesauschusses in den nächsten Wochen und Monaten in der - zunächst besonders örtlich betriebenen - Aufklärungskampagne über die geplanten Notstands- und Notdienstgesetze liegen. Hierbei ist der Zusammenhang zwischen wachsenden Rüstungslasten, wachsenden Lebenshaltungskosten, inflationären Gefahren, "Maßhalte"-Appellen, Lohnstopp, rückläufiger Konjunktur und wachsender Kriegsgefahr aufzuzeigen.
Diese Aufklärung soll sowohl durch öffentliche Veranstaltungen erreicht werden, als auch durch Flugblätter, Rundschreiben, Leserbriefe und schriftlich veröffentlichtes Material zu juristischen, historisch-soziologischen, ökonomischen und zeitgeschichtlichen Fragen. Dies alles soll möglichst in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen geschehen. Voraussetzung ist allerdings auch gerade hier die Beachtung der Bedingungen unter VII.
Der Bundesausschuß ist der Meinung, daß diese Arbeit ohne jeglichen Organisationsegoismus geleistet werden muß, um möglichst eine gewisse Breitenwirkung gegen die bisher schwerste Gefährdung unserer "jungen freiheitlich-demokratischen Grundordnung" zu erreichen.

Liebe Freunde, wir haben zwar dem Bundesvorstand des SDS schon wieder DM 500.- übergeben können, aber wir brauchen jetzt eine verstärkte Mitgliederwerbung und wir brauchen mehr denn je - G e l d !
Wir kennen die zahlreichen Belastungen der Einkommen unserer Mitglieder. Trotzdem halten wir uns im Namen unserer gemeinsamen Sache für berechtigt, finanzielle Opfer als Beiträge und Spenden zu erbitten.

In Freundschaft

gez.: H.J. Heydorn (stellvertr. Vors. und Schriftführer)

gez.: H. Brakemeier (Sekretär)

P.S.

Presseerklärung des geschäftsführenden Vorstandes am 25. Oktober 1962

Die Gefahr des Atomkrieges zwischen den Weltmächten und ihren Bündnissystemen muß im Interesse der Erhaltung der Zivilisation ausgeschaltet werden. Die deutsche Bevölkerung sollte deshalb an die großen Mächte eindringlich appellieren, um diese zur Achtung vor der Souveränität der kleinen Staaten, vor den Regeln des Völkerrechts und der Freiheit der Meere, zum Verzicht auf jede Form der Drohung mit völkerrechtswidrigen Maßnahmen und zum Verzicht auf alle militärischen Stützpunkte und Raketenbasen auf dem Territorium anderer Staaten zu veranlassen.
Der Sozialistische Bund erwartet die Beilegung der Differenzen zwischen den Großmächten durch Verhandlungen, nicht durch Gewaltmaßnahmen.

Heinz Brakemeier

Die N e u e L i n k e

Möglichkeiten und Aufgaben

Die Alte Linke war Etwas.
Ist die Neue Linke schon mehr als Nichts?

Hegel über die Bestimmung der Qualität
in seiner "Logik":
A. Sein. B. Nichts.
C. Werden.
"Das reine Sein und das reine Nichts ist also dasselbe.
Was die Wahrheit ist, ist....dass das Sein in Nichts, und
das Nichts in Sein-nicht übergeht,-sondern übergegangen ist."

Gliederung:

A: Das Versagen der Alten Linken
==========
I: Schuld und Unfähigk.am Beispiel 1918
(Ausmass und Grenzen der Anpassung)
II: Der Imperialismus als Ausweg
(Die sozialbürokratische Führung der Linken)
III: Die Negativität des Ostens im Westen
IV: Der Rückschlag durch den Faschismus

B: Was ist die Neue Linke?
==========

C: Neue Linke = Neue Partei?
==========
I: Deie Neue Linke braucht eine Partei
II: Der notwendige Organisationsgrad der Linken
III: Eine neue Parteitheorie nach den Parteien
alten und "neuen Typs"
IV: Die gegenwärtige und die voraussichtliche
Organisationsmöglichkeit
(Die heutige Sammlungsbewegung)

D: Politische Perspektiven der Neuen Linken
==========
I: Die politische Passivität der Arbeitnehmerschaft
II: Der organisierte Antikommunismus
III: Wirtschaftliche Tendenzen
1. Die nachlassende Konjunktur
2. Die grösseren Rüstungslasten
3. Die wirtschaftliche Aufwärtsbewegung im Osten
IV: Die immer neu wachsende Kriegsgefahr
V: Die Unterstützung durch die Linke in Westeuropa,
in den Entwicklungsländern und die Neue Linke im Ostblock
VI: Der Ansatz der Neuen Linken in der Bundesrepublik

E: Die Aufgaben der Neuen Linken heute
==========
I: Kontinuierliche Sammlung und Organisierung der Kräfte
II: Vermehrte, planmässig organisierte Diskussion i.d.Sammlung
III: Planmässige Vermehrung der literarisch-publizist. Arbeit
IV: Sinnvolle politische Aktionen aller Anhänger

L. Kolakowski a.a.O. S. 158:
"Die Hauptschwäche der Linken bestand..darin,...daß ihre Negierung nur das Niveau moralischen Protestes erreichte und nicht das Niveau praktischen Denkens (d.h. denkender, bewußter Praxis H.B.)!"

A: Das Versagen der Alten Linken

I: Schuld und Unfähigkeit am Beispiel 1918 (Ausmass und Grenzen der Anpassung)

Die Neue Linke geht davon aus, dass die Alte Linke versagt hat. (Aber eine Linke die versagt, geht mehr oder minder total zur Rechten über!) Ist dieses Versagen deren subjektive Schuld oder objektive Unfähigkeit ?
Die dialektische Vermittlung von Subjekt und Objekt lässt nicht zu, dieses Versagen einseitig zu bestimmen. Sicher lag im November 1918 die Macht für die sozialdemokratische Führung in Deutschland auf der Strasse. Sie konnte genausogut die Auflösung des Offizierskorps und der alten Verwaltungsbürokratie, die Vergesellschaftung der wesentlichen Industrie und Banken, die Ausdehnung der Rechte der entstehenden Betriebsräte und die Bodenreform dekretieren, wie sie den 8-Stunden-Tag verordnete. Sie hätte in den ersten Wochen keinen ernsthaften Widerstand gehabt. Sie konnte dann vollendete Tatsachen schaffen. Sie tat das alles nicht! Hat sie also subjektiv verschuldet versagt? Aber was waren das für Arbeiterführer? Wo kamen sie her? Durch welche Zeit waren sie hindurchgegangen? Welche Praxis hatte sie geformt? "Eine Gesellschaft geht nie unter, bevor sie nicht alle ihre Möglichkeiten erschöpft hat", sagt einmal Marx. Sicher, der I. Weltkrieg musste beendet werden, so oder so; aber selbst das war der obersten Heeresleitung eher klar als Philipp Scheidemann und Friedrich Ebert.
"Hier konnten die Oberen nicht mehr und die Unteren wollten nicht mehr"!(Lenin). Aber sonst? Ein paar staatsrechtliche Reformen-nicht einmal unbedingt die Republik- und ein Stück Sozialgesetzgebung konnten die Sozialdemokratie und ihre Massen durchaus mit dem Kapitalismus versöhnen. Und welche andere Lösung drängte sich der Sozialdemokratie schon zwingend auf, wenn die Massen schon keinen anderen Zwang auf sie ausübten? (Die revolutionären Berliner Arbeiter reichten nicht aus!) Waren sie durch eine intensive theoretisch-kritische Schule gegangen, die ihnen den lebendigen (sich zum Monopolkapitalismus und Imperialismus wandelnden) Kapitalismus verständlich machten? Hatten R. Hilferdings "Finanzkapital"(1910) oder/und R. Luxemburgs "Akkumulation des Kapitals"(1912) die sozialdemokratischen Massen und deren Funktionärs-Hierarchie nachhaltig geschult? Oder bestenfalls die passivierende, formelhafte Orthodoxie des Schriftgelehrten Karl Kautsky, der mehr als ein Jahrzehnt das sozialdemokratische Durchschnittsbewusstsein betreut hatte? Waren auch nur Hilferding und Luxemburg alle Möglichkeiten und Konsequenzen des Kapitalismus klar und hatten wenigstens sie eine genauere Voraussicht und Lösung? Wären ihnen die Massen gefolgt?Konnten in Deutschland überhaupt Strategie und Taktik der sozialistischen Lösung aus den Bewegungsgesetzen der Gegenwart genügend klar bestimmt werden? Und wie konnten sie popularisiert werden?
Wie aber war es mit der russischen Oktober-Revolution von 1917 als Vorbild? Auf das Trauma der "schrecklichen russischen Zustände"(Ebert) bei der Sozialdemokratie und dem deutschen Kleinbürgertum müssen wir noch als Negativität zurückkommen, ein Vorbild und Ansporn für die SPD waren sie jedenfalls nicht. Die Massen wollten den "Frieden",sie "wollten Weihnachten wieder bei Muttern sein", sagte Kurt Tucholsky einmal, verbittert die Parole des Kaisers von 1914 wiederholend. Aber sonst waren sie weit davon entfernt, den "Kapitalismus unmöglich" zu finden (diese Parole war sogar nach 1945 allgemeiner) oder wenigstens der Sozialdemokraite ihr Vertrauen zu entziehen und den linkeren Kräften eine Chance zu geben.
Die bürgerlichen Verhältnisse waren noch nicht am Ende. Sie hatten noch nicht ihre Möglichkeiten erschöpft.
Wann jemals aber hat es in der deutschen Geschichte eine noch grössere Reife der Möglichkeiten gegeben? Und wie ungenau wird selbst hier die Feststellung des subjektiven, schuldhaften Versagens einer Sozialdemokratie mit Jahrzehntelanger Reformistenpraxis, für die gerade die politische Revolution von 1918 eine neue, grossartige Aera zu eröffnen schien?

Wenn die ökonomischen Erfolge des Imperialismus dem Reformismus Boden und Nahrung gaben, wenn von daher der I. Weltkrieg -selbst bei Kautsky- nur einer jener so betrachteten geschichtlichen Betriebsunfälle war, wie sollte aus dieser Praxis mit ihren schönen Erfolgen gerade auch im Kriege ein revolutionäres Bewusstsein Friedrich Ebert entstehen?
Wenn "das Ganze das Wahre" (oder mit Adorno "das Unwahre") ist, dann drängte die Ganzheit jener Epoche nicht zu der Parole:"Hier liegt Rhodus-nun springe!" So wenig der überwältigende Zwang die Verhaltnisse beherrschte, so wenig brachte er genügend intellektuelle und moralische Potenzen hervor, um den Sieg des Sozialismus zu erringen.
Wir müssen erkennen, dass die Welt bisher nicht reif für den Sozialismus war. Die Soziologie lasst heute in Verbindung mit den alten Prinzipien der marxistischen Theorie zu, die geschichtlichen Kräfte, ihre agierenden Personen und deren Prägung und Motive besser zu durchschauen, als dies einer früheren Geschichtsschreibung gegeben war. Wir können so heute auch über Lenins Theorie hinausgehen, die das Versagen der alten Linken aus dem (einmaligen) Auswg erklärte, den der Imperialismus dem Kapitalismus bot. Wir erkennen heute, daß in einer falschen, entfremdeten Ordnung der menschlichen Verhaltnisse selbst die revolutionaren Krafte die Neigung entwickeln zu entfremden. Wir nennen das die permanente Tendenz zur Anpassung an die bestehende Gesellschaft; sie bildet mit deren permanenter Tendenz zur Revolution eine Parallele der Gegenlaufigkeit von wechselnder Kraft. Es gibt keine einmalige geschichtliche Auswegssituation für die alte Ordnung. Der konkrete Kapitalismus produziert seine konkreten Auswege in jeder konkreten Situation neu, wenn die Verhaltnisse ihn dazu zwingen und die konkrete Linke steht genau so unter dem Zwang der Verhaltnisse und dem Sog der Auswege, bis die sich ändernden Verhaltnisse ihr nicht nur die umwälzende Initiative mit machtiger Eindringlichkeit zuschreiben, sondern auch die Widerstande brechen und der Rechten die Auswege zu wenig Boden geben.
Aber wenn wir erkennen, dass die Linke selbst immer wieder der Gefahr ausgesetzt ist, sich anzupassen, die alte Ordnung zu akzeptieren und dadurch zu ihrer Stütze zu werden, so müssen wir das mit zwei Feststellungen tun:
1. Die Verhaltnisse wandeln sich bestandig und in dem Maße, wie sie einer revolutionaren Krise zutreiben, wandelt sich auch der Grad der Anpassung. Je zwingender die soziale Umwälzung wird, desto entschiedener und machtiger offenbart die Linke ihren revolutionaren Charakter. In alter Gestalt, wenn dies noch lebendiges, unreglementiertes politisches Leben entfalten kann- in neuer Gestalt, wenn Gerüst und Gehäuse der alten Linken zu starr geworden sind.
2. Die standige Neigung zur Anpassung vollzieht sich im Sog der jeweiligen konkreten Auswege der alten Ordnung. So wie die Auswege immer wieder eine besondere Form haben, so nimmt auch die Anpassung der Linken immer wieder eine besondere Form an.

II: Der Imperialismus (und seine Kriege) als Ausweg
(Die sozialbürokratische Führung der Linken)

Wie immer man zu den einzelnen Imperialismustheorien der Linken steht, wir können festhalten, daß zunächst der klassische Imperialismus bei der Linken die Entstehung und Ausweitung einer staatstragenden Sozialbürokratie gefördert hat, die mit ihrem Sozialchauvinismus die Führung der Massen in der Hand halten konnte.
Diese Sozialbürokratie ist heute in fast allen alten kapitalistischen Staaten im hohen Grade ausgebildet. Immer fester mit der alten Ordnung und deren Staatsapparat verwachsen, neigt sie dazu, auch die letzten Möglichkeiten ihrer Entfaltung in der alten Ordnung auszunutzen und dabei das politische Leben der alten Sozialdemokratie unter ihre Formeln zu bringen. Diese Sozialbürokratie wird eine neue Linke nicht noch einmal im gleichen Umfang mit der gleichen Funktion wiederholen. Diese neue Schicht in der alten Sozialdemokraitè unter dem Banner des Reformismus und Super-Reformismus großgeworden, wird nicht so leicht die Neigung verspüren, zur Neuen Linken massenhaft überzutreten. Sollte aber ein grösser Zwang zur sozialen Umwälzung ihr massenhaft einen solchen Schritt nahelegen, wird ohnehin die Neigung zur Anpassung an die alte Ordnung nicht groß sein.

III: Die Negativität des Ostens im Westen

Eine zweite geschichtliche Grösse, die das Versagen der alten Linken in West-Europa bedingt hat, ist zweifellos die Existenz einer stalinistisch-bürokratisch beherrschten UdSSR bzw. ihres Ostblocks gewesen.
Hier müssen wir noch einmal auf Lenins Imperialismustheorie zurückgreifen, auf seine in diesem Zusammenhang vorgebrachte These, nach der durch die Entstehung konkurrierender imperialistischer Staaten mit deren internationalen Konflikten die Kette der Revolution sich umkehrt. Nicht mehr in den entwickelsten kapitalistischen Staaten eröffnet sich der Linken die Möglichkeit, zum Sozialismus überzugehen- die Kette der imperialistisch verwickelten Staaten reisst vielmehr an ihrem schwächsten Glied. Daraus ergeben sich aber schwerwiegende Konsequenzen für die Linke in den wirtschaftlich höher entwickelten Landern.
Nicht nur, daß der Imperialismus deren Möglichkeiten überhaupt hemmt: Die Massen in diesen Landern, besonders dort, wo alt-verwurzelte, breite Mittelschichten vorhanden sind, werden ihre Lebensmöglichkeiten im Sozialismus an den Zustanden jener "schwachsten Glieder" messen, die aus der imperialistischen Staatenkette ausgebrochen sind. Eine reaktionäre Propaganda verdoppelt noch alle negativen Eindrücke der Massen. Die Linke gerät so unversehens in die Defensive und in einen heillosen Konflikt zwischen Bejahung und Verneinung, Unterstreichung des historischen Fortschritts und Verurteilung der Zurückgebliebenheit und Regression.
So lange ein derart starkes Gefälle des gesellschaftlichen Wohlstandes von West nach Ost sichtbar ist, von einem schrecklichen bürokratisch-terroristischen Staatswesen begleitet, propagandistisch verdoppelt von einer auf diese Weise machtig gewordenen reaktionären Ideologie, so lange muss die Hoffnung auf einen Sieg der Linken schwach bleiben.

Die kommunistische alte Linke weiss genau, daß sich auch heute noch mit der "Sowjetunion""kein Staat"in Westeuropa und den USA machen lässt. Wenn jeder kommunistische Versuch, eine sozialistische Umwälzung im Westen herbeizuführen aber vorerst keine Chancen erkennen lasst, dann ergibt sich daraus zwangsläufig, daß kommunistische Parteien mit einem sozialistischen Aktionsprogramm die Interessen der herrschenden Bürokratie im Ostblock, besonders in der UdSSR, stören müssen. Zusätzlich, wenn ihr Sieg die Massen im Osten zu Vergleichen reizen könnte! Diese Interessen sind auf die innen- und aussenpolitische Sicherung der östlichen Staaten gerichtet. Insbesondere der wirtschaftliche Fortschritt wird dort durch den Zwang zu vermehrter Rüstung gehemmt. Sehen wir von dem chinesischen Sonderfall ab, so sind darum seit langem die kommunistischen Parteien inner- und ausserhalb des Ostblocks gehalten, mit ihren politischen Manövern den oben genannten Interessen zu dienen. Trotz aller Fehlschläge und Katastrophen dienen die kommunistischen Parteien im Kapitalismus immer eher als außenpolitische Hilfstruppen des Kreml, denn als revolutionare Avantgarde der Linken ihrer Länder. Die "Volksfront-Politik" und "Friedensbewegungs-" taktik (mit "allen friedliebenden Kräften"), die isoliert von den anderen gesellschaftlichen Fragen betrieben werden soll, will Einfluss auf die Politik bürgerlich-kapitalistischer Staaten nehmen. Aber nicht durch umwälzenden Druck, sondern durch langfristige, moglichst weitgehende "Zusammenarbeit" unter der ideologischen Führung bürgerlicher Kräfte und Parolen! Darin sind sogar Lenins Prinzipien einer proletarischen Bündnispolitik aufgegeben worden.
Diese Politik der alten kommunistischen Linken ist deshalb nicht bloß falsche Taktik innerhalb einer richtigen Strategie, sie ergibt sich zwangsläufig aus der Konzeption und Konstruktion der kommunistischen Parteien, wie sie die III. Internationale schließlich hervorgebracht hat, nachdem sich Mitte der zwanziger Jahre die Verhaltnisse sowohl in Westeuropa wie in der UdSSR verfestigt hatten.

Damit ergibt sich eine letzte Frage: Unsere Stellung zur"Oktober-Revolution"? Wie letztlich diese Frage zu einem schweren Bruch in der ansatzweise vorhandenen IV. Internationale geführt hat, so wird jede Neue Linke nicht um eine Antwort auf diese Frage herumkommen. Wer die "Oktober-Revolution" als falsch und unzeitgemass verneint, der muß letztlich auf die Zerschlagung des Ostblocks und seiner sozial-ökonomischen Grundlage drängen, gewissermaßen, um der Faden der Geschichte zurückzuspulen, noch einmal, von vorn anzufangen, wo die Welt-

...schichte 1917 eine entscheidende Wende nahm.
...die "Oktober-Revolution" bejaht, muß der nicht auch ihre Konsequenzen, muß ...r nicht auch den Stalinismus wollen?
...e jämmerliche Alternative des Jahres 1917 in Russland wäre (erst mit Unterstützung des deutschen Militarismus und dann des anglo-amerikanischen und französischen Imperialismus) ein labiler, autoritärer oder früh-faschistischer Staat gewesen, mit oder ohne neuen Zaren, mit halbfeudaler, stagnierender ökonomischer Struktur und kultureller Barbarei.
...n Sozialisten ist das keine Alternative! Unter solchen Verhältnissen wird es ...rauflaufig immer wieder revolutionare Bewegungen geben müssen. Es blieb kein anderer Weg: Vom Sieg der Oktober-Revolution ausgehend, musste die Linke innerhalb und ausserhalb der Sowjetunion ihre materielle Gewalt zu erweitern versuchen. Sie musste dabei auch die intellektuelle und moralische Kraft im genügendem Umfange aufbringen, die die bürokratisch-diktatorische Gefahr und deren barbarischen Terror erkannte und diese Einsicht in die Massen hineintragen konnte, um sie dagegen rebellisch zu machen. Daß die Linke daran gescheitert ist, daß sie sich dafür als zu schwach erwies, ist ein verhangnisvolles historisches Zwischenspiel.-Das ist nicht zuletzt verschuldet durch das geschichtliche Versagen der deutschen Sozialdemokratie.-Aber einen anderen Weg konnte eine sich selbst getreue Linke nicht einschlagen. Auch die Verzögerung der "Oktober-Revolution" um einige Jahre, um der deutschen Linken den Vortritt zu lassen, hätte kaum in Deutschland zum Siege des Sozialismus geführt. Der deutsche Kapitalismus hatte mit der reformistischen Sozialdemokratie noch zu viele Möglichkeiten gewonnen, als daß nach deren endgültigem Umfall 1914 eine sozialistische Umwälzung vorauszusehen war.
...positiv gewendet, hat die russische Revolution und ihre Auswirkungen den Verfall der imperialistischen Herrschaft entscheidend beschleunigt.

Für eine Neue Linke ergibt sich aber heute nicht nur die Pflicht, auch aus den negativen Ergebnissen der russischen Revolution zu lernen, auch etwa die Leninsche Theorie des demokratischen Zentralismus an ihren praktischen Ergebnissen kritisch zu messen, sondern auch die Pflicht zur scharfen Abgrenzung und mehr als das, zum Kampf für die Überwindung aller schrecklichen Züge der Entartung, Pervertierung des Sozialismus/Kommunismus im Osten und in der Arbeiterbewegung übernaupt. Zum Kampf auch gegen die Ideologen dieser Zustande und zum Bündnis mit allen neuen Kräften, die diese Zustände nach vorn hin, in Richtung auf Wahrheit und Freiheit zu Humanität, Schönheit und menschlichem Glück verändern wollen. Das erst ist-wenn man will- Sozialismus-Kommunismus!
Je weniger die kommunistische alte Linke in Westeuropa Differenzen zum Ostblock erkennen lassen wollte und dafür lieber überhaupt auf zielklare sozialistische Politik im Westen verzichtete (zu Gunsten der Volksfront- und Friedensbewegungs-Politik), um so mehr muß die Neue Linke diese Differenz zu der Praxis im Osten betonen. Nur dadurch hat sie eine Aufstiegschance. Sollen sich die Neigungen, Wünsche, Sehnsüchte und Hoffnungen der arbeitenden Massen wieder mit der Politik und damit mit der Linken verbinden, dann muss sie in zäher und geduldiger Aufklärung zu beweisen suchen, daß nur durch ihren Kampf die Überwindung der ärmlichen, bürokratisch-diktatorischen Zustände im Osten, zusammen mit dem wirtschaftlichen Wachstum, möglich ist. Die Neue Linke wird es auch mit dieser Politik noch lange sehr schwer haben. Aber," Die Grundlage des Weges ist die Wahrheit, nicht die Lüge", schreibt Trotzky als Schlußsatz seiner Untersuchung:" Die verratene Revolution". Die "ganze Wahrheit" und die "Wahrheit des Ganzen", kann die Neue Linke höchstens unterstreichend hinzufügen.

IV: Der Rückschlag durch den (imperial.) Faschismus
(Aufrüstungs- und Kriegspolitik)

Wenn der Kapitalismus schließlich den Faschismus als Ausweg gefunden hat, mit dem sich eine permanente militärische Rüstung und überhaupt eine wirtschaftliche Verschwendung verbindet, zusammen mit einer finanziellen Inflationspolitik und unter Ausnutzung organisierter antiparlamentarischer Massenhysterie des Kleinbürgertums, so lässt schon die beherrschende Losung des Antikommunismus erkennen, wie sehr die Sieeschancen des Faschismus durch die Entartung des Bolschewismus erweitert worden sind. (In jeder Ideologie steckt ja -meist auf höchst vertrackte und verkommene Weise- ein Stück Wahrheit!)
Die Menschheit hat die faschistischen Gefahren sicher noch nicht gebannt. Sie erheben wieder drohend ihr haupt. Gleichwohl könnte eine nahere Untersuchung zeigen, daß damit der Kapitalismus nicht nur seine perverse Verkommenheit vermehrt. Alle diese Auswege haben einen schwankenderen Grund bekommen. Sie werden zunehmend schmaler und kürzer. (Diese These kann hier nur aufgestellt, sie muss in einer besonderen Untersuchung belegt werden. Für die Perspektiven der Neuen Linken bleibt die These aber wichtig, gerade wenn sie zuvor feststellt, dass die objektiven Möglichkeiten der alten Linken durch den Faschismus geschälert wurden.

B: Was ist die Neue Linke?

Es genügt hier fast, auf das berühmte Kapitel"Der Sinn des Begriffes -Linke-", in L. Kolakowskis (Polen) Essaysammlung:"Der Mensch ohne Alternative- Von der Möglichkeit und Unmöglichkeit, Marxist zu sein" hinzuweisen, Daß dieses Buch in Polen nach 1956 veröffentlicht werden konnte, ist selbst der beste Beweis in der Praxis für seine Bestimmung der Linken.
Doch von Kolakowski zunächst abgesehen: Gschichtlich ergibt sich der Auftritt der Neuen Linken immer dort, wo die Alte Linke in eine Krise gerat, stagniert, steril wird, versagt, unfahig und verbrecherisch in Hinsicht auf den menschlichen Fortschritt wird. Dort, wo sich die Wahrnehmung verbreitet, daß die alte Linke die theoretische und praktische Bewältigung der Gegenwart für ihre geschichtliche Mission nicht mehr zuleisten vermag!
So ging die Führung und die Konsequenz der Linken (Zentrum und Avantgarde) im Deutschland des 19. Jahrhunderts von den Liberalen auf die Demokraten und Republikaner über und manifestierte sich schließlich nach 1848 in der sozialistisch-kommunistischen Arbeiterbewegung.
Diese alte sozialistische Linke geriet schließlich zu Beginn des 2o. Jahrhunderts im Zusammenhang mit den Wandlungen des Kapitalismus in eine große innere Krise, die in jedem Land einen anderen Ausdruck hatte- in Rußland anders als in Deutschland und dort nicht einfach identisch mit Frankreich (siehe z.B. die Besonderheiten der Kabinettspolitik Mitterands). Die Luxemburg-Liebknecht-Richtung laßt sich von unserer vorhergehenden Bestimmung ebenso als neue Linke fassen, wie der Leninismus.und die schwache trotzkistische Tendenz. Gleichfalls gilt das für die Opposition der zwanziger Jahre in der UdSSR; mindestens teilweise und besonders für die "Links-"Opposition.
Seine politische Prägung bekam das Wort "links" bekanntlich aus der Tatsache, daß in der Nationalversammlung der grossen französischen Revolution die Radikalen schließlich links saßen.

Kolakowski bestimmt die Linke auf Grund der historischen Tradition als eine grundsätzlich kritische Kraft gegen die bestehenden Verhältnisse. Er bleibt mit dieser Bestimmung nicht nur der wesentlichen Funktion der marxistischen Theorie allgemein treu, sondern er lehnt sich bei der Konfrontierung mit der Rechten offenbar auch an das Schema der politischen Kräftegruppierung an, das Marx am Anfang von "Die heilige Familie" konstiert, indem er von einem beharrenden, erhaltenden, konservativen Pol in der Gesamtheit der Gesellschaft spricht,

demgegenüber der destruktive, zerstörende, vorwärts drängende, verändernde Pol wirkt, den das Proletariat in dem Maße ausmacht, wie es zum Bewußtsein seiner Lage und Möglichkeiten kommt.

Für Kolakowski hat die Kritik dabei zwei Züge: Einerseits die Unangepasstheit, Negation, Ablehnung der bestehenden Verhältnisse, andererseits die Perspektive, Hoffnung, Planung der neuen, noch nicht dagewesenen, besseren Verhaltnisse in Richtung auf Fortschritt von Freiheit, Humanität, Glück. Hier kommt auch die Bedeutung zum Zuge, die Bloch dem gut- oder real-utopischen Bewußtsein für das Vollbringen des nächsten großen Schrittes der Geschichte zuweist. Von hier aus wird verständlich, wenn Kolakowski feststellt, daß die alte Linke aufhört, links zu sein, wenn und wo sie die umwälzende Kritik der bestehenden Verhaltnisse nicht mehr leistet, sondern diese rechtfertigt, bestätigt und verteidigt. Da innerhalb des Ostblocks die alte (kommunistische) Linke als herrschende Schicht nocht totaler zu einer konservativen Kraft der bestehenden Verhaltnisse geworden ist, als die alte Linke in Westeuropa, spricht Kolakowski auch lieber von einer alten (bürgerlich-feudalen) Rechten und einer neuen (ehemals sozialist sch-kommunistischen) Rechten, denen er die Linke gegenüberstellt. An anderer Stelle spricht er allerdings auch von einer neuen Linken, und er schlagt für sie die Formel linker Sozialismus vor. Bleiben wir dabei: Es gibt nur eine Linke, die ihre Ausfächerung bis zu noch links-liberalen und links-christlichen Tendenzen haben kann, die aber ihre Konsequenz, ihr Zentrum und schließlich ihre Führung in der zur radikalen Veränderung entschlossenen, zielbewußt organisierten Bewegung findet!

Kolakowski halt zwar an der Einsicht fest, daß das Proletariat immer wieder in der Klassengesellschaft zur unruhigen, vorwärts drängenden, revolutionären Klasse wird, aber er weist darauf hin, daß nicht in jeder konkreten politischen Situation die revolutionäre Klasse links, also revolutionar handelt. Es gibt deshalb keine naturhaft-blindwütigen linken Klassen und Organisationen, sondern links ist ihm immer eine Sache der bewußten Einsicht, des richtigen Bewußtseins.

Die Neue Linke ist der Protest gegen das Versagen der alten Linken. sie ist darum die Renaissance der Linken überhaupt. Recht verstanden, kann diese nur noch eine kommunistisch-sozialistische Kraft im Sinne des "Kommunistischen Manifestes (1848)" sein. In Europa wird man dem Vorschlag Kolakowskis zu folgen haben, sie als linker Sozialismus zu bezeichnen. Dabei ist aber das Bewußtsein der N e u e n Linken nicht zu verwischen, um sie von der bisherigen Praxis älterer linkssozialistischer Parteien und deren Ideologien im notwendigen Masse abzuheben. Diese waren mehr oder minder nur eine erstarrte Halbheit zwischen der zweiten (sozialdemokratischen) und dritten (kommunistischen) Internationale. -Schon Lenin sprach gelegentlich spöttisch von der 2 1/2 . Internationale-. Die Neue Linke muss jenseits dieser alten Fronten stehen.
Soziologisch ergibt es sich dab[illegible], daß in Zeiten, in denen die wahren politischen Fronten mit großem Erfolg verschleiert werden konnten, in denen also nur eine besondere intellektuelle und moralische Anstrengung die Schleier zu durchschauen vermag, Menschen bürgerlicher Herkunft oder Existenz, die zum Sozialismus tendieren, einen beachtlichen Anteil an einer neuen Linken haben. Gerade dann aber muß in den Reihen der Neuen Linken die Einsicht bleiben, daß die Verbindung zu den breiten Massen der Arbeitnehmerschaft immer wieder gesucht werden muß.

Ein politisches Programm der Neuen Linken in Westeuropa kann heute außenpolitisch nur auf der Formel der "Unabhängigkeit" basieren, die mehr und aktiver ausgerichtet ist, als die der bloßen "Neutralität".
Innenpolitisch muß es auf die Abwehr aller autoritären und faschistischen Gefahren und Zurückdrangung der Macht der herrschenden, reaktionären Krafte, Ausdehnung der Demokratie auf alle Bereiche des gesellschaftlichen, öffentlichen Lebens (also auch der"öffentlichen Meinungsbildung"), Intensivierung und Ausweitung der demokratischen Erziehung und Bildung zu einem kritischen Bewußtsein mit dem Ziel einer realen Humanität .ausgerichtet sein. Besonders wirtschaftspolitisch muß ein Übergangsprogramm der Neuen Linken auf die

Vergesellschaftung der großen (monopol- und oligopolartigen) Industrieunternehmen, Banken, Handels- und Versicherungsunternehmen und sonstigen großen Dienstleistungsunternehmen drängen. Das kann für die Neue Linke nach den Erfahrungen in England, in der Bundesrepublik, in Jugoslawien, in Kuba und im Ostblock nur heißen, eine volkswirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Wirtschaftsdemokratie durchzusetzen und immer weiter auszubauen und auszudehnen. Die volkswirtschaftliche Demokratie hat dabei die Koordination der betriebswirtschaftlichen Teilpläne zu einem Volkswirtschaftsplan zu leisten. Diese volkswirtschaftliche Planung muß aus den Schwächen der bürokratisch-zentralistischen Kommandowirtschaft im Ostblock lernen. Wie die Planung im Ostblock selbst, muß sie sich heute viel stärker an den theoretischen und erst bei Gemeineigentum wirklich praktikablen Ergebnissen der westlichen Wachstumsratentheorie, der mathematisch beherrschten "Input-Output-Analyse", der Nationalbudget-Rechnung orientieren, deren theoretische Ansätze sowohl bei Marx im II. Bd. des Kapitals, wie in der russischen Diskussion der zwanziger Jahre zu finden sind. die betriebswirtschaftliche Planung muß sich hingegen an gewissen Prinzipien orientieren, wie sie für Art und Menge, sowie für eine kosten- und mehrwertgerechte Preiskalkulation durch die volkswirtschaftliche Demokratie festgelegt worden sind. Eine industriell hochentwickelte Volkswirtschaft -das muß zur Grundkenntnsi der Neuen Linken gehören-vertragt weder die Mengen- und Preisanarchie der jugoslawischen freien Marktwirtschaft, noch die vom Stalinismus erzeugte bürokratisch-zentralistische Projektemacherei und Kommandowirtschaft. Für die Neue Linke ist in der volkswirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Demokratie der Rückgriff auf demokratische Prinzipien notwendig, wie sie Marx nach der Erfahrung der Pariser Kommune (1871) entwickelt hat. Neben der Rechenschaftspflicht, Delegationsgebundenheit, jederzeitigen Abberufbarkeit der gewählten, nicht privilegierten Vertreter, gehört dazu auch die jetzt in Jugoslawien sogenannte"Rotation der Funktionen", das heißt also die nur begrenzte ununterbrochene Wiederwählbarkeit einmal gewählter Vertreter für die gleiche Funktion.

C: Neue Linke = Neue Partei?

I: Die Neue Linke braucht eine Partei!

Wir können dieses Kapitel mit der Feststellung einleiten: Grundsätzlich braucht eine neue politische Kraft in einer noch einigermaßen existenten bürgerlich-parlamentarischen Demokratie eine (alte oder neue) Parteiorganisation.
Diese apodiktische These ergibt sich aus der Tatsache, daß jede politische Bewegung, wo immer auch ihre wahren Kräfte, der Schwerpunkt ihrer Aktionen liegen mag, im Parlament sich ebenfalls durchzusetzen versuchen muß, das nun einmal von Parteien besetzt wird. Gerade, wenn man nicht der Illusion wieder unterliegen will, der Sozialismus sei nur eine Sache der parlamentarischen Mehrheitsentscheidungen, ist es wichtig, ihn im Namen der Legalität und Legitimität gegen die reaktionären Kräfte durchzusetzen. Zudem ist für die Massen immer wieder das bürgerliche Parlament die hervorragende Bühne und somit für die Linke-Tribüne.
Wenn aus der Neuen Linken eine neue politische Kraft werden soll -ohne das wird sie auch die alten politischen Kräfte nicht bewegen-, so kommt sie nicht darum herum, daß das politische Leben in der bürgerlichen Demokratie seinen formalen Höhepunkt im Parlament hat; auch wenn dieses Parlament nur die vordergründige Rampe mächtigerer Akteure im Hintergrund ist.
Die Neue Linke darf nicht erneut die längst aufgegebenen anarchosyndikalistischen Ideologien des Antiparlamentarismus und der Parteienignoranz produzieren. Die Neigung dazu ist bei einigen Akademikern und Arbeitern erklärlich, angesichts der Erfahrungen mit und in den Apparaten der alten Linken. Aber der Mangel einer Partei wird nicht durch die Anpassungs- und Kapitulationsgefahren jeder Partei der Linken aufgehoben. Erstens wäre auch eine außerparlamentarische Linke irgnedwie und irgendwo solchen Tendenzen unterworfen (vielleicht sind es bestimmte Vertreter einer solchen Meinung bereits), die Unschuld ihrer Ideen und ihrer Praxis ginge ihr auch dort verloren, zweitens ist die Neigung

zur Anpassung und Kapitulation viel weniger eine bloße Folge des Parlamentarismus als der Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse, in dem Maße, wie diese sich verfestigen und reaktionäre Züge bekommen. Drittens kann eine Neue Linke außerhalb der Parteien schon garnicht hoffen, gerade auf Parteien erfolgreich einzuwirken, die in der Spätphase der bürgerlichen Demokratie ihre parlamentarische Routine und Wahlen zum (ausschließlichen) Fetisch ihrer Tatigkeit gemacht haben.
Gibt es ein Parlament, so verlangt jede Bewegung zur sozialistischen Umwälzung auch nach einem parlamentarischen Reflex und Barometer. Das gilt um so mehr, wenn die Neue Linke nur mit langfristigen Perspektiven für ihren Aufstieg und Sieg rechnen kann. Jede Aktivität für eine neue gesellschaftliche Ordnung setzt sich zudem dem taktisch schwerwiegenden Vorwurf der Illegalität aus, wenn sie sich des parlamentarischen Manövrierfeldes und der damit verbundenen Wahlkampagnen begibt, während doch gerade die grosse Möglichkeit der Linken darin liegt, in der Verteidigung der Legalität den Sozialismus gegen die illegalen und illegitimen Anschläge der Reaktion durchzusetzen. Im richtigen parlamentarischen Agieren kann die Schachung der Rechten schließlich außerordentlich gefördert werden.

II: Der notwendige Organisationsgrad der Linken

Aus vielen Bedürfnissen, vor allem denen intellektueller und moralischer Sauberkeit und Redlic keit nach den Erfahrungen mit den alten Parteiorganisationen, erhebt sich immer wieder der Gedanke, eine "möglichst lockere Form" der Organisation zu finden, die der Individualität möglichst wenig abverlange, dadurch um so anziehender wirke und so der politischen Ausweitung nur dienlich sei. Hinter solchen Gedanken kann sowohl ein Rest sobistischer Distanz zu den unbürgerlichen Kräften des Neuen verborgen sein, als auch die Sehnsucht nach einer Welt, die keines organisatorischen Zwanges mehr bedarf. Marx selbst weist in "Nationalökonomie und Philosophie" darauf hin, wie sehr in einer vernünftigmenschlich, zugleich sinnlich-praktisch sich selbst verwaltenden Gesellschaft alle angestrengt und bewußt-zwanghaft organisierte Arbeit absterbende Bedeutung hat. An deren Stelle tritt vielmehr eine spielerische, selbstverständliche Aktivität.
Vielleicht kann sich die Linke zunächst auf die Formel einigen, daß jede Organisationsform und jeder Organisationsgrad von den aktuellen Bedürfnissen abhangt. So weit, so gut! Aber die Geschichte der Klassengesellschaft lehrt uns, daß nur die Ideen materielle Gewalt annehmen, die sich möglichst umfassend in eine jeweils angemessene, mit Voraussicht planende und vorbereitende organisatorische Gestalt ergießen. Wo immer der Fortschritt siegreich war und blieb, dort ist häufig auch ein hoher Grad umfassender Organisiertheit anzutreffen, ein höherer zumeist, als bei versäumten Siegen und verlorenen Schlachten für den Fortschritt. In der verwalteten Welt des Spätkapitalismus wird deshalb die Formel von der "möglichst lockeren Organisationsform" nicht hinreichen, so sehr sie spontanen intellektuellen und moralischen Bedürfnissen entspricht.
Wenn in der Politik der Klassengesellschaft-aller bürgerlich-parlamentarischen Heuchelei und Volksgemeinschaftsideologie zum Trotz- noch immer das Freund-Feind-Verhaltnis durchschlägt (eher stärker als schwächer werdend), so hat eine Neue Linke sich viel eher der Bedeutung zu erinnern, die bei Marx, Engels, Lenin die militär-strategische Theorie eines Klausewitz hatte. Hat nicht selbst Bloch einmal von der notwendigen Planung eines marxistischen Generalstabes gesprochen? Ist in der Klassengesellschaft die Politik die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln, dann gehoren -trotz der Auswirkungen des Leninismus- dazu noch immer einige strategische Prinzipien, wie die Sammlung der Kräfte im Raum und ihr vereinigter, konzentrierter Einsatz zu einem bestimmten Zeitpunkt, die unbeirrbare Verfolgung (ohne Ablenkung) vom gesetzten Hauptziel und die Orientierung aller Etappenziele darauf, der Grundsatz, gegenüber dem Gegner seinen Willen durchzusetzen, und die dem entgegenwirkenden Kräfte des Gegners zu überwinden. Aus solchen Prinzipien ergibt sich die Bedeutung der notwendi

III: Eine neue Parteitheorie nach den Parteien alten und "neuen Typs"

Der Unterschied in der Parteitheorie von Marx und Lenin ist bekannt. W. Huhn hat dankenswerterweise in den Wiso-Heften diesen Unterschied ausführlich dargestellt. Kurz läßt er sich deshalb etwa so ausdrücken: Bei Marx hat die Partei zunächst die Funktion der Aufklärung, der Verbreitung sozialistischer Jdeen, zunächst im Verbande umfassenderer, bürgerlicher revolutionärer Bewegungen, danach zur bewußtseinsbildenden Sammlung selbständiger sozialistischer Krafte. Bei Lenin hat die Partei schon die führende und bestimmende Kraft der nächsten Revolution zu sein, wenn auch vorerst nur einer bürgerlichen erst später einer sozialistischen.
In der Verschiedenheit der geschichtlichen Probleme liegt nicht zuletzt der Unterschied: Hier lockere, wenig disziplinierte, dort straff zentralistisch (allerdings demokratisch genannt) organisierte Partei. Als sehr wesentliches Motiv darf bei Lenin nicht die Begründung übersehen werden, in der Illegalität gehe es nicht anders als mit dem demokratischen Zentralismus. Aber man darf andererseits nicht die Augen davor verschließen, daß der spontanen, zielgerichteten Bewegung der Massen bei Lenin eine viel geringere Bedeutung zukommt, als bei Marx, auch bei Trotzky (dem genialen Heerführer) und erst recht bei Rosa Luxemburg. Für eine Bewegung, die die breiten Massen zur täglich-praktischen Beherrschung des gesellschaftlichen Prozesses bringen will, muß sich zwangsläufig sofort ein kritisches Bewußtsein gegenüber der Lenin`schen Parteitheorie regen. Andererseits hat gerade die Lenin`sche Partei den ersten großen, umwälzenden historischen Sieg der Arbeiterbewegung errungen.
Angesichts des sich so verwirrenden Problems sollte die Neue Linke einerseits zwar den Sieg der Bolschewiki im Auge behalten, andererseits aber von den schließlichen Ergebnissen der "Oktober-Revolution" in der Sowjetunion (ohne Sowjets), im Ostblock, sowie vom Erscheinungsbild der kommunistischen Parteien im Westen und von den jüngsten Erfahrungen in Kuba ausgehen.
Insgesamt wird sie dabei- gerade angesichts der Probleme in Westeuropa- zu dem Schluß kommen, daß eine Partei der Neuen Linken nicht nur die Diktatur einer Partei als staatstragendes Prinzip ablehnen muß, sondern auch, was sich mit der Formel vom"demokratischen Zentralismus" und der sogenannten "Einheitlichkeit der Partei" als Herrschaft des Apparates über die Partei herausgebildet hat. "Ohne den freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution.." sagte Rosa Luxemburg kritisch zur Praxis des Bolschewismus. Nach ihr war das freie Ringen der Meinungen, selbst wenn es mit Irrtümern behaftet ist, tausendmal fruchtbarer für den Sozialismus, als die Weisheit des besten zentralistischen Zentralkomitees. (Siehe hier ihre Gefängnisschrift: "Die russische Revolution").
Andererseits wird gerade im Sinne der genannten strategischen Prinzipien eine (neue) sozialistische Partei darauf bedacht sein müssen, eine möglichst grosse Harmonisierung der strategischen und taktischen Prinzipien in ihren Reihen zu erreichen. Sie wird deshalb eine möglichst große, entscheidungsberechtigte, aus den Vertretern der Parteibasis bestehende, häufig zusammentretende zentrale Konferenzinstitution in ihren Satzungen zu verankern haben. Sie wird wegen der Beziehung zu den praktischen Bedürfnissen der Arbeitnehmerschaft, ihre Partei nicht nur nach Wohngebieten, sondern viel mehr als bisher nach Betriebsgruppen und übergreifenden Wirtschaftszweigverbänden zu organisieren haben, selbst wenn sie dieses Organisationsproblem nicht ohne Doppelstimmrecht lösen kann. Ein solches Stimmrecht wird gerade den Massen der Arbeitnehmerschaft ein besonderes Gewicht in der Partei geben. (Es muß diese Frage allerdings in Zukunft daran gemessen werden, wieviel Freizeit die Menschen in Ihren Wohngebieten zur Verfügung haben!) Eine neue Parteitheorie wird insofern auf der Kaderpartei bestehen müssen, als die über Programmbekenntnis und Beitragszahlung hinausgehende Mitarbeit aller Mitglieder erforderlich ist. Sie wird schließlich gewisse Regeln für die allgemeine Verbreitung ihrer zentralen Entscheidungen treffen müssen - z.B. in Parteizeitungen neben der Meinungsfreiheit. Sie wird auch jene räte-demokratische Radikalität bei der Wahl und der Ablösung ihrer Funktionäre festzulegen haben, die zwar -besser, als bei der seinerzeitigen deutschen KAP- ein gewisses Maß an Kontinuität wahrt, aber sonst auf der "Rotation der Funktionen"besteht.

IV: Gegenwärtige und voraussichtliche Organisationsmöglichkeit (Die heutige Sammlungsbewegung)

Die Neue Linke manifestiert sich in Frankreich und Italien vornehmlich in sogenannten linkssozialistischen Parteien. (In Italien ist es erlaubt, auch innerhalb der KPI von einer Bewegung zur Neuen Linken zu sprechen.) In England ist sie -noch?- auch Teil der Sozialdemokratie (Labour-Party). In Holland, Norwegen und Dänemark hat sie sich-zum Teil mit noch bürgerlich-pazifistischen Kräften-- hauptsachlich in neuen pazifistisch-sozialistischen Parteien verbunden. In der Bundesrepublik Deutschland hat die alte Sozialdemokratie, trotz der Bereitschaft zu einem billigerweise gerchtfertigten Maß an Loyalitat auf Seiten der Neuen Linken, diese trotzdem aus ihren Reihen ausgeschlossen oder mit Ausschluß bedroht, wo sie die Zugehörigkeit nicht sogleich feststellen konnte. Sollte die Entwicklung der Sozialdemokratie eine -nicht mehr zu erwartende - Wendung zurück zur Parteidemokratie nehmen, könnte sich die Frage noch einmal anders stellen. Unter den heutigen Perspektiven erscheint das Ziel einer neuen Partei für die Neue Linke in Deutschland unbedingt notwendig. (Eine darauf ausgerichtete Arbeit bietet zugleich die größte Chance für eine Renaissance der Demokratie in der SPD (die nach einem Wort des SPD-Bezirksvorsitzenden W. Birkelbach derzeit nur noch soweit möglich ist, wie sich das mit der gegenwärtigen Politik des Parteivorstandes verträgt.) Gleichzeitig ergibt sich aus der Schwäche der Neuen Linken, daß sie diese Partei vorerst nicht konstituieren kann. Im schlechtesten Falle wird sie mehr als ein Jahrzehnt nicht in der Lage sein, (siehe das Wohlstandsgefälle von West nach Ost)eine n e u e P a r t e i zu bilden, die die Chance hat, über die 5%-Grenze bei Wahlen zu kommen. Auf die Dauer autoritarer und faschistischer Siege ist dabei nicht einmal wesentlich Bedacht genommen. Sieht man die gegenwärtige Lage und ihre erkennbaren Tendenzen, dann erscheint die Gründung einer neuen Partei der Linken frühestens bei einer akuten Verschärfung des Konfliktes zwischen Teilen der Gewerkschaftsorganisationen auf der einen Seite und dem Staat mit seinen Parteien (einschließlich der SPD) auf der anderen Seite möglich. (Im allergünstigsten Falle für eine neue Partei könnte das noch vor den Bundestagswahlen 1965 eintreten, obwohl die Kapitulationsbereitschaft in den Gewerkschaften dafür wenig Aussichten eröffnet.) Den Kräften in den Gewerkschaften, die nicht sogleich kapitulieren wollen, ein verstarktes intellektuelles und moralisches Selbstvertrauen für ihre Politik zu geben, ist derzeit die wichtigste Aufgabe der organisierten Neuen Linken. Das kann aber nur mit einer politischen, gesellschaftskritischen Aufklärung geschehen, die die betrieblichen und gewerkschaftlichen Probleme in ihrem gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang - d.h. umfassend politisch- aufzeigt.

Einer Friedensunion braucht sich die Neue Linke nicht anzuschließen, denn die Chancen einer Neuen Linken -nachdem nun die DFU ihr Bundestags-Wahlziel nicht erreicht hat und nicht erreichen konnte- steigen sicher mit der gleichen Progression, wie die einer solchen Union. Die Neue Linke darf sich ihr in der Bundesrepublik nicht anschließen: 1. weil es tödlich ware, die Friedensfrage isoliert lösen zu wollen, 2. weil die DFU nicht genügend unabhängig ist, bei aller Lauterkeit und Unabhangigkeit vieler ihrer Mitglieder.

Wir dürfen bei der Frage nach dem sozialen Reservoir für eine neue Partei auch die neue Epoche nicht ganz außer Acht lassen, die für die deutsche Landwirtschaft einsetzt; aller traditionellen Erfahrung mit den reaktionären Bauern zum Trotz. Ebenso ist möglicherweise auch der fortschreitende Zerfall des Klein- und Bildungsbürgertums nicht mehr ausschließlich eine Strömung für die Zulaufbehalter der Faschisten.

Gleichwohl ist zu fürchten, daß der gegenwärtig zu beobachtende Übergang von ehemals bürgerlichen, links-christlichen und links-liberalen Kräften, die "nur für den Frieden" zu bewegen waren, zu sozialistischen Losungen und Programmen nicht ausreichen wird, eine Partei mit 5%-Stimmanteil zu organisieren. Eine Wahlniederlage -unter 5%- für die Neue Linke wäre aber ein unerhört schwerer Rückschlag. (Fast ebenso die formelle Konstituierung als Partei, die aber nicht zu kandidieren wagt!) Wie sind die Perspektiven

deshlab für die Neue Linke, bei aller intellektuellen und moralischen Qualitat, die gerade durch den Übergang jener ehemals bürgerlichen Krafte verstarkt werden kann? Man kann zwar gegenwärtig eine baldige Zwangssituation zur formellen Gründung einer Partei nicht ausschließen, wenn nur dadurch der juristische Schutz der organisierten Arbeit durch das Bonner Grundgesetz gewahrt werden sollte. Aber vorerst ist diese Lage nicht eingetreten und wenn, wird jener Schutz recht zweifelhaft. Ohne einige tausend Mitglieder schließlich, um nur ein Minimum an organisatorischer Arbeit überall zu gewährleisten, ohne wenigstens eine gesicherte Wochenzeitung, ohne einen finanziellen Etat, der ein noch so dünnes Netz hauptamtlicher Funktionare, Büros usw. zulaßt, ohne die realistische Erwartung, die Sperrminoritat bei Wahlen zu überwinden ist eine formelle Parteigründung äußerst bedenklich, wenn auch bereits eine allgemeine Übereinstimmung in den Programmfragen und den Organisationsprinzipien erreicht sein sollte. Es ergibt sich andererseits aus diesen Gedanken, daß die organisierte Linke in ihrer übrigen Aktivitat bereits wie eine Partei auftreten sollte.

D: Politische Perspektiven der Neuen Linken

I: Die politische Passivitat der Arbeitnehmerschaft (weitgehend und andauernd)

Die Neue Linke muß heute ausgehen von der umfassenden Entpolitisierung der breiten Massen der Arbeitnehmerschaft. Sie muß diese Entpolitisierung selbst zum Gegenstand gründlicher Untersuchungen machen. Es wäre falsch zu leugnen, daß der Stachel, den die brennende materielle Not und Armlichkeit ausübt, heute in der Bundesrepublik nicht mehr wirksam ist. Diese Lage wird andauern. Gleichwohl ist auch ein gestiegener Lebensstandard etwas Relatives, sowohl was den Reichtum angeht, der dem im Lande gegenübersteht, als auch, was geschichtlich für die Massen möglich ist. Dazu haben gerade die besser gestellten Schichten der Arbeitnehmerschaft in Westeuropa nicht nur die höchste gewerkschaftliche Organisationsbereitschaft, sondern auch die höhere politische Reife bewiesen. Die vulgäre These von der "Sattheit" reicht also nicht aus. Eine viel wichtigere Ursache ist zweifellos die politische Perspektivenlosigkeit, die einerseits aus dem negativen Eindruck des Ostens resultiert, dazu aber aus der Missions- und Programmlosigkeit für eine umfassende neue, bessere Gesellschaftsordnung der alten Linken in Westeuropa und den USA. Hier hatte die alte Linke einen kühnen Entwurf auf der Basis des westlichen Reichtums in die Köpfe der Massen zu tragen. Das hat sie aber nirgends getan, auch wenn die deutsche Sozialdemokratie neuerdings in Programm und Praxis den Kapitalismus für den Sozialismus ausgibt. Solche politische Armseligkeit wird die Herzen und Hirne der Menschen nicht zu Taten beflügeln, die in der Geschichte noch nie ohne die entfesselte Glut der Leidenschaften für das Neue vollbracht worden sind. Die dialektische Schwierigkeit liegt aber darin, daß nichts so sehr die Massen und ihre alten Führungsgruppen überzeugt-als Massen. Auch die differenzierteste, subtilste, genaueste Theorie hilft da nur so weit, wie siezugleich zur materiellen Gewalt wird. Nicht umsonst hat Marx dem unendlichen Eifer sozialdemokratischer Prinzipienformulierer den Komentar gewidmet, daß jeder Schritt praktischer Bewegung tausendmal wirksamer ist, als alle theoretische Grundsatzproduktion. Nur in dem Maße und wo sich die hoffenden Massen -von dem Zwang der Verhaltnisse und der Anstrengung der Theorie überzeugt- bewegen, finden sich Massen ein. Dieses Gesetz der zu- und abnehmenden Progression der Bewegung gilt bestandig, und es verbietet, Möglichkeiten der praktischen Bewegung nicht zu nutzen (wie das gelegentlich von marxistischen Akademikern vorgeschlagen wird). Es erfordert hingegen, solche Möglichkeiten zu erkennen und organisatorisch derart zu erfassen, wie das mit der Voraussicht des größtmöglichen Erfolges in Übereinstimmung steht, ohne vermeidbare Rückschlage in Kauf zu nehmen.

II: Der organisierte Antikommunismus

Die Neue Linke muß immer wieder in Rechnung stellen, daß der Antikommunismus eine tiefgreifende psychologische Funktion bei der Haltung der Massen erfüllt. Er verbindet alle Gefühle des Hasses, der Abneigung und Vernichtung mit der tatsachlichen schlechten Erscheinung dessen, was sich als kommunistische Bewegung ausgibt. Dem aggressiven Komplex, der sich aus der Mühsal des Tages, der Unlust der Arbeit, der psychischen Armseligkeit und Hoffnungslosigkeit in einer Welt ergibt, die der glücklich-tätigen Erfüllung des Menschen nicht gerecht wird, diesem Bündel der Aggressionen verschafft die Restauration und Reaktion mit dem Antikommunismus ein Objekt des Hasses und der Vernichtung. Dieser Antikommunismus kann zu einem neuen autoritären oder faschistischen Staat führen. Er vermag einen III. Weltkrieg zu entfachen.
Der Komplex des Antikommunismus kann nur aufgelöst werden -hier zeigt sich wieder die Schwache einer Friedensunion bzw. der Nur-Neutralität- durch eine thematisch umfassende Aufklärung, die zugleich die negativen Fakten des Objektes aus der Welt zu schaffen versucht. Der Erfolg dieses Kampfes geht aber einher mit der Förderung des wirtschaftlichen Fortschritts im Osten.

III: Wirtschaftliche Tendenzen

Stecken die Thesen über die politische Passivität und den organisierten Antikommunismus Grenzen und langere Fristen für den Fortschritt der Neuen Linken ab, so kommen ihm eine Reihe wirtschaftlicher Entwicklungen entgegen, die heute nicht mehr zu übersehen sind.
1. zeigt allen überbeschaftigten Betrieben zum Trotz, auch in der Bundesrepublikdie Konjunktur deutliche Anzeichen von Schwankungen, Widersprüchen und Abflachungen. Insbesondere beginnt die Exportsituation der bundesdeutschen Wirtschaft sich schwerwiegend zu verschlechtern. Gerade aber die standigen und wachsenden Exportüberschüsse der 50ger Jahre waren der Hauptfaktor des fast ununterbrochenen wirtschaftlichen Aufschwungs. Zudem beginnt das Problem der permanenten Inflation nun verscharfte Züge anzunehmen und könnte bei einem ungehemmten Laufenlassen der Preis-Lohn-Bewegung in eine schon galoppierende Gangart verfallen. Hier taucht aber ein dialektisches Problem für die derzeitig wirtschafts- und sozialpolitische Praxis auf, das keine Aussicht auf Lösung in der bisherigen Weise eröffnet. Einerseits muß eine abflauende Konjunktur durch ein Bündel wirtschaftspolitischer Maßnahmen zusätzlich angeregt werden, die insgesamt eine Zunahme der im Wirtschaftskreislauf aktiven Geldmenge ergeben. Andererseits werden aber im Spätkapitalismus selbst rücklaufige Konjunkturen von der Fortdauer des inflationaren Prozesses begleitet. Jede aktive Konjunkturpolitik gerät daher langfristig immer verzweifelter in die schmaler werdende Enge der Skylla verscharften Konjunkturrückgangs und Charybdis verschärfter Inflation. Hinzu tritt noch ein sich jetzt deutlicher abzeichnendes Problem, das auch in der offiziellen wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion der USA aufzudämmern scheint: Eine aktive Konjunkturpolitik mit einer Vermehrung der aktiven Geldmenge hat mit wachsendem Monopolisierungsgrad der Wirtschaft eine immer geringere Ausweitung der Mengen-Konjunktur zur Folge. (Natürlich verlauft dieser Tendenz entgegengesetzt die der Erhöhung der Produktivität.) Die Monopole sind in der Lage, einen immer größer werdenden Anteil der zusatzlichen Kaufkraft sofort in Form von erhöhten Profiten an sich zu reißen, statt bei gleichbleibenden oder gar sinkenden Preisen einen entsprechend erhöhten Mengenausstoß ihrer Produktion zu realisieren. Die Wiederverwertung solcher Profite steht dann auf einem ganz anderen Blatt, sie führt jedenfalls nicht zu einer unmittelbar notwendigen Vermehrung der Beschaftigung. Für die wirtschaftspolitische Führung bedeutet das, daß sie noch einmal die Dosis der Konjunkturanreize verstärken muß, um den genannten Effekt überzukompensieren. Das verscharft aber noch einmal die Inflationsgefahr. In dieser Situation weicht die politische Reaktion mit Unterstützung der öffentlichen Meinung durch einen Druck auf den Faktor aus, gegenüber dem sie sich das am ehesten erlauben kann: auf das Realeinkommen der breiten Massen der Arbeitnehmerschaft und die sie vertretenden Gewerkschaften.

Weit davon entfernt, die Verteilungsquote des realen Volkseinkommens in der Bundesrepublik nach so vielen Jahren der Vorschläge und Versuche nun endlich zu ändern, (nachdem nun auch das SPD-Programm schon wieder einige Jahre alt ist)müssen die Gewerkschaften um die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Verteilungsquote des (wenn auch noch wachsenden) Volkseinkommens besorgt sein. In dem Konflikt, der sich hier verschärfen kann, liegt die Möglichkeit, daß Teile der gewerkschaftlichen Führungskräfte (wenn auch kaum die 1. Vorsitzenden) mit Teilen der Arbeitnehmerschaft zur Neuen Linken übergehen.
--Es wurde schon angedeutet, daß die Verschärfung der wirtschaftlichen und sozialen Widersprüche diesmal auch der Linken Einbrüche in die Massen des Kleinbürgertums und der Bauernschaft erlauben könnte. Zu einem gewissen Teil hängt das auch davon ab, wieweit die Neue Linke mit einer breiteren und permanenten organisierten Anstrengung in das öffentliche Bewußtsein zu dringen vermag.--

2. Die großen kapitalistischen Staaten sind gezwungen, sowohl ihre Ausgaben für die militärische Rüstung, wie für die Entwicklungshilfe zu vermehren. Eine vor einiger Zeit in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (28.III.62) abgedruckte Studie des englischen MilitärschriftstellersAlastair Buchan, der Direktor des internationalen Studienzentrums zur Erforschung von Fragen der Verteidigung und Abrüstung (Institut für strategische Studien) in London ist, kommt zu dem Ergebnis, daß -obwohl der Ostblock keinen Angriffskrieg plant- die Aufrüstungs- und Entwicklungshilfe-Ausgaben erhöht werden müssen. Das ist notwendig, selbst wenn es nirgendwo auf der Welt mehr soziale Unruhen geben würde, die von kommunistischen Staaten abhängig oder nur beeinflusst sind. Der Westen **kann nir**gendwo auf der Welt mehr sozialen Umbrüchen ruhig zusehen, denn sein militärischer, wirtschaftlicher und allgemein-politischer Spielraum gerät durch solche Umbrüche -wie immer auch ihr Charakter sei- in eine atemberaubende Enge. Da die Lasten für die Rüstung und Entwicklungshilfe aber vornehmlich Lasten auf den Masseneinkommen sind, kann das die politischen Spannungen und dadurch das politische Bewu tsein der Massen verschärfen.

3. Allen Schwierigkeiten und Hemmungen zum Trotz wird sich das wirtschaftliche Gefälle der Wirtschaft von West nach Ost etappenweise ausgleichen. Daran wird auch -in the long run- die EWG nichts ändern. Dieser Ausgleich ist aber eine objektive Bedingung für die Renaissance sozialistischer Hoffnungen in den Massen der Bevölkerung Westeuropas. Zusammen wird das wiederum die Liberalisierungs- und Demokratisierungstendenzen im Ostblock verstarken.
Auf einigen Gebieten wird der Ostblock noch früher als allgemein ein Maß an Erfolgen, Effektivität und Überlegenheit aufzuweisen haben, das auf besonders interessierte Gruppen der Bevölkerung im Westen einen zunehmenden Eindruck machen wird. Allen immer wieder versuchten bürokratisch-diktatorischen Gängelungen zum Trotz wird das besonders für wachsende Bereiche der öffentlichen Dienstleistung wie etwa dem Gesundheitsdienst-, der Forschung und Lehre, und der Kunst der Fall sein. Gerade hier eröffnet sich dem sozialistischen Bewußtsein bei qualitativ wichtigen Teilen des Klein- und Bildungsbürgertums eine Chance.

IV: Die immer neu wachsende Kriegsgefahr

Entgegen allen Koexistenz-Versuchen wird die Kriegsgefahr mit Schwankungen die Neigung zeigen, sich zu verschärfen. Noch immer geht eine Alte Welt lieber in Mord, Verbrechen, Tod und Verkommenheit als friedlich-schiedlich zugrunde. (Das ist selbst für die herrschende Bürokratie im Ostblock nicht ausgeschlossen.) Wo die russische Außenpolitik Konzessionen an die USA machen will und umgekehrt, werden die betroffenen Völker schließlich wieder in einem neuen Anlauf den alten Konflikt neu auf die Tagesordnung setzen. Eine Politik der Neuen Linken muß hier versuchen, über die Parolen der westlichen kommunistischen Parteien und ihrer Friedensfreunde in der Richtung hinauszugehen, daß sie den Kampf für den Frieden mit den Übergang zum Sozialismus im Westen verbindet. Man kann sich dem chinesischen Standpunkt nicht anschließen (über den wir allerdings im Westen nicht genügend sauber informiert werden), die Friedens- und Ko-Existenz-Parole zu verwerfen. Aber man muß diese Parolen

mit Fragen des Übergangs zum Sozialismus im Westen verbinden. Das erfordert allerdings wieder eine energische Entfaltung der Neuen Linken mit einem sozialistischen Programm, das nicht mit den Zuständen im Osten, sondern mit dem vernünftig zu verwaltenden und zu steigernden materiellen Reichtum im Westen identifiziert werden kann.
In dem Maße, wie die Kriegsgefahren wachsen, kann auch die Opposition gegen den Krieg wachsen. Im gleichen Maße wachst auch deren politisches Bewußtsein- und das kann nur über den Kapitalismus hinausgehen. Hier ist der vermehrte Kontakt der Neuen Linken mit den links-christlichen und links-liberalen Kräften wichtig.

V: Die Unterstützung durch die Neue Linke in Westeuropa, in den Entwicklungsländern und die Neue Linke in Osteuropa

Fritz Sternberg (zuletzt in seiner Broschüre:"Hat der Sozialismus eine Zukunft" herausgegeben vom Verlag des österr. Gewerkschaftsbundes) weist seit langem darauf hin, daß es lebenswichtig für die westeuropaische Linke ist, sich mit fortschrittlichen Kräften in den sogenannten Entwicklungsländern zu verbinden. Auch O. Flechtheim hat in letzter Zeit eine solche Politik gefordert. Hier bietet sich ebenso ein Bündnis an, wie mit den Parteien der Neuen Linken in Westeuropa. Gleichzeitig darf der freie und offene Versuch, mit den Kraften Lieberalisierung und Demokratisierung im Ostblock in eine Diskussion zu kommen nicht aufgegeben werden.
Es ist für diese Politik ein erfreuliches Zeichen, daß zwei bekannte Mitglieder der Sozialistischen Förderer-Gesellschaft durch die Aktivität unseres Schweden Freundes Buchbinder an der internationalen Konferenz in Accra (Ghana) teilnehmen konnten, an der aus Westeuropa vor allem Vertreter linkssozialistischer Parteien beteiligt waren. Überhaupt wird in der Verbindung mit der Belebung und dem Wachstum neuer linker Kräfte in Westeuropa ein Aufstieg der Neuen Linken in der Bundesrepublik einhergehen.

VI: Der Ansatz der Neuen Linken in der Bundesrepublik

Der Anpassungs- und Kapitulationskurs der Sozialdemokratie setzt in allen westeuropaischen Landern im unterschiedlichen Maße Kräfte und Reste einer (sozialistischen) Linken frei. Verstärkt werden diese Kräfte dort, wo die undemokratische Verknöcherung und Schwindsucht der kommunistischen Parteien kein neues politisches Leben mehr erlaubt.
Die Sozialistische Förderer-Gesellschaft, die (zusammen mit dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund) der organisierte Ausdruck der bewußten Neuen Linken in der Bundesrepublik ist, hat darum als organisatorischer Kern die Reste der Linken zu vereinigen versucht. Sie führt diese Sammlungsbewegung fort und verbindet sich dabei fortschreitend mit den jungen Kräften einer literarisch-theoretischen Renaissance der Linken in der Bundesrepublik.
Obwohl diese -erklärlich rweise, denn hier muß sich der Umschlag von der Theorie in die Praxis am ehesten vollziehen, das praktische Bedürfnis dafür ist aber noch sehr entfernt- auf dem Gebiet der Wirtschaftstheorie noch am wenigsten vorzuweisen hat, zeigen auch hier die theoretischen Köpfe die Neigung, ihre sporadischen Arbeiten selbstbewußter, eindeutiger, problemklarer und systematischer voranzutreiben. Insgesamt hat die Linke die Höhe der Diskussion in der Auseinandersetzung mit dem bürgerlichen Denken wieder erreicht und ist dabei. ihre Gipfelpunkte zu bestimmen. Die derzeitige Inflation erfolgreich verkaufter gesellschaftskritischer Literatur ist dafür ein Beleg.
In der sozialistischen Förderer-Gesellschaft verbinden sich diese Kräfte derzeit mit den Resten der alten Arbeiterintelligenz unmittelbar aus den Betrieben sowie mit den standhaft gebliebenen Resten der sozialistischen Jugendorganisationen und mit wenigen, bis dahin unorganisierten Arbeitnehmern, als den hoffnungsvollsten Keimen eines neuen, proletarisch-sozialistischen Bewußtseins.
Für eine Neue Linke ist darum die Sozialistische Förderer-Gesellschaft (zusammen mit dem SDS) der sich praktisch-vernünftig manifestierende Kern. Allein eine Neue Linke kann der bewußte -d.h. organisierte- Ausdruck einer neuen Bewegung der Linken sein.

E: Die Aufgaben der Neuen Linken heute

I: Kontinuierliche Sammlung und Organisierung aller von der Neuen Linken erreichbaren Menschen in der Bundesrepublik, soweit diese bereit sind, die Bedingungen der Mitgliedschaft im § 3 der Satzung unserer Gesellschaft zu erfüllen. Wenn diese Sammlung dazu da ist,"eine neue politische Kraft zu schaffen", so ist damit auch der Zwang zu einer Verbreiterung der finanziellen Basis verbunden.

II: Vermehrte, planmäßig organisierte Diskussion in dieser Sammlungsbewegung, die die kritische Analyse der bestehenden Verhältnisse leistet und zugleich verbreitet, die drohenden Gefahren für die Humanität aufzeigt und die Möglichkeiten für eine neue gesellschaftliche Ordnung erfaßt. Die ferner versucht, die zeitlichen Etappen und Kräfteverhältnisse der fortschrittlichen Bewegung zu erkennen, um sie einem immer breiteren Kreise bewußt zu machen und sich selbst durch diese Anstrengung vor der Stagnation und Verewigung ihrer derzeitigen Schwäche zu bewahren. Das wäre der Zusammenbruch aucht etwa des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes.
Für die auf diese Weise geführte Ausdehnung der Sammlungsbewegung bieten sich dabei zur Zeit folgende Schwerpunkte an: 1. in den Zirkeln und Gruppen der alten sozialistischen Jugendbewegung, 2. in den Kreisen und Gruppen der Pazifisten, 3. hoffentlich bald besonders- in den Gruppen der Gewerkschaftsjugend und 4. unter den Akademikern und Schriftstellern der Linken in der Bundesrepublik.

III: Planmäßig vermehrte literarisch-publizistische Beeinflussung der Öffentlichkeit. Die Linke durchschreitet gegenwärtig in der Bundesrepublik die Phase des "Jungen Deutschland" und der "Hegelschen Linken" vor dem Jahre 1848. Die linken Studentengruppen hatten schon die Rolle der Burschenschaften übernommen. Das neue, junge Talent der"heimatlosen linken Schriftsteller" als das "Junge Deutschland", Enzensberger als Heine, der alte Bloch für den jungen Marx, Polen an der Stelle des Frankreich von 1830, so könnte die historische Parallele -nicht ohne ironische Reflexion auf den deutschen traurig-biederen Gesamtzustand- gezogen werden.
Die Neue Linke muß über das Lamento der "Jammervogel-Bewegung" hinaus zu einer "Antwort von links". Neben Büchern muß sie dazu vor allem versuchen, so bald wie möglich eine (wenigstens 14-tägig erscheinende) politische Wochenschrift herauszubringen. Auch diese Aufgabe kann aber nur im Gesamtprozeß der Entfaltung gelöst werden.

IV: Sinnvoll und damit ergänzungsbedürftig wird diese Arbeit nur durch politische Aktionen der organisierten Anhänger der Neuen Linken in ihrer Gesamtheit. Wenn man sich darauf einigen kann, daß Aktion Bewegung in der Öffentlichkeit heißt, so ist das mit Kongressen, Kundgebungen und Kandidaten für öffentliche Institutionen verbunden, wo immer sich dafür eine effektive Chance eröffnet.(Solche Aktionen dürfen selbstverständlich nicht die Weiterarbeit verbauen und die Bewegung hinter den Ausgangspunkt zurückwerfen.)
Nur wenn der Schleier des Schweigens und der Verzerrung in der öffentlichen Meinungsbildung durchschlagen werden kann, wird die Neue Linke sich behaupten können.
Da eine breite, geschlossene, sich täglich produzierende und damit Schlagzeilen abwerfende Front der Neuen Linken in der öffentlichen Meinungsbildung vorerst nicht zu erreichen ist, sollte man hier gewissermaßen nach der Guerillataktik vorgehen, von Chance zu Chance, zeitlich und örtlich begrenzt die Kräfte in der Offentlichkeit zu konzentrieren. Dazu bietet sich zunächst der Kongress der Linken am 6. u. 7. Oktober in Frankfurt an.

Lenin sinngemaß über Hegel: "Man kann Marx ohne die Hegelsche Logik nicht wirklich begreifen!"
H.Heine: "Doktrin":Schlage die Trommel und fürchte dich nicht/Und küsse die Marketenderin!/Das ist die ganze Wissenschaft,/Das ist der Bücher tiefster Sinn./ Trommle die Leute aus dem Schlaf,/Trommle Revolte mit Jugendkraft,/marschiere trommelnd immer voran,/Das ist die ganze Wissenschaft./ Das ist die Hegelsche Philosophie,/Das ist der Bücher tiefster Sinn./Ich hab sie begriffen,/Weil ich gescheit/ Und weil ich ein guter Tambor bin."